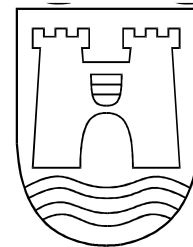


A m t s b l a t t

der Landeshauptstadt Linz



Folge 1/2013

PROTOKOLL

über die 31. Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz am Donnerstag, 24. Jänner 2013, 14 Uhr, im Gemeinderatssaal des Alten Rathauses

Anwesende:

Vorsitzender:

SPÖ Bürgermeister Franz Dobusch

Die VizebürgermeisterInnen:

SPÖ Christiana Dolezal
SPÖ Klaus Luger
ÖVP Dr. Erich Watzl

Die StadträtInnen:

SPÖ Johann Mayr
GRÜNE Mag.^a Eva Schobesberger
ÖVP KommRⁱⁿ Susanne Wegscheider
FPÖ Detlef Wimmer

Die GemeinderätInnen:

ÖVP LAbg. Mag. Bernhard Baier
SPÖ Markus Benedik
ÖVP Ing. Peter Casny
SPÖ Johannes Eichinger-Wimmer
SPÖ Helga Eilmsteiner
SPÖ Manfred Fadl
SPÖ Regina Fechter-Richtinger
ÖVP Thomas Fediuk
SPÖ Christian Forsterleitner
SPÖ Stefan Giegler
SPÖ Johannes Greul
KPÖ Mag.^a Gerlinde Grün
ÖVP Josef Hackl
SPÖ Claudia Hahn
GRÜNE Mag.^a Marie Edwige Hartig
ÖVP Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer
ÖVP Karl Anton Haydtner
FPÖ Markus Hein
ÖVP Reg.-Rat Ing. Franz Hofer
SPÖ Karin Hörzing
ÖVP Dipl.-Ing. Stefan Hutter
ÖVP Christoph Jungwirth

SPÖ Erich Kaiser
ÖVP Waltraud Kaltenhuber
FPÖ Ute Klitsch
SPÖ Miriam Köck
SPÖ Wolfgang Kühn
ÖVP Mag.^a Veronika Leibetseder
SPÖ Franz Leidenmühler
GRÜNE Gerda Lenger
SPÖ Thomas Lettner
SPÖ Ana Martincevic
ÖVP Maria Mayr
GRÜNE Severin Mayr
ÖVP Ernst Murauer
FPÖ Sebastian Ortner
FPÖ Werner Pfeffer
ÖVP Cornelia Polli
GRÜNE Mag. Markus Pühringer
FPÖ Michael Raml
Reinhard Reiman, MBA
SPÖ Karl Reisinger
SPÖ Erika Rockenschaub
GRÜNE Ursula Roschger
SPÖ Karl Schedlberger
ÖVP Mag. Martin Sonntag
ÖVP Markus Spannring
SPÖ Klaus Strigl
GRÜNE Michael Svoboda
FPÖ Horst Rudolf Übelacker
FPÖ Susanne Walcher
SPÖ Helmut Weibel
SPÖ Gerhard Weixelbaumer
SPÖ Erika Wundsam

Der Magistratsdirektor:

Dr. Erich Wolny

Der Präsidialdirektor:

Dr. Ernst Inquart

Tagesordnung

A MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

B ANFRAGEN AN STADTSENATSMITGLIEDER

C ANTRAG NACH § 47 ABS. 5 STATUT DER LANDESHAUPTSTADT LINZ 1992 GEGEN NACHTRÄGLICHE GENEHMIGUNG DURCH DEN GEMEINDERAT

1. Gewährung eines zusätzlichen Gesellschafterzuschusses an die Tabakfabrik Linz Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft mbH in Höhe von 230.000 Euro
2. Weitergabe der vom Land Oberösterreich genehmigten Sonderbedarfszuweisungsmittel an die LIVA, Untere Donaulände 7, für Investitionen in Höhe von 140.000 Euro
3. Kreditübertragung für quantitative Mehrdienstleistungen im Büro Stadtregierung in Höhe von 106.000 Euro

D ANTRÄGE DES STADTSENATES

1. Friedenserklärung der Stadt Linz 2012
2. Durchführung des Linz Festes 2013; Grundsatzgenehmigung; max. 222.000 Euro

E ANTRÄGE DES VERFASSUNGS-, RAUMPLANUNGS- UND BAURECHTSAUSSCHUSSES

1. Neuplanungsgebiet Nr. 4 zum Flächenwidmungsplan Linz – Teil Urfahr Nr. 3, KG Urfahr „Petrinum“
2. Bebauungsplanänderung W 108/8, KG Waldegg (Reisetbauerstraße – Grabnerstraße)
3. Bebauungsplanänderung SW 113/12, KG Waldegg (Hasnerstraße – Brucknerstraße)
4. Neuerfassung (Stammplan) des Bebauungsplanes S 25-95-02-00, KG Wambach (Fischdorf – nördlich Kremsmünsterer Straße) und Aufhebung von Teilbereichen der Bebauungspläne S 25-95-01-01 und ST 124/1

F ANTRAG DES AUSSCHUSSES FÜR KULTUR, TOURISMUS UND WOHNUNGSWESEN

Neufassung des Kulturentwicklungsplans der Stadt Linz (KEP neu)

G ANTRÄGE DES FINANZ- UND HOCHBAUAUSSCHUSSES

1. Homosexuelle Initiative Linz (HOSI Linz); a) Abschreibung einer Forderung in Höhe von 140.200 Euro;
b) Auflösung des Bestandvertrages „HOSI-Zentrum“ mit HOSI Linz mit Ende 2012
2. Grundkauf in der KG Kleinmünchen (Auwiesenstraße) aus dem Eigentum des Herrn Roman Huemer, Wiener Straße 207, durch die Immobilien Linz GmbH & Co KG um den

Kaufpreis von 230.000 Euro zuzüglich 10.580 Euro an Nebenkosten sowie Abbruchkosten in Höhe von voraussichtlich 46.600 Euro

3. Enderledigung des Antrages der ÖVP-Gemeinderatsfraktion vom 26. Jänner 2012; „Bericht über den Schuldenstand und Zinsendienst der Stadt und der UGL-Unternehmen“

H ANTRAG DES AUSSCHUSSES FÜR FRAUEN, UMWELT, NATURSCHUTZ UND BILDUNG

Enderledigung des Antrages der ÖVP-Gemeinderatsfraktion vom 7. Jänner 2010; „Linzer Energie-Leitbild“

I FRAKTIONSANTRÄGE UND FRAKTIONSRESOLUTIONEN NACH § 12 STATUT DER LANDESHAUPTSTADT LINZ 1992

1. BEHANDLUNG DES KONTROLLAMTSBERICHTES ZUM RECHNUNGSABSCHLUSS 2011 IM LINZER GEMEINDERAT

2. AUFHEBUNG DER STRASSENSPERRE ZWISCHEN SÜDPARK UND SOLAR CITY

3. KONTROLLAMTSBERICHTE AN ZUSTÄNDIGE AUSSCHUSSMITGLIEDER UND AUFSICHTSRATSMITGLIEDER AUTOMATISCH ÜBERGEBEN

4. AUSGLIEDERUNG STÄDTISCHER UNTERNEHMEN OHNE STEUERLICHE NACHTEILE RÜCKGÄNGIG MACHEN

5. EVALUIERUNG UND BEDARFSGERECHTE ANPASSUNG DER ERHÖHTEN PARKGEBÜHREN

6. HERRENSTRASSE/RADWEG – LÜCKENSCHLUSS

7. UMSATZSTEUERBEFREIUNG VON GEMEINDEN BEI LEISTUNGSERBRINGUNG FÜR ANDERE GEMEINDEN IM RAHMEN DER GEMEINDEKOOPERATION – RESOLUTION

8. EINBEZIEHUNG VON SENIOREN/INNEN UND ARBEITNEHMER/INNEN MIT JOBTICKET IN DAS MODELL „UMWELTSUBVENTION“ (VERGÜNSTIGTE JAHRESNETZKARTE) - RESOLUTION

9. NIBELUNGENBRÜCKE – VERBESSERUNGSMASSNAHMEN FÜR FUSSGÄNGER/INNEN, RADFAHRER/INNEN UND LINIENBUSSE - RESOLUTION

10. A7 – MASSNAHMEN IM ZUGE DER GEPLANTEN ERRICHTUNG VON „BYPASSBRÜCKEN“ AN DER VOEST-BRÜCKE - RESOLUTION

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Bürgermeister Dobusch eröffnet die 31. Sitzung des Gemeinderates, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Weiters begrüßt Bürgermeister Dobusch die Damen und Herren auf der Galerie, speziell Herrn Vizebürgermeister a.D. Dr. Reinhard Dyk, der heute extra zum Kulturentwicklungsplan gekommen ist. (Beifall)

Entschuldigt für die heutige Sitzung sind Gemeinderätin Neubauer und Gemeinderat Pühringer, beide FPÖ, sowie Gemeinderätin Schmied, Die Grünen.

Bürgermeister Dobusch teilt mit, dass zwei Dringlichkeitsanträge eingebracht wurden.

1. Dringlichkeitsantrag der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** betreffend **Daseinsvorsorge nicht dem freien Markt unterwerfen – Resolution.**

2. Dringlichkeitsantrag der **Gemeinderatsfraktion Die Grünen** betreffend **gleiche Dauer für Zivil- und Grundwehrdienst – Resolution an die Österreichische Bundesregierung.**

Bürgermeister Dobusch schlägt vor, den Anträgen die Dringlichkeit zuzuerkennen und sie am Ende der Tagesordnung zu behandeln.

Der Vorschlag des Bürgermeisters wird vom Gemeinderat **einstimmig angenommen.**

Bürgermeister Dobusch teilt mit, dass Gemeinderätin Lenger den Antrag I 6, Herrenstraße/Radweg – Lückenschluss, der von der Gemeinderatsfraktion Die Grünen eingebracht wurde, zurückziehen will, wofür eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist.

Die Zurückziehung des Antrages I 6 wird vom Gemeinderat **einstimmig angenommen.**

Bürgermeister Dobusch:

„Gemeinderat Hein hat mir schriftlich den Antrag gegeben, dass die FPÖ den Antrag G 1, Homosexuelle Initiative Linz (HOSI-Linz); a) Abschreibung einer Forderung in Höhe von 140.200 Euro; b) Auflösung des Bestandvertrages ‚HOSI-Zentrum‘ mit HOSI-Linz mit Ende 2012, von der Tagesordnung absetzen möchte.“

Der Antrag G 1 wurde nicht von der FPÖ-Gemeinderatsfraktion gestellt, sondern das ist ein Antrag aus dem Finanz- und Hochbauausschuss. Aus meiner Sicht bin ich dagegen, dass man diesen Antrag absetzt.“

Bürgermeister Dobusch lässt nun über die Absetzung des Antrages abstimmen.

Die Absetzung des Antrages G 1 wird bei **Gegenstimmen der Fraktionen von SPÖ (26) und Die Grünen (6) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

A MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

Bürgermeister Dobusch verweist auf die den Mitgliedern des Gemeinderates vorliegenden Mitteilungen über jene Stadtsenatsbeschlüsse, mit denen Kreditüberschreitungen und Kreditübertragungen bewilligt wurden, und ersucht um Kenntnisnahme.

(1. Kreditüberschreitungen:

Der Stadtsenat hat in der Zeit vom 8. November 2012 bis 11. Jänner 2013 für das Rechnungsjahr 2012 folgende Kreditüberschreitungen genehmigt:

VASSt	Bezeichnung	anw. berecht. DSt	Beschluss Datum	Betrag Euro
5.8150.006013	Frachtenbahnhof, Freiraumareal	SGL	06.12.12	30.000,00
				<u>30.000,00</u>

In der Zeit vom 1. Jänner 2012 bis 11. Jänner 2013 wurden vom Stadtsenat für das Rechnungsjahr 2012 Kreditüberschreitungen in der Höhe von 107.500 Euro genehmigt. Davon wurden dem Gemeinderat in bereits vorangegangenen Sitzungen 77.500 Euro zur Kenntnis gebracht. Die Bedeckung der Kreditüberschreitungen erfolgte durch Mehreinnahmen.

2. Kreditübertragungen:

Der Stadtsenat hat in der Zeit vom 8. November 2012 bis 11. Jänner 2013 für das Rechnungsjahr 2012 folgende Kreditübertragungen genehmigt.

VASSt	Bezeichnung	anw. berecht. DSt	Beschluss Datum	Betrag Euro
1.2620.617000	Instandhaltung Fahrzeuge	SGL	13.12.12	10.000,00
1.2690.757002	Lfd. Transferzahlungen an priv. Institutionen, Spitzensportförderung	SSL	20.12.12	7.500,00
1.2690.757006	Lfd. Transferzahlungen an priv. Institutionen, Veranstaltungen	SSL	20.12.12	10.000,00
				<u>27.500,00</u>

In der Zeit vom 1. Jänner 2012 bis 11. Jänner 2013 wurden vom Stadtsenat für das Rechnungsjahr 2012 Kreditübertragungen in der Höhe von 107.580 Euro genehmigt. Davon wurden dem Gemeinderat in bereits vorangegangenen Sitzungen 80.080 Euro zur Kenntnis gebracht.

3. Gemäß § 54 Abs. 2 Statut der Landeshauptstadt Linz 1992 in Verbindung mit Verordnung des Gemeinderates vom 29. November 1979 obliegt die Beschlussfassung der Kreditübertragungen, wenn der Betrag im Einzelfall 29.069 Euro nicht übersteigt, und bei Kreditüberschreitungen, wenn der Betrag im Einzelfall 50.000 Euro nicht übersteigt, dem Stadtsenat, solange die bereits vom Stadtsenat beschlossenen Kreditüberschreitungen nicht die Höhe von insgesamt eins von Hundert der gesamten veranschlagten Ausgaben übersteigen. Der maßgebliche Höchstbetrag 2012 für Kreditüberschreitungen beträgt somit 7,826.904 Euro und wurde nicht überschritten.

4. Nachtragsvoranschlag:

Für das Rechnungsjahr 2012 haben die vom Gemeinderat und Stadtsenat bis zum 11. Jänner 2013 genehmigten Kreditüberschreitungen 537.500 Euro und die Kreditübertragungen 570.170 Euro betragen. Gemäß § 54 Abs. 2 letzter Satz Statut der Landeshauptstadt Linz 1992 ist ein Nachtragsvoranschlag erforderlich, wenn die Kreditüberschreitungen 7,5 Prozent der Einnahmen des ordentlichen Voranschlages, das sind 41,880.690 Euro, übersteigen. Für Kreditübertragungen gilt das Gleiche.

Diese Grenzen wurden nicht überschritten. Ein Nachtragsvoranschlag für 2012 ist daher nicht erforderlich.)

B ANFRAGEN AN STADTSENATSMITGLIEDER

Bürgermeister Dobusch bringt zur Kenntnis, dass drei Anfragen in die heutige Sitzung eingebracht wurden, die alle an seine Person gerichtet sind.

1. Die Anfrage von **Gemeinderat Spannring** an Bürgermeister Dobusch betreffend **Publikationen der Stadt Linz** wird schriftlich beantwortet.
2. Die Anfrage von **Gemeinderätin Mag.^a Grün** an Bürgermeister Dobusch betreffend **Ex-Gemeinderat Robert Hauer** wird schriftlich beantwortet.
3. Die Anfrage von **Gemeinderätin Mag.^a Grün** an Bürgermeister Dobusch betreffend **Skatepark Ebelsberg** wird schriftlich beantwortet.

C ANTRAG NACH § 47 ABS. 5 STATUT DER LANDESHAUPTSTADT LINZ 1992 GEGEN NACHTRÄGLICHE GENEHMIGUNG DURCH DEN GEMEINDERAT

Stadtrat Mayr berichtet über die Anträge C 1 bis C 3 und stellt nach Darlegung der Sachverhalte laut Vorlagen an den Gemeinderat folgende Anträge:

C 1 Gewährung eines zusätzlichen Gesellschafterzuschusses an die Tabakfabrik Linz, Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft mbH in Höhe von 230.000 Euro

Der Gemeinderat beschließe:

„Die Gewährung eines zusätzlichen Gesellschafterzuschusses an die Tabakfabrik Linz Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft mbH in Höhe von maximal 230.000 Euro wird genehmigt. Die Verrechnung des Zuschusses erfolgt auf der VAS^t 1.9140.755000, Lfd. Transferzahlungen an Unternehmungen, Tabakfabrik Linz. Gleichzeitig wird eine Kreditüberschreitung auf dieser VAS^t in Höhe von 230.000 Euro genehmigt. Die Bedeckung ist durch Mehreinnahmen auf der VAS^t 2.9140.822000, Erträge aus Beteiligungen, gegeben.“

C 2 Weitergabe der vom Land Oberösterreich genehmigten Sonderbedarfszuweisungsmittel an die LIVA, Untere Donaulände 7, für Investitionen in Höhe von 140.000 Euro

Der Gemeinderat beschließe:

„1. Die Stadt gibt die vom Land Oberösterreich für Investitionen genehmigten Sonderbedarfszuweisungsmittel in der Höhe von 140.000 Euro an die LIVA, Untere Donaulände 7, 4020 Linz, weiter:

Die Stadt Linz gibt die Bedarfszuweisung mit der Bedingung der Einhaltung der allgemeinen bzw. speziellen Förderungsrichtlinien weiter.

2. Die Verrechnung der Weitergabe der Bedarfszuweisung in Höhe von voraussichtlich insgesamt 140.000 Euro erfolgt auf der VAS^t 5.3291.775001, Kapitaltransfers an Unternehmungen, Weitergabe Bedarfszuweisungen an LIVA.“

C 3 Kreditübertragung für quantitative Mehrdienstleistungen im Büro Stadtregerung in Höhe von 106.000 Euro

Der Gemeinderat beschließe:

„Eine Kreditübertragung in Höhe von 106.000 Euro von der VAS^t 1.9100.652000, Sonstige Zinsen – Inland, auf die VAS^t 1.0000.510000, Bezüge der Vertragsangestellten, wird genehmigt.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Mag.^a Grün zu C 3:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich habe zum Antrag C 3 eine Frage. Das ist ein sehr schlanker Amtsbericht, der da beiliegt. Meine Frage ist, vielleicht kann Herr Stadtrat Mayr kurz beantworten, was mit den quantitativen Mehrdienstleistungen im Büro der Stadtregierung gemeint ist?“

Gemeinderat Ortner zu C 1:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, bei dem zusätzlichen Gesellschafterzuschuss an die Tabakfabrik Linz wird sich die FPÖ der Stimme enthalten. Es ist für uns beim derzeitigen Projektstand der Endzweck noch nicht so finalisiert, noch nicht so klar, dass wir hier eine weitere Mittelverwendung für notwendig erachten. Wir wollen ganz einfach zuerst ein klares Projekt auf dem Tisch, bevor hier weiter Steuergeld fließen soll. Wir werden uns daher bei dem Antrag enthalten.“

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Stadtrat Mayr:

„Die quantitativen Mehrbelastungen beziehen sich im Wesentlichen auf Überstunden oder zusätzliche Überstundenleistungen von Bediensteten im Rahmen des Büros Stadtregierung.“

Der Vorsitzende lässt nun über die Anträge C 1 bis C 3 abstimmen.

Der Antrag C 1 wird bei **Stimmenthaltung der FPÖ-Fraktion (7) und Gemeinderat Reiman, MBA, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Die Anträge C 2 und C 3 werden **einstimmig angenommen.**

Bürgermeister Dobusch übergibt den Vorsitz an Vizebürgermeisterin Dolezal.

D ANTRÄGE DES STADTSENATES

Bürgermeister Dobusch berichtet über

D 1 Friedenserklärung der Stadt Linz 2012

und stellt folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„die beigelegte Friedenserklärung der Stadt Linz 2012.“

Bürgermeister Dobusch führt dazu aus:

„Ich darf die Friedenserklärung der Stadt Linz für das Jahr 2012 vortragen. Sie lautet folgendermaßen:

„Aus den krisenhaften Prozessen in und um Europa können möglicherweise innerstädtische Konfliktpotentiale erwachsen. Das macht es notwendig, sich präventiv damit zu beschäftigen.“

Ein erster Ansatzpunkt dafür ist – wie schon in der Friedenserklärung 2011 betont wurde – Respekt und eine Sprache, die dieser Grundhaltung entspricht. Wir halten es im Sinne der Gewaltprävention für unabdingbar, dass dieser Respekt schon früh eingeübt wird: in den Familien und Schulen ebenso wie in Sportclubs, Kinderbetreuungseinrichtungen oder an Orten der außerschulischen Jugendarbeit sowie auf den öffentlichen Spielplätzen. Dabei wird entscheidend sein, dass die Erwachsenen den Kindern und Jugendlichen mit gutem Beispiel vorangehen. Je kleiner und überschaubarer die innerstädtischen Lebensbereiche sind, desto leichter wird es, diesem Grundsatz im Sinne verringerter Anonymität und gelebter Solidarität Geltung zu verschaffen. Wir begrüßen die Förderung generationsübergreifenden Wohnens und jeden Versuch, die alten und jungen Menschen stärker in die Mitte der Gesellschaft zu holen.

Ein zweiter Ansatzpunkt ist der, persönliche Kontakte zwischen den Angehörigen unterschiedlicher ethnischer und sonstiger ‚communities‘ zu schaffen. Dabei sollen nicht negative, sondern anhaltend positive Erfahrungen mit den Angehörigen anderer Kollektive in den Vordergrund treten. Wir begrüßen daher die Initiative zu Straßen- und Begegnungsfesten und allen anderen Formen, gute Nachbarschaft zu entwickeln und zu pflegen, die Menschen verschiedener Herkunft und kultureller Orientierung zusammenbringen und den Prozess der Solidarisierung wieder stärken. Grundlage dafür ist als gemeinsame Kommunikationsbasis und Mittel zum wechselseitigen Verständnis die deutsche Sprache.

Ein dritter Ansatzpunkt ist, dazu beizutragen, dass gesellschaftliche Solidarität nicht aus dem Gleichgewicht gerät, die Einkommensschere zwischen Arm und Reich sich nicht weiter öffnet und alle Bevölkerungsgruppen gleiche Chancen haben, Arbeit und ein Auskommen zu finden. Nur dann werden die Lebensumstände an der Basis der gesellschaftlichen Einkommenspyramide als erträglich erlebt. Hier sind städtischer Politik durch die geltenden gesamtgesellschaftlichen Regeln und Strukturen weitgehend die Hände gebunden. Wir sehen es aber als Aufgabe an, in den Gremien unserer Parteien das Bewusstsein wach zu halten, dass hier zunehmender Handlungsbedarf besteht, damit kein weiteres Ungleichgewicht entsteht. Der Eindruck, dass es in unserer Gesellschaft möglich ist, ohne entsprechende Leistung extrem hohe Vermögen zu Lasten anderer zu erwerben, könnte längerfristig fatale Folgen für den moralischen und politischen Zusammenhalt haben. ‚Vertrauen ist der Kitt der Demokratie.‘ (Niklas Luhmann)

Das gegenwärtig zu beobachtende Auseinanderdriften der Gesellschaft ist teilweise auch unserem Schulsystem geschuldet. Jahr für Jahr verlassen nicht wenige Schülerinnen und Schüler die Pflichtschulen in Linz ohne Hauptschulabschluss und haben damit nur stark verringerte Aussichten auf dem Arbeitsmarkt. Diese Jugendlichen in Linz rechtzeitig, also noch vor dem Schulabschluss zu fördern, ist der Stadt Linz ein großes Anliegen. So unterstützen verschiedene Projekte und Einrichtungen, u.a. die Linzer Volkshochschule, mit hohem Engagement diese jungen Menschen bei dem Versuch, doch noch einen Abschluss zu erreichen.

Eine Folge ungleicher Chancen, mangelnden Selbstvertrauens und mangelnden Respekts vor dem Anderssein ist die Zunahme von Mobbing. Wir begrüßen jede Initiative, solche Tendenzen innerhalb der Schulen, Ämter und Betriebe sowie in den Medien präventiv entgegenzutreten.

Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung sind auch verpflichtet, sich gegenüber gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften, eingetragenen religiösen Be-

kenntnisgemeinschaften und religiösen Vereinigungen im Rahmen der einschlägigen Gesetze neutral zu verhalten. Im Interesse des sozialen Friedens darf daher keine ungerechtfertigt bevorzugt oder stigmatisiert werden, auch wenn einzelne Bevölkerungsgruppen sie ‚problematisch‘ finden. Zugleich ist fundamentalistischen und totalitären Haltungen, durch die andere Menschenrechte verletzt werden, energisch entgegenzutreten.

Schließlich erinnern wir mit Blick auf die Vorgänge in der arabischen Welt, dass soziale und politische Umwälzungen nicht zu Bürgerkriegen verkommen müssen, wie die Beispiele Ägypten und Tunesien zeigen. Rüstungslieferungen stärken diejenigen, die ihr Heil in dieser Richtung suchen. Die Krisenherde rund um das Mittelmeer und derzeit besonders in Syrien erfordern ein aktives Eintreten für Frieden. Wir begrüßen jede Initiative, das Los der Bürgerkriegsopfer zu lindern. Darüber möchten wir jedoch die vielen anderen Kriegsschauplätze der ‚einen Welt‘ nicht vergessen und appellieren an die internationale Politik, Initiativen zur Deeskalation zu ergreifen und friedensstiftende Verhandlungen zu intensivieren.’

Das war die Friedenserklärung und ich möchte den Damen und Herren, die diese Friedenserklärung aufgesetzt und entwickelt haben und den Parteien vorher zur Diskussion zugeschickt haben, ein herzliches Dankeschön aussprechen. Herr Dr. Steinweg sitzt oben als Zuhörer, er ist federführend gewesen. Ein herzliches Dankeschön dafür.“ (Beifall)

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Bürgermeister Dobusch übernimmt wieder den Vorsitz.

Vizebürgermeister Dr. Watzl berichtet über

D 2 Durchführung des Linz Festes 2013; Grundsatzgenehmigung; max. 222.000 Euro

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„1. Grundsatzgenehmigung und Umsetzungsaufträge zur Vergabe:

Folgendes Vorhaben wird mit einem maximalen Kostenrahmen von 222.000 Euro exkl. USt grundsätzlich genehmigt: Linz Fest 2013 (18. Mai – 20. Mai)

Zu erwartende Ausgaben: 222.000 Euro (exkl. USt)

Zu erwartende Mindesteinnahmen: Sponsoringeinnahmen Linz Fest 2012: 32.000 Euro (exkl. USt)

Budgetwirksame Ausgaben: 190.000 Euro (exkl. USt)

Die nachstehenden Umsetzungspakete werden nach einer Grobkostenschätzung mit den jeweils angeführten Maximalkosten exkl. USt genehmigt.

Behördliche Sicherheitskräfte: 6500 Euro

Bewachung und Security: 7000 Euro

Elektroinstallationen: 18.000 Euro

Hotels und Verpflegung: 10.500 Euro

Infrastruktur: 22.000 Euro
KünstlerInnenhonorare, Fahrtkosten und Projekte: 57.900 Euro
Mieten Bühnen: 14.600 Euro
Öffentlichkeitsarbeit: 14.400 Euro
Personal: 35.000 Euro
Kinderfest: 4000 Euro
Ton- und Lichttechnik: 29.700 Euro
Transporte: 2400 Euro
Gesamt: 222.000 Euro

Im Rahmen dieser Vorgaben wird der Magistrat der Landeshauptstadt Linz, Linz Kultur, mit der Umsetzung dieses Beschlusses einschließlich der Abwicklung des Vergabeverfahrens nach den Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes 2006, der Auswahl des Angebotes für den Zuschlag (Zuschlagsentscheidung) und der erforderlichen Vertragsabschlüsse (Zuschlagserteilung) beauftragt.

Für die einzelnen Umsetzungsschritte sind in Folge die entsprechenden Beschlüsse der jeweils nach den Wertgrenzen des Statutes der Landeshauptstadt Linz 1992 zuständigen Organe einzuholen.

2. Bedeckung / Verrechnung:

Die Verrechnung der Kosten in Höhe von 222.000 Euro exkl. USt für das Rechnungsjahr 2013 erfolgt auf den VASten des Teilabschnittes 1.3810, Kulturentwicklung.

Die Verwendung von 32.000 Euro exkl. USt aus Sponsoreinnahmen wird genehmigt. Die Verrechnung der Einnahmen für das Rechnungsjahr 2013 erfolgt auf den dafür vorgesehenen VASten des Teilabschnittes 2.3810, Kulturentwicklung.

Der budgetwirksame Ausgabenrahmen beläuft sich beim Linz Fest 2012 auf 190.000 Euro (exkl. USt).

Die Verwendung von etwaigen zusätzlichen Einnahmen aus Sponsoring, Werbung und gastronomischer Versorgung, welche die im ordentlichen Haushalt budgetierten Einnahmen übersteigen, wird für die qualitative Verbesserung des Kunst- und Kulturprogramms genehmigt. Die Verrechnung derselbigen erfolgt auf dem Teilabschnitt 2.3810, Kulturentwicklung.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Bürgermeister Dobusch übergibt den Vorsitz an Vizebürgermeisterin Dolezal.

E ANTRÄGE DES VERFASSUNGS-, RAUMPLANUNGS- UND BAURECHTSAUSSCHUSSES

Bürgermeister Dobusch berichtet über

E 1 Neuplanungsgebiet Nr. 4 zum Flächenwidmungsplan Linz - Teil Urfahr Nr. 3, KG Urfahr ‚Petrium‘

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließt:

„Die beiliegende Verordnung betreffend Neuplanungsgebiet Nr. 4 zum Flächenwidmungsplan Linz - Teil Urfahr Nr. 3, ‚Petrinum‘ wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 24. Jänner 2013 betreffend Neuplanungsgebiet Nr. 4 zum Flächenwidmungsplan Linz - Teil Urfahr Nr. 3, ‚Petrinum‘

Nach § 45 Abs. 1 Oö. Bauordnung 1994 wird verordnet:

§ 1

Das nachfolgend abgegrenzte Stadtgebiet wird zum zeitlich befristeten Neuplanungsgebiet erklärt.

§ 2

In diesem Gebiet sind die im angeschlossenen Flächenwidmungsplan dargestellten Änderungen und Festlegungen beabsichtigt. Der Plan liegt vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an im Anlagen- und Bauamt des Magistrats Linz, Hauptstraße 1-5, Neues Rathaus, 4. Stock, Anlagen- und Bauservice-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Der Gültigkeitsbereich des Neuplanungsgebiets wird wie folgt begrenzt:

Norden: Dießenleitenweg

Osten: Dießenleitenweg, Grdst. Nr. 518/3

Süden: Petrinumstraße

Westen: Grenze der Grdst. Nr. 508 und Nr. 509/1

Katastralgemeinde Urfahr

§ 4

Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass für das angeführte Stadtgebiet Bauplatzbewilligungen (§ 5 leg. cit.), Bewilligungen für die Änderung von Bauplätzen und bebauten Grundstücken (§ 9 leg. cit.) und Baubewilligungen – ausgenommen Baubewilligungen gemäß § 24 Abs. 1 Zif. 4 leg. cit. - nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungsplans nicht erschwert oder verhindert.

§ 5

Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet tritt mit dem ihrer Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Der dem Neuplanungsgebiet zugrunde liegende Plan wird überdies während 14 Tagen nach der Kundmachung an der Amtstafel des Anlagen- und Bauamts, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Bürgermeister Dobusch führt weiters dazu aus:

„Bei E 1 handelt es sich um den Antrag auf ein Neuplanungsgebiet im Bereich Petrinum. Ich darf hier kurz ausholen.

Die Grünen haben vor geraumer Zeit einen Antrag gestellt, die Fläche, bei der es hier um dieses Neuplanungsgebiet geht, von W auf Grünland rückzuwidmen. Wir haben dann den Antrag behandelt und vereinbart, dass wir im Zuge des Flächenwidmungsplanverfahrens diesen Antrag diskutieren, behandeln und erledigen, weil die Zeit nicht gedrängt hat für diese Umwidmung.

Es gab dann im Planungsausschuss eine intensive Diskussion und wir haben uns einhellig darauf verständigt, dass wir im neuen Flächenwidmungsplan die W-Widmung zurücknehmen zu einem ziemlichem Großteil, bei einem Gebäude lassen und das ganze Gelände von W auf Sondergebiet Schule rückwidmen.

Knapp vor Weihnachten hat aber jetzt der Eigentümer zuerst ein Vorprojekt eingebracht, dort Wohnungen zu bauen, und zwar nicht wenige an der Zahl, und dann haben wir von der Verwaltung her gesagt, da müssen wir handeln, wir können nicht den Abschluss des Flächenwidmungsplanverfahrens abwarten. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Flächenwidmungsplan frühestens im Herbst in Kraft tritt, ist sehr groß, weil bis Juni wollen wir ihn im Gemeinderat eventuell behandeln, dann sind einige Monate Zeit für die Oberbehörde, ihn zu behandeln. Die Wahrscheinlichkeit, dass vor Herbst der neue Flächenwidmungsplan in Kraft tritt, ist relativ gering und daher ist es angesagt, jetzt zu handeln und daher ist von der Verwaltung das Neuplanungsgebiet ausgehandelt worden.

Wir haben im Planungsausschuss dieses Neuplanungsgebiet behandelt und einstimmig beschlossen, es dem Gemeinderat vorzulegen. Inzwischen gibt es seit dem Planungsausschuss insofern eine neue Entwicklung, dass bereits ein Einreichplan vorgelegt worden ist, also die nächste Stufe zum Vorprojekt, und dass hier vorgeschlagen wird, um die 150 Wohnungen in vier- bzw. fünfstöckigen Gebäuden zu bauen. Also ist dieses Neuplanungsgebiet erst recht zusätzlich wichtig.

Daher beantrage ich, dass rund um den Petrinumbereich auf der besagten Fläche ein Neuplanungsgebiet seitens des Gemeinderates beschlossen wird.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Bürgermeister Dobusch übernimmt wieder den Vorsitz.

Gemeinderat Strigl berichtet über

E 2 Bebauungsplanänderung W 108/8, KG Waldegg (Reisetbauerstraße - Grabnerstraße)

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes und der Einwendungen laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die beiliegende Verordnung betreffend die Bebauungsplanänderung W 108/8, Reisetbauerstraße - Grabnerstraße, wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 24. Jänner 2013 betreffend die Bebauungsplanänderung W 108/8, Reisetbauerstraße - Grabnerstraße

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Die Bebauungsplanänderung W 108/8 wird erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich der Bebauungsplanänderung wird wie folgt begrenzt:

Norden: Grabnerstraße

Osten: Lannergasse

Süden: Corneliusgasse

Westen: Reisetbauerstraße

Katastralgemeinde Waldegg

Die Bebauungsplanänderung liegt vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an im Anlagen- und Bauamt des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Anlagen- und Bauservice-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Mit der Rechtswirksamkeit der Bebauungsplanänderung W 108/8 werden sämtliche in diesem Bereich bisher rechtswirksame Bebauungspläne aufgehoben.

§ 4

Die Bebauungsplanänderung tritt mit dem ihrer Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Der Plan wird überdies während 14 Tagen nach seiner Kundmachung an der Amtstafel des Anlagen- und Bauamtes, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Gemeinderat Ing. Casny berichtet über

E 3 Bebauungsplanänderung SW 113/12, KG Waldegg (Hasnerstraße – Brucknerstraße)

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes und der Einwendungen laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die beiliegende Verordnung betreffend die Bebauungsplanänderung SW 113/12, Hasnerstraße - Brucknerstraße, wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 24. Jänner 2013 betreffend die Bebauungsplanänderung SW 113/12, Hasnerstraße - Brucknerstraße

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Die Bebauungsplanänderung SW 113/12 wird erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich der Bebauungsplanänderung wird wie folgt begrenzt:

Norden: Hasnerstraße

Osten: Brucknerstraße

Süden: Breitwiesergutstraße

Westen: Breitwiesergutstraße 38 - 42

Katastralgemeinde Waldegg

Die Bebauungsplanänderung liegt vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an im Anlagen- und Bauamt des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Anlagen- und Bauservice-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Mit der Rechtswirksamkeit der Bebauungsplanänderung SW 113/12 werden sämtliche in diesem Bereich bisher rechtswirksame Bebauungspläne aufgehoben.

§ 4

Die Bebauungsplanänderung tritt mit dem ihrer Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Der Plan wird überdies während 14 Tagen nach seiner Kundmachung an der Amtstafel des Anlagen- und Bauamtes, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Gemeinderat Pfeffer berichtet über

E 4 Neuerfassung (Stammplan) des Bebauungsplanes S 25-95-02-00, KG Wambach (Fischdorf - nördlich Kremsmünsterer Straße) und Aufhebung von Teilbereichen der Bebauungspläne S 25-95-01-01 und ST 124/1

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes und der Einwendungen laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die beiliegende Verordnung betreffend Bebauungsplan S 25-95-02-00, Fischdorf – nördlich Kremsmünsterer Straße, Neuerfassung (Stammplan) mit Aufhebung von Teilbereichen der Bebauungspläne S 25-95-01-01 und ST 124/1 werden erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 24. Jänner 2013 betreffend Bebauungsplan S 25-95-02-00, Fischdorf – nördlich Kremsmünsterer Straße, Neuerfassung (Stammplan) mit Aufhebung von Teilbereichen der Bebauungspläne S 25-95-01-01 und ST 124/1

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Der Bebauungsplan S 25-95-02-00 und die Aufhebung von Teilbereichen der Bebauungspläne S 25-95-01-01 und ST 124/1 werden erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich der Verordnung wird wie folgt begrenzt:

Norden: Freindorfer Mühlbach

Osten: Kremsmünsterer Straße 170 und 170a

Süden: Kremsmünsterer Straße

Westen: Stadtgrenze zu Ansfelden

Katastralgemeinde Wambach

Der Plan liegt vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an im Anlagen- und Bauamt des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Anlagen- und Bauservice-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Mit der Rechtswirksamkeit des neu erstellten Bebauungsplanes S 25-95-02-00 werden sämtliche in diesem Bereich bisher rechtswirksamen Bebauungspläne und die Bebauungspläne S 25-95-01-01 und ST 124/1 in den gekennzeichneten Bereichen aufgehoben.

§ 4

Die Verordnung tritt mit dem ihrer Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Der Plan wird überdies während 14 Tagen nach seiner Kundmachung an der Amtstafel des Anlagen- und Bauamtes, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Vizebürgermeister Dr. Watzl berichtet über

F ANTRAG DES AUSSCHUSSES FÜR KULTUR, TOURISMUS UND WOHNUNGS- WESEN

Neufassung des Kulturentwicklungsplans der Stadt Linz (KEP neu)

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, im Jahr 2000 wurde in Linz der erste Kulturentwicklungsplan nach einem sehr auf Partizipation ausgerichteten Prozess beschlossen. Damit war Linz die erste Gemeinde, die erste Stadt Österreichs, die sich einem derartigen Instrument im Kunst- und Kulturschaffen verschrieben hat. Ich glaube, Linz hat damals bereits auf sich aufmerksam gemacht - nicht nur dadurch, aber auch, indem sie ein derartiges Instrument eines Planes im Kunst- und Kulturschaffen beschlossen hat.

Auch ich möchte mich beim hier anwesenden Vizebürgermeister a.D., Dr. Reinhard Dyk, bedanken, dass er als Kulturreferent, und damit natürlich maßgeblich verantwortlich für diesen Bereich, diese Initiative gesetzt hat.

Nachdem einige Jahre vergangen sind, nachdem wir im Jahr 2009 mit der Europäischen Kulturhauptstadt neue Erfahrungen sammeln konnten, war es an der Zeit, dass wir diesen ‚Kulturentwicklungsplan alt‘, wie er mittlerweile genannt wird, überarbeiten. Überarbeiten

in der Form, wo wir einerseits einen Rückblick, eine Evaluierung angedacht haben, aber gleichzeitig auch die Neuausrichtung der kulturpolitischen Leitlinien mit Wegen, die zu dieser Zielerreichung führen, sprich strategische Überlegungen angestellt und niedergeschrieben haben, aber genauso Maßnahmen ganz konkret in dieses Papier geschrieben haben.

Ich glaube, dass dieser Prozess, der über zwei Jahre etwa gedauert hat, von der Methodik beispielgebend für andere Kommunen, für andere Städte, aber auch für andere politische Themenfelder sein kann bzw. aus meiner Sicht sein soll. Warum? Weil die Grundsätze der Transparenz, die Grundsätze der Partizipation des Diskurses nicht nur eine formulierte Zielsetzung waren, sondern ich es subjektiv erlebt habe, dass sie tatsächlich gelebt und umgesetzt wurden.

Nach diesem zweijährigen Prozess, wo eine wissenschaftliche Begleitung einerseits, die vor allem den Rückblick unternommen hat, die Evaluierung vorgenommen hat, auch eine Selbstverständlichkeit war, um diesen Grundsätzen Rechnung zu tragen, dass wir die Kunst- und Kulturschaffenden in der Stadt, ob institutioneller Natur oder ehrenamtlicher Natur, oder kunst- und kulturinteressierte Menschen, am Kulturgeschehen in Linz Interessierte einladen. Einladen, sich zu beteiligen, wenn man will, Betroffene zu Beteiligten machen, und das ist in zweierlei Hinsicht angeboten worden.

Es hat einen Blog KEP neu gegeben, also über das Netz, dass man sich in den Diskurs einbringen konnte, aber es waren vor allem die acht Workshops, bei denen sich rund 650 Persönlichkeiten eingebracht haben und ihre Sichtweise, ihre Vorstellungen über die kulturpolitische Entwicklung von Linz dargelegt haben.

Nach Abschluss dieses Prozesses war es wichtig, dass einerseits der Stadtkulturbeirat unserer Stadt mit den Fachleuten aus den verschiedensten Disziplinen drübergeschaut und Anmerkungen vorgenommen hat, dass die Verantwortlichen in den Kunst- und Kultureinrichtungen der Stadt, des Landes, am Standort Linz Universitäten ihre Expertise nochmals abgegeben haben und dann, wenn man so will, es in der letzten Feinjustierung Aufgabe der Politik war, denn der Kulturentwicklungsplan ist ein kulturpolitisches Zukunftspapier, dass der Kulturausschuss noch einmal Hand angelegt hat.

Wir haben das in einer Klausur und in Arbeitssitzungen gemacht und ich möchte mich wirklich bei allen Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen bedanken, die sich hier eingebracht haben. Eingebracht derart, wo die eine oder andere Diskussion natürlich mit unterschiedlichen Ausrichtungen geprägt war und wo auch im positiven Sinn um die eine oder andere Formulierung gestritten wurde. Aber letztendlich war das Ziel, eine gemeinsame Linie zu finden im Gespräch, ein ganz entscheidender prägender Punkt und daher können wir Ihnen heute einen, wie ich meine, gut abgestimmten Kulturentwicklungsplan zur Beschlussfassung vorlegen.

Bedanken möchte ich mich vor allem auch bei den ExpertInnen, die diesen Prozess begleitet haben. Ich möchte mich aber auch bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Linz Kultur unter der Letztverantwortung von Kulturdirektor Dr. Julius Stieber bedanken - Mag.^a Gerda Forstner ist anwesend -, weil natürlich sie die Knochenarbeit hatten, wenn es darum gegangen ist, den Formulierungsvorschlag richtig zu Papier zu bringen, aber auch alles, was herum war, ob es die Workshops waren, ob es das Bedienen des Onlineportals war und vieles andere mehr. Das wäre sicher nicht möglich gewesen, wenn diese professionelle Arbeit nicht angeboten worden wäre.

Mit diesem Kulturentwicklungsplan haben wir vier große thematische Bereiche abgebildet, haben diese vier strategischen Leitlinien, die da sind Chancengleichheit, Potenziale fördern in unserer Stadt, Zugänge schaffen, also das große, breite Feld der Kulturvermittlung bis hin zur Öffnung unserer Stadt, in zwölf Einzelkapitel gegliedert. Wir haben Zielsetzungen unter der Prämisse, in der Sprache möglichst einfach zu bleiben, dass Kultur für alle in dieser Form zum Ausdruck gebracht wird, aber neben dieser Zielsetzung auch ganz konkrete Maßnahmen festgeschrieben, sodass in zehn, 15 Jahren, wenn es wieder um eine neuerliche Evaluierung geht, die qualitative wie die quantitative möglich sein wird.

Und letztendlich wird mit diesem Kulturentwicklungsplan neu, denke ich, ein ordentliches strategisches wie auch mit Maßnahmen bestücktes Papier vorgelegt, das den Standort Linz nicht nur aus der Kunst und Kultur, sondern generell gesellschaftspolitisch weiterbringt.

Ich bedanke mich bei all jenen, die hier Hand angelegt und mitgearbeitet haben und darf Sie, sehr geehrte Damen und Herren, um Zustimmung ersuchen. (Beifall ÖVP)

Der Gemeinderat beschließt:

„1. Unter Bedachtnahme auf eine nachhaltige Stadtentwicklung definiert der angeschlossene neue Kulturentwicklungsplan der Stadt Linz für die kommenden zehn bis 15 Jahre vier Leitlinien und insgesamt zwölf Schwerpunkte für die Linzer Kulturpolitik, beschreibt Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele und wird als solcher genehmigt.

2. Alle im Kulturentwicklungsplan neu angeführten Dienststellen des Magistrats und Unternehmungen nach dem Statut der Landeshauptstadt Linz 1992, insbesondere der Geschäftsgruppe 4, Kultur, Bildung und Sport, werden beauftragt sowie die stadteigenen Kultureinrichtungen sind eingeladen, sich in die Zielerreichung und Umsetzung von Maßnahmen des neuen Kulturentwicklungsplanes einzubringen.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Rockenschaub:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, zwei Jahre hat der Prozess gedauert zur Evaluierung und zur Neuerfassung des Kulturentwicklungsplans neu. Herausgekommen sind vier Leitlinien und insgesamt zwölf Schwerpunkte für die Linzer Kulturpolitik in den kommenden zehn bis 15 Jahren.

Für meine Fraktion war besonders der Entstehungsprozess sehr beachtenswert. Aus qualitativen Interviews ist das erste Grundlagenpapier entstanden, das dann sehr breit in über einem halben Jahr in verschiedenen Workshops und Diskussionsveranstaltungen behandelt, diskutiert, erarbeitet und umgearbeitet wurde. Dieser Prozess ist für mich sehr vorbildhaft begleitet und organisiert worden durch die Kulturdirektion, durch Julius Stieber und seinem Team, aber vor allem auch durch die wissenschaftliche Prozessbegleitung Thomas Philipp und die fachliche Prozessbegleitung Andreas Schwandner und ihren Teams, wofür ich mich auch sehr herzlich bedanken möchte.

Es war für uns alle eine sehr lustbetonte Arbeit. Es war sehr angenehm, in den verschiedenen Workshops mit Menschen zu arbeiten, die aus allen Bereichen und von den verschiedensten Interessenslagen und aus den verschiedensten Hintergründen zusammengekommen sind, um über Kultur und Kulturarbeit in Linz nachzudenken und zu diskutieren und wirklich ernsthaft zu versuchen, ein Programm zu entwickeln, das sich auch umsetzen lässt, mit dem man wirklich in der Praxis arbeiten kann.

Für meine Fraktion sind einige Bereiche besonders wichtig, die ich vielleicht noch kurz anführen darf. Der neue KEP bedeutet einen großen Schritt in Richtung Chancengleichheit, in Bezug auf Barrierefreiheit, in Bezug auf Gendergerechtigkeit und Interkulturalität. Und erstmals sehr prominent verankert ist der Vermittlungs- und Partizipationsansatz und überhaupt der ganze Bereich der Kulturvermittlung. Der war bisher noch nie so im Zentrum, wie wir es jetzt in diesem Kulturentwicklungsplan haben. Das alles unter dem Aspekt Kultur für alle, aber nicht nur für alle, sondern durch alle, durch Einbeziehung aller Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt und alle, die sich dafür interessieren.

Es gibt da verschiedene Maßnahmen, mit denen diese Umsetzung des Ganzen gewährleistet werden soll. Zum Beispiel bei der Interkulturalität wollen wir vermitteln, dass das Anders- und Fremdsein nicht als Bedrohung gesehen wird, sondern als Chance und als Bereicherung, als Vielfalt in einer Stadt und das auch sichtbar machen, indem man verschiedene Kultureinrichtungen und auch Veranstaltungen sehr stark öffnet für alle Bewohnerinnen und Bewohner, die wir in Linz haben. Genau so soll das in den Stadtteilen passieren und in den verschiedensten Einrichtungen der Stadtteile, sei es die Volkshochschule oder Musikschule, Volkshäuser und Stadtbibliotheken. Wir haben da schon mit einigen Projekten begonnen.

Bei der Barrierefreiheit geht es nicht nur um bauliche Barrieren, sondern auch um soziale Barrieren. Aber gerade die baulichen Barrieren sind natürlich sehr wichtig für die Menschen, die es betrifft. Bei den Gebäuden wurde bereits begonnen. Wir haben bereits vorbildliche Bauten wie den Wissensturm und das Ars Electronica Center und so wird auch bei den nächsten Zu- und Umbauten vorgegangen werden.

Aber was mir persönlich sehr wichtig ist, dass man daran denkt, dass zum Beispiel Großveranstaltungen im Freien, die offene Veranstaltungen für alle sein sollten, oft für Menschen mit Beeinträchtigung sehr viele Barrieren beinhalten und dass man versucht, die abzubauen und zusätzlich natürlich in Bereichen, wo nicht so sehr daran gedacht wird, zum Beispiel bei Ausstellungsgestaltungen. Man sieht bei schönen Ausstellungen, die in den verschiedensten Museen in Linz gezeigt werden, immer wieder, dass Vitrinen zu hoch sind, dass Beschriftungen zu hoch sind. Es sollen alle diese Dinge durchgeführt und daran gedacht werden, dass es Menschen gibt, die Kultur aus anderen Blickwinkeln erleben.

Beim Bereich Gendergerechtigkeit haben wir schon mit der Symmetrie der Geschlechter beim Kulturentwicklungsplan 1 sehr heftig zu arbeiten begonnen und, ich denke mir, auch sehr erfolgreich. Diese jährliche Berichterstattung und Evaluierung hat sich, glaube ich, bezahlt gemacht, es hat sich sehr viel verbessert. Wir haben bei den Diskussionsrunden immer wieder gehört, dass alle das als Vorbild auch für andere Bereiche sehen, dass man vielleicht in anderen Bereichen des Kulturentwicklungsplans und in den Bereichen der Arbeit so ähnlich vorgehen kann, wie wir das gemacht haben bei der Symmetrie der Geschlechter.

Bei der Kulturvermittlung gibt es natürlich verschiedene Aspekte. Die Kulturvermittlung ist sehr wichtig, um Barrieren abzubauen, Zugänge zu schaffen, wirklich die sozialen Barrieren abzuschaffen, Vermittlungsinstrumente zu finden und Vermittlungsmethoden, um allen Menschen den Zugang zu den verschiedensten Kulturangeboten zu ermöglichen.

Es hat aber noch einen anderen Aspekt, und zwar denke ich mir, dass wir das Berufsbild der Kunst- und KulturvermittlerInnen sehr verändern müssen, qualitativ verstärkt verbessern müssen, aber auch in ihrer Beachtung, dass es nicht nur ein Nebenbei-Job ist für

irgendjemanden, der gerade momentan Zeit hat, sondern dass das wirklich ein ernsthafter und mit einer sehr fundierten Ausbildung befasster Beruf werden sollte. Dem entsprechend wird es dann bei der Bezahlung sein müssen.

Abschließend zum Kulturentwicklungsplan: Der Kulturentwicklungsplan ist nur die Grundlage. Er soll der Ausgangspunkt sein für das, was in Linz geschieht, welche Bedürfnisse die Menschen dieser Stadt haben und natürlich die Bekenntnis zur künstlerischen Freiheit, zum Experiment, zum Fortschritt und zur Weiterentwicklung. Ich glaube, das ist mit dem Kulturentwicklungsplan 2 gelungen. Nochmals herzlichen Dank an alle, die mitgearbeitet haben und dieses doch sehr, sehr umfangreiche Werk geschaffen haben.“ (Beifall SPÖ, ÖVP)

Gemeinderätin Klitsch:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat und auf der Galerie, seitens der freiheitlichen Fraktion möchten wir gerne einmal vorausschicken, dass wir uns bereits beim Kulturentwicklungsplan 1 sehr intensiv beteiligt haben, uns eingebracht haben, uns einfach aktiv integriert haben in den ganzen Diskussionsprozess, um diesen Kulturentwicklungsplan 1 auf die Beine zu stellen.

Wir haben damals diesen Beschluss mitgetragen mit Ausnahme der beiden Linzer Großbauten, das war damals die Diskussion um das Linzer Musiktheater und um den Neubau des Linzer Lentos. Im Grunde genommen haben wir damals sämtlichen anderen Inhalten die Zustimmung gegeben. Beim Grundsatzbeschluss zum Kulturentwicklungsplan 2 hat sich unsere Fraktion damals der Stimme enthalten, und zwar aus zwei sehr wesentlichen Gründen.

Punkt eins waren für uns die Kosten, die mit diesem Papier anfallen, in Höhe von 100.000 Euro zu hoch gegriffen, um einen derartigen Prozess in die Wege zu leiten, weil wir nicht wirklich in einer Situation leben, wo wir sagen, wir können mit dem Geld herumschmeißen, sondern wir leben schon in einer Zeit, wo wir den Euro wirklich dreimal umdrehen müssen.

Auf der anderen Seite war für uns damals der Grundsatzbeschluss nicht nachvollziehbar insofern, da wir gesagt haben, es gibt aus dem Kulturentwicklungsplan 1 noch so viele offene Punkte und Forderungen, die in keinsten Weise umgesetzt wurden. Das heißt, wir hätten die zuerst gerne erledigt gehabt oder, wie der Volksmund sagt, ich brauche nicht ständig etwas Frisches hervorziehen, wenn ich das Alte noch nicht erledigt habe.

Faktum ist, wir haben damals im Kulturentwicklungsplan 1 sehr stark gefordert, dass man die Linzer Bevölkerung mit einbezieht unter dem Motto ‚direkte Demokratie‘. Wir haben gesagt, die Bevölkerung soll mitsprechen, sie soll sich beteiligen, aber auch die Künstler sollen sich beteiligen. Es ist damals noch nicht so ganz auf Schiene gekommen.

Im Rahmen des Prozesses um den Kulturentwicklungsplan 2 ist es dann gelungen, die Bevölkerung ins Boot zu holen, mitdiskutieren zu lassen, das heißt, die Bevölkerung hat eine sehr, sehr aktive Möglichkeit gehabt, dieses Papier mitzugestalten. Wir haben den ursprünglichen Ausgangspunkt der Kultur Parlament genannt, jetzt waren es eben diese Workshops, die bereits angesprochen wurden. Nichtsdestotrotz hat aber die Linzer Bevölkerung eine sehr, sehr gute Möglichkeit gehabt, an diesem Diskussionsprozess teilzunehmen.

Den Grundsatzbeschluss haben wir selbstverständlich nicht mitgetragen aus diesen zwei Gründen. Das heißt für unsere freiheitliche Fraktion allerdings nicht, dass wir uns jetzt

Scheuklappen aufsetzen und halb blind dahingaloppieren, sondern wir setzen uns natürlich sehr konstruktiv und sehr kritisch gleichermaßen mit jedem einzelnen Inhalt und mit jedem einzelnen Kapitel auseinander.

Einer unserer wesentlichen Punkte war immer - und das schon beim ersten Kulturentwicklungsplan -, dass Linz ein ganz eigenständiges Kulturprofil braucht, ein eigenständiges Linz-Profil, ganz einfach um nicht von anderen Städten abgekupfert zu werden, dass man irgendein beliebiges Kulturprogramm hat, das eins zu eins auf irgendeine Stadt umlegbar ist, sondern dass wir ein selbstbewusstes eigenes Linz-Profil haben, das es nur in unserer Stadt gibt. Das haben wir in Linz im Grunde immer sehr gut geschafft, gerade mit den Veranstaltungen, die auf den öffentlichen Plätzen stattfinden, mit dem Stichwort Pflasterspektakel, Krone Fest, Klangwolke und diese Dinge. Das heißt, da ist nach wie vor unser Fokus, die öffentlichen Plätze der Bevölkerung zugänglich zu machen.

Ein ganz, ganz wesentlicher Punkt war und ist nach wie vor auch die professionelle Vernetzung mit dem Tourismus. Im ersten Kulturentwicklungsplan wurde das in die Wege geleitet, das wurde teilweise umgesetzt, teilweise nicht umgesetzt. Seit dem Kulturhauptstadtjahr 2009 ist Schwung in die ganze Sache gekommen. Das heißt, die Linzer Kulturverantwortlichen und die Linzer Touristiker reden sehr gut miteinander und diese Vernetzung und Kooperation kommt sehr gut auf Schiene.

Und der dritte ganz, ganz wesentliche Punkt an der Beteiligung war, dass das Thema Kinder einen ganz besonderen Stellenwert bekommen hat, das heißt, dass die Kleinen und die Kleinsten unserer Stadt, die Bevölkerung der nächsten Generation, die Künstler der nächsten Generation, das Publikum der nächsten Generation jetzt schon einen ganz, ganz eigenen Stellenwert bekommen.

Inhaltlich vielleicht ganz kurz zu einigen Punkten. Wie bereits angesprochen, das Thema Kultur und Tourismus ist eines der wesentlichsten Themen, weil es nicht nur darum geht, dass wir Leitlinien ins Leben rufen oder grundsätzliche Rahmenbedingungen schaffen, sondern Einnahmen erzielen. Wir vergessen immer in der Stadt Linz, dass der Tourismus einer der wesentlichsten Faktoren ist, wo man Einnahmen erzielen kann. Wir haben, wenn wir die Nächtigungsgäste, Radfahrtouristen, Kreuzfahrtpassagiere und alle zusammenzählen, rund zwei Millionen Menschen, die sich in Linz bewegen. Ein Tourist hat normalerweise Geld eingesteckt, also nichts einfacher, wie mit Kulturveranstaltungen und auch in den Linzer Museen Einnahmen zu erzielen. Gespräche mit der Wirtschaft sind genauso unabdingbar, wie ein gemeinsames professionelles Marketing, dass man ordentlich auftritt und einen gemeinsamen Vertrieb hat.

Das Thema Kunst und Kultur öffentlich machen, das ist der ganze Bereich der öffentlichen Veranstaltungen. Hier waren die Freiheitlichen immer sehr, sehr dahinter oder eigentlich die Vorreiter, dass das Linz Fest neu ausgerichtet wurde, das heißt, dass man das ursprüngliche Linz Fest von der Donau herübergebracht hat auf die Linzer Donaulände. Wir waren Vorreiter, wenn es darum gegangen ist, die Seitenstraßen in Linz zu bespielen, das heißt, nicht nur die Künstler hineinzustopfen in die Linzer Landstraße, sondern auch andere Plätze zu öffnen. Das ist mittlerweile schon sehr gut gelungen mit der Öffnung des Offenen Kulturplatzes, mit der Bespielung der Altstadt, mit der Bespielung des Pfarrplatzes usw. Neu kommt dazu, dass auch der Donaoraum wieder verstärkt bespielt werden soll und natürlich die einzelnen Linzer Stadtteile.

Die Kinder- und Jugendkultur, das war der dritte Schwerpunkt auch bei uns, dass wir jetzt im Kulturentwicklungsplan festgeschrieben haben, dass es einen eigenen Kulturpass für

Kinder und Jugendliche geben soll, dass eine eigene Kinderkulturwoche ins Leben gerufen wird und dass die Open-Air-Veranstaltungen mit eigenen Kinderprogrammen bestückt werden.

Ein inhaltlicher Punkt, der bei uns für Verwunderung oder Entbehrlichkeit sorgt, ist natürlich das Thema der Interkulturalität. Hier sagen wir, das ganze Kapitel ist für uns im Grunde genommen entbehrlich. Es war im ersten Kulturentwicklungsplan keine Notwendigkeit, das Thema überhaupt anzusprechen oder niederzuschreiben. Im Kulturentwicklungsplan 2 hat es ein eigenes Kapitel bekommen. Wir wissen nicht, was sich vom Kulturentwicklungsplan 1, also vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2012 so dramatisch verändert hat, dass sich manche Bevölkerungsgruppen anscheinend benachteiligt fühlen. Also eine Benachteiligung können wir in keinsten Weise feststellen. Es sind alle Kulturveranstaltungen für jeden zugänglich, das heißt, es wird keiner irgendwie am Eintritt gehindert, es hat jeder internationale Künstler bei uns die Möglichkeit, aufzutreten und es wird wirklich niemandem der Eintritt verwehrt. Zu dem kommt dazu, dass im Wissensturm Bücher, DVDs und Videos in allen Sprachen angeboten werden, die in der Stadt Linz gesprochen werden. Das heißt, auch hier ist keine Ungleichbehandlung gegeben.

Wir sagen, der Prophet im eigenen Land muss etwas wert sein. Das heißt, wir stellen schon eher die Linzer Künstler in den Vordergrund. Und dass das Thema religiöse Vielfalt als Normalzustand betrachtet wird und dass wir die Interkultur, die Kultur des Dazwischen forcieren sollten, ist für uns jetzt nicht wirklich nachvollziehbar. Wir sagen, das hat mit dem Thema Linz-Profil nicht wirklich etwas zu tun. Menschen mit Migrationshintergrund gibt es in Gesamteuropa. Das heißt, es ist nicht in unserem Ansinnen, dass wir eine interkulturelle Einheitskultur in ganz Europa bekommen. Jedes Volk hat seine eigene Kultur und das ist auch richtig so. Dass wir die Kulturen untereinander vermischen, ist nicht Sinn der Übung.

Zum Thema religiöse Vielfalt haben wir in Linz schon öfters die Diskussionen gehabt, ob in den Schulen noch Kreuze aufgehängt werden sollen oder ob der Nikolaus noch kommen soll oder nicht. Diese Diskussionen sind bitte in Hinkunft für uns komplett entbehrlich und wir können in keinsten Weise irgendeine Benachteiligung feststellen.

Abschließend ein Punkt, der uns sehr verwundert hat, das war der ganze Punkt der Freien Kunst- und Kulturszene. Hier haben wir uns im Ausschuss sehr, sehr intensiv darauf verständigt, dass das ganze Kapitel einmal neu definiert wird, das heißt, wer ist gemeint unter der gesamten Freien Linzer Kunst- und Kulturszene. Da war immer unser Ansinnen - und das wird es nach wie vor bleiben - alle Linzer Künstler ins Boot zu holen, das heißt, einzelne Künstler, freischaffende Künstler, vom Maler bis zum Bildhauer, vom Schauspieler bis zum Musiker, bis zum Kabarettisten. Es gibt eine Vielfalt an kreativen Künstlern in unserer Stadt, die in diesem Kapitel vertreten sein sollen. Das wird im Kapitel Nummer 4 nicht klar definiert. Wir haben dann im letzten Ausschuss darauf gedrängt, dass man dies bitte in den Erläuterungen klar definieren möge, was uns vom Herrn Kulturdirektor Stieber versprochen wurde, was aber dann bislang an und für sich nicht wirklich in schriftlicher Form vorliegt.

Ein weiterer Punkt, der seit der vergangenen Pressekonferenz am vergangenen Montag etwas eigenartig anmutet, war die finanzielle Erhöhung, also die Erhöhung der finanziellen Ressourcen für die Freie Szene, wo auf Nachfrage eines Journalisten gefragt wurde, wie man sich das Ganze finanziell vorstellt und dann zur Sprache gekommen ist, es wurde noch in keinsten Weise mit dem Finanzreferenten gesprochen, wie das Budget finanziell in Zukunft ausschauen soll beziehungsweise wie die budgetären Rahmenbedingungen sind, was immer.

Das heißt, das hat uns in den letzten Tagen zu sehr verwundert, dass wir sagen, einerseits ist nicht klar definiert, wer ist die Freie Szene, gehören die Linzer Künstler dazu oder nicht. Wir möchten das klar definiert haben, zu dem Punkt stehen wir nach wie vor, und wir möchten auch das Budget klar auf dem Tisch haben. Den Förderkatalog unterstützen wir selbstverständlich, dass der neu erstellt werden soll.

Aber Faktum ist, das Thema hat sich anders dargestellt, als es ist, das Budget ist nicht geklärt und die Definition der Linzer Künstler ist nicht geklärt. Faktum ist, dass unsere freiheitliche Fraktion dem Kapitel 2 ‚Interkultur‘ nicht die Zustimmung gibt, weil es entbehrlich ist, und dem Kapitel 4 nicht die Zustimmung erteilt, weil es unter anderen Voraussetzungen ursprünglich diskutiert worden ist.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderätin Mag.^a Grün:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kollegen und Kolleginnen, prinzipiell finde ich es gut, den Kulturentwicklungsplan neu heute zu beschließen. Es ist eine Menge Arbeit hineingeronnen und viele Maßnahmen, die gesetzt werden sollen, sind richtig und wichtig. Ob es ein Papiertiger wird, wissen wir heute noch nicht und ob letztendlich nur der Ansatz Kultur als ein Standortfakt in einer neoliberalen Stadtkonkurrenz zu sehen übrig bleibt, wird sich weisen.

Die entscheidende Frage bleibt für die KPÖ, ob die Verschränkung des Sozialen mit der Kultur, nämlich ob das Kulturbudget wie im Kulturentwicklungsplan neu angekündigt, zur Freien Szene umgeschichtet wird oder nicht. Fakt ist, dass im heurigen Budget die berechtigten Forderungen der Freien Kulturszene nach Anhebung ihres Anteils am Kulturbudget wieder nicht erhört wurden. Wenn man sich schon als Kulturstadt sieht, sollte man die Augen vor der prekären Lage vieler Kulturschaffender und KulturarbeiterInnen nicht verschließen, sondern danach handeln. Hochglanzprospekte machen bekanntlich nicht satt, sondern im besten Fall Gusto auf das Kommende. In diesem Sinne werde ich dem KEP zustimmen.“

Gemeinderat Mayr:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, vielleicht zu Beginn ganz kurz zur Entstehungsgeschichte dieses Kulturentwicklungsplans.

Angefangen hat es im Jahr 2000 mit dem ersten KEP, der noch einstimmig beschlossen worden ist im Gemeinderat. Kulturreferent Dr. Watzl hat schon die Geschichte dazu erzählt. Ich glaube, es ist ersichtlich gewesen, dass dieser erste KEP Linz maßgeblich geprägt hat, was die Kulturpolitik betrifft. Es ist unter anderem damals schon die Kulturhauptstadt angesprochen worden im ersten KEP, ohne zu wissen, in welchem Jahr Österreich überhaupt wieder an der Reihe sein wird. Wenn ich es jetzt richtig im Kopf habe, kommt sogar das Wort Tabakfabrik schon einmal drinnen vor.

Sieben Jahre, nachdem der KEP 1 beschlossen worden ist, haben wir uns von den Grünen das erste Mal diese Maßnahmen überlegt, die darin formuliert werden, welche umgesetzt sind und welche noch nicht, was hat sich in der Zwischenzeit weiterentwickelt und was ist eventuell gar nicht umsetzbar.

Wir haben darauf aufbauend im Oktober 2007 einen Antrag im Gemeinderat gestellt, dass der ‚alte KEP‘, wie er mittlerweile manchmal schon genannt wird, evaluiert werden sollte und darauf aufbauend eine Neufassung entstehen sollte. Dieser Antrag ist damals einstimmig, also auch mit den Stimmen der FPÖ, dem Kulturausschuss zugewiesen

worden. Dort ist uns dann ein Konzept präsentiert worden, wie das passieren könnte, das mit Kosten verbunden war, wo natürlich für alle Beteiligten völlig klar war, in dieser Form wird eine Evaluierung und eine Neufassung niemals stattfinden können. Wir waren damals bei Kosten, die ca. sechsmal so hoch waren, wie die Evaluierung und Neufassung dann tatsächlich gekostet hat.

Im Jahr 2009 habe ich probiert, dass ich diesen Antrag, der noch immer im Kulturausschuss war, wieder in die Öffentlichkeit zurückhole, habe einen Antrag gestellt auf einen Zwischenbericht dahingehend abzielend, dass der Kulturausschuss durchaus als schwarzes Loch bezeichnet werden hat können, wie ich das damals gesagt habe. Da ist das Phänomen gewesen, dass meine Anträge da drinnen immer wieder verschwunden sind und ich teilweise dann nicht mehr gewusst habe, sind sie jetzt noch dort, wo sind sie und wie kann man die wieder herausbringen. Das war damals der Versuch, dass ich den KEP zum zweiten Mal im März 2009 in den Gemeinderat bringe. Es hat mir damals nur leider, außer meiner Fraktion, niemand zugestimmt.

Nach dem Kulturhauptstadtjahr und nach der Gemeinderatswahl vor allem war dann der dritte Versuch, das war im April 2010. Da hat es mich kurz gerissen, wie es geheißen hat, das kommt in den Kulturausschuss - Stichwort schwarzes Loch. Das hat aber dann tatsächlich funktioniert, im November 2010 war dann anschließend die Mittelfreigabe im Gemeinderat.

Das heißt, wir haben eine Zeitdauer - vielleicht damit man sich gemeinderätliche Arbeit einmal vorstellen kann - vom ersten Antrag bis zur heutigen Beschlussfassung von 1925 Tagen, die dieser Prozess gedauert hat. Ich bin nur froh, dass das nicht ein Antrag von der ÖVP war, weil die ÖVP wird schon nach einer Woche unruhig, wenn ein Antrag nicht gleich umgesetzt wird. (Zwischenrufe, Heiterkeit)

Ganz kurz vielleicht noch ein paar Worte zum Prozess, weil es nicht selbstverständlich ist, dass ein Prozess in der Intensität und in der Qualität stattfindet, wie er aus meiner Sicht stattgefunden hat. Eine Auszeichnung vom ersten Kulturentwicklungsplan war, dass sich Menschen damit sehr stark identifizieren haben können, weil es eine sehr starke Einbindung von Interessierten, von Expertinnen und Experten gegeben hat. Und es war immer unsere Intention, dass man dieses Modell beim zweiten KEP wieder beibehält.

Es ist dann, wie schon erwähnt worden ist, vom Linzer Institut für qualitative Analysen (LIQuA) dieses Grundlagenpapier entwickelt worden, über 500 Seiten kulturpolitischer Rückblick der letzten zehn Jahre inklusive über 70 Interviews - wirklich eine spannende Lektüre. Es gibt für die, die kulturpolitisch nicht ganz so interessiert sind, eine Kurzfassung, die hat nur 50 Seiten.

Anschließend eine Reihe an Workshops mit über 600 Personen, wobei wieder nicht die Anzahl der Personen, die daran teilgenommen haben, das wirklich Beeindruckende ist, sondern vor allem die Qualität, mit der dort diskutiert worden ist. Es war eine extrem hohe Beteiligung und es war vor allem ein spürbarer Wille der Personen, die dort waren, dass man städtische Kulturpolitik mitgestaltet.

Parallel dazu, wie es schon erwähnt worden ist, die Diskussionsmöglichkeit im Internet und darauf folgend die erste Rohfassung, wo dann wieder unzählige Gespräche und Diskussionen im Stadtkulturbeirat, im Kulturausschuss gefolgt sind und da ist etwas passiert, was in Linz nicht jede Woche stattfindet. Ich glaube, es hat eine inhaltliche Auseinandersetzung zwischen den Fraktionen gegeben, die nicht immer ganz freundlich und

kuschelweich war, aber die von Respekt getragen worden ist und wo völlig klar war, es gibt ein Ziel, einen wirklich guten Kulturentwicklungsplan, auf den wir hinarbeiten wollen. Das heißt, auch kein Verfallen in parteipolitische Streitereien, sondern eine ernsthafte inhaltliche Arbeit. Das sollte man vielleicht öfter probieren in der Stadt Linz.

Wir beschließen heute einen Kulturentwicklungsplan, der für die nächsten zehn bis 15 Jahre gelten wird. In die Richtung von Frau Kollegin Klitsch: Auch Linz dreht sich weiter wie der Rest der Welt und deswegen hat es durchaus Sinn, wenn man sich Kulturentwicklungspläne in regelmäßigen Abständen wieder anschaut - auch weil sich Herausforderungen ändern, weil sich Rahmenbedingungen ändern und es deswegen nicht gescheit ist, zuerst zu warten, bis alles erfüllt worden ist, was vielleicht gar keinen Sinn mehr macht, es zu erfüllen, weil es tatsächlich viel wichtigere Aufgaben gibt.

Wir haben jetzt diesen neuen Kulturentwicklungsplan, den wir beschließen, mit den vier Leitlinien: Chancengleichheit erhöhen, Potentiale fördern, Zugänge schaffen und die Stadt öffnen. Jede dieser Leitlinien ist noch einmal unterteilt in jeweils drei kulturpolitische Schwerpunkte. Ich möchte nur ganz kurz auf zwei davon eingehen, nicht weil ich eine Wertung von denen machen möchte, was mir persönlich am wichtigsten ist, sondern weil ich anhand von zwei Beispielen zeigen möchte, welche Qualitäten dieser neue KEP besitzt.

Schauen wir uns den Bereich Chancengleichheit erhöhen an. Wir haben da drinnen ein klares Bekenntnis zu einer Chancengleichheit in der Stadt Linz und zu einer fairen gesellschaftlichen Teilhabe aller. Wir haben drinnen definiert, dass es das Ziel der Stadt Linz ist, dass bestehende Zugangs- und Nutzungsbarrieren beseitigt werden, wir haben das klar formulierte Ziel, dass Gendergerechtigkeit auf allen Ebenen hergestellt wird und wir haben vor allem das Ziel definiert, dass Vielfalt in der Stadt Linz als Normalität betrachtet wird. Ich glaube, das ist ein äußerst fortschrittliches Kapitel, das sich durchaus sehen lassen kann.

Was ein bisschen eine Unterscheidung zum ersten KEP ist, dass sehr konkrete Maßnahmen formuliert worden sind in diesem Kulturentwicklungsplan, wo man sich dann tatsächlich alle paar Jahre wieder anschauen kann, was ist davon umgesetzt worden und man kann wirklich ein Hakerl daneben machen, weil es objektiv messbare Kriterien sind. Bislang war es beim alten KEP, so sehr ich ihn schätze, bei vielen Maßnahmen subjektiv vielleicht möglich, eine Maßnahme als erledigt zu erklären, allerdings hat es da zumindest drei Einschätzungen bei zwei Personen gegeben, wenn man darüber geredet hat.

Zweiter Bereich, den ich kurz ansprechen will, ist das Kapitel Potentiale fördern. Da ist vieles von dem untergebracht, was die Freie Kunst- und Kulturszene betrifft, da geht es um altbekannte Themen. Es geht um eine Verbesserung der Fördersituation, es geht aber genauso um Verbesserungen bei Fragen des nutzbaren Raums. Das war unter anderem auch ein Thema, das meiner Erinnerung nach in jedem Workshop zumindest einmal angesprochen worden ist.

Ich habe es in meiner Budgetrede schon gesagt, das Problem ist - das auch die Kollegin Grünn vorher kurz erwähnt hat -, dass seit 2004 stagnierende Kulturbudgets hinter uns liegen ohne Inflationsabgeltung. Und was jetzt tatsächlich als konkrete Maßnahme formuliert ist, glaube ich, ist eine sehr wichtige Maßnahme und die will ich jetzt kurz vorlesen, weil sie nämlich von der Frau Kollegin Klitsch noch angesprochen worden ist, und zwar Seite 39 neuer Kulturentwicklungsplan:

„Die Stadt Linz erhöht schrittweise das Budget von Linz Kultur zur Förderung der Freien Kunst- und Kulturszene gemäß den im Kulturentwicklungsplan genannten Schwerpunkt-

setzungen.' Ich glaube, das ist ein äußerst wichtiges Bekenntnis, das der Gemeinderat da trifft und da kann man sich dann nicht darauf ausreden, ist jetzt schon mit dem Finanzreferenten geredet worden oder nicht, sondern es gibt, glaube ich, Grundsatzpapiere genauso wie ein Sozialprogramm, die den Rahmen vorgeben für eine Budgetplanung. Und das ist jetzt keine ‚das können wir einmal probieren, das machen wir vielleicht‘-Maßnahme, sondern das ist eine konkrete Maßnahme, eine stufenweise Anhebung, die man jedes Jahr wieder kontrollieren kann, ob dieser Kulturentwicklungsplan eingehalten wird oder nicht.

Ebenfalls angesprochen wird drinnen noch, das habe ich schon ganz kurz gesagt, die Frage der Räume, auch öffentlicher Raum oder in Bezug auf Leerstände und Volkshäuser. Ein ganz wichtiger Teil aus meiner Sicht ist die Frage der Kooperationen zwischen Institutionen der Stadt Linz und Initiativen der Freien Kunst- und Kulturszene. Ich kürze das jetzt ein bisschen ab und lese nicht jedes Kapitel noch einmal vor, das werden die interessierten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ohnehin tun.

Vielleicht noch ganz kurz zur heutigen Abstimmung. Frau Kollegin Klitsch hat vorher gefragt, was sich denn seit dem Jahr 2000 geändert hat, dass auf einmal ein Kapitel notwendig ist, wo es um Interkulturalität geht. Ich glaube, es hat sich im Jahr 2000 etwas ganz Massives geändert, und zwar war damals auf einmal eine FPÖ in der Bundesregierung, was dazu geführt hat, dass sich die gesellschaftliche Grundstimmung geändert hat, vielleicht ganz bewusst. Außerdem ist auch anderen Fraktionen dieses Thema viel bewusster geworden und deswegen war es wichtig, dass wir ein Kapitel formulieren, das aus meiner Sicht tatsächlich sehr, sehr fortschrittlich ist.

Mich hätte es persönlich auch gewundert, hätte die FPÖ diesem Kapitel zugestimmt, weil die FPÖ – wenn ich OTS-Aussendungen von früher richtig in Erinnerung habe – Ideen wie Integration grundsätzlich ablehnt und so gesehen kann es durchaus ein Qualitätsmerkmal sein, wenn dieser KEP, dieses Kapitel nicht einstimmig beschlossen wird, weil wir damit darauf hinweisen, dass wir uns in dem ganzen KEP-Prozess nicht einer Beliebigkeit hingeeben haben, sondern dass mit diesem Gemeinderatsbeschluss für die Stadt Linz tatsächlich eine Positionierung stattfindet.

Zum Abschluss noch einen Dank - weil ich es nämlich ganz ernsthaft für einen wirklich gelungenen Prozess halte, was in den letzten Jahren passiert ist - an die über 600 TeilnehmerInnen in den Workshops, an das LIQuA, das das Grundlagenpapier erstellt hat, den Stadtkulturbeirat für die laufende Mitarbeit, ganz besonders Herrn Kulturdirektor Dr. Julius Stieber und dem ganzen Team von Linz Kultur, die sich intensiv eingebracht haben und das alles organisiert haben, den vielen ExpertInnen, die mitgearbeitet haben am KEP, der Steuerungsgruppe und vielen, vielen mehr.

Ich glaube, wir beschließen heute einen Kulturentwicklungsplan, der sich sehen lassen kann und wo ich mich jetzt schon darauf freue, die Umsetzung mitzutragen und die Umsetzung zu beobachten. In zehn bis 15 Jahren beschließen wir dann wieder den nächsten. Danke schön.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderat Reiman, MBA:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister und Kulturreferent, sehr geehrtes Gremium und Kollegen, wir haben viel gehört, es ist viel gesagt worden, es ist auch viel geschrieben worden in diesem Kulturentwicklungsplan und der Prozess war sicher ein sehr mühevoller für viele Beteiligten. Es ist sicher begrüßenswert und anerkennend, dass sich viele Menschen in Linz eingebracht haben, um die kulturelle Gestaltung in Linz mitzutragen, zu verbessern oder zu erweitern, das ist keine Frage.

Ich bin selbstverständlich befangen als Kulturhausleiter einer 22 Jahre alten Institution und habe natürlich meine Erfahrungen mit Kulturpolitik gemacht in den letzten 22 Jahren und diese Erfahrungen waren nicht unbedingt die schönsten, das muss ich noch dazu anmerken. Allerdings lernt man viel hinzu und ich bin natürlich immer wieder erpicht darauf, vieles anzunehmen.

Beim Kulturentwicklungsplan habe ich mir insofern ein bisschen schwer getan - insbesondere aus Sicht des Kulturmanagements und des Kulturmarketings -, weil er ist an und für sich ein Sammelsurium, so eine Art Fleckerlteppich. Ein Mitglied des Kulturbeirates hat zu mir gesagt, das ist ein Kochbuch mit internationalen Kochrezepten und, und, und. Hier kommen sehr viele zahlreiche, positive, begrüßenswerte Ideen, Maßnahmen, Wünsche, Befindlichkeiten etc. vor, das ist alles okay. Jedoch die Konkretisierung bzw. die tatsächlichen Konzepte und die Machbarkeit, die Umsetzbarkeit in dem Sinn fehlen und das ist das große Problem in diesem Kulturentwicklungsplan, also das Wie. Und ist dieses Wie überhaupt realistisch?

Das Bild ist demnach sehr unscharf, auch deshalb, weil im Endeffekt alles an der tatsächlichen Umsetzbarkeit hängt, insbesondere vom Budget und von den vorhandenen Mitteln und auch von der so genannten Verteilungsarithmetik – und da spreche ich wiederum als Kulturhausleiter. Denn es kann nicht sein, dass Ermessensausgaben in der tatsächlichen Praxis wiederum hauptsächlich in parteipolitische Vorfeldorganisationen wandern. Diese Ermessensausgaben sollten dann tatsächlich nachvollziehbar und messbar sein. Es kann nicht sein, dass diese parteipolitischen Vorfeldorganisationen die angeblich besseren und förderungswürdigeren Kulturvereine sind, die bessere und förderungswürdigere Kulturarbeit leisten und insbesondere in dieser Hinsicht auch eklatant bevorzugt werden.

Die Freie Kulturszene – das haben wir heute schon einmal gehört – besteht nicht nur aus parteipolitischen oder überhaupt politischen Vereinen, sondern die Freie Kulturszene hat sich in Wirklichkeit auf einem frei verbliebenen Kulturmarkt um ein kleines Stück Kuchen zu raufen, denn auf der anderen Seite gibt es den geschützten Bereich, die Institutionen, die öffentlichen Einrichtungen und so weiter, die sehr, sehr stattlich mit Kulturgeld ausgestattet sind.

Das heißt, im Endeffekt wird der ganze Kulturentwicklungsplan an der Umsetzung zu messen sein und an der Geschicklichkeit des Kulturreferenten, wie er diesen Spagat tatsächlich meistern kann, und zwar zwischen diesen geschützten Institutionen und der Freien Kulturszene. Und ich würde mir auch wünschen, diesen Begriff bzw. dieses Paradigma ‚Kultur für alle‘, das eigentlich mehr eine politische Parole ist, umzudrehen, nämlich in ‚Alle für Kultur‘. Das ist viel weitreichender und wirkt schöner und ist nicht so polarisierend. Das wäre also mein Appell an den Kulturreferenten, vielleicht wäre das auch im Sinne für die weitere Vorgehensweise.

Ich war selbstverständlich im Zweifel, ob ich jetzt dort und da nicht zustimmen soll und es gibt viele Kritikpunkte, das ist ganz klar. Ich sehe aber auch, dass dieser Kulturentwicklungsplan nicht wirklich als Plan gesehen werden kann. Er ist eine Grundlage und diese Grundlage sehe ich an und für sich jetzt schon für gelungen – als Grundlage, aber nicht als Plan. Insofern werde ich dem Kulturentwicklungsplan zustimmen und bitte, in Zukunft diese Dinge, die hier so, ich sage jetzt einmal, mit Eifer angestrebt werden, auch umzusetzen. Danke.“

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Vizebürgermeister Dr. Watzl:

„Ich darf beim Kollegen Reiman gleich anknüpfen, er hat den Begriff des Fleckerlteppichs genannt. Dieses Bild ist aus meiner Sicht ein gutes Bild, weil es natürlich das Bestreben oder die Zielsetzung war, die gesamte Bandbreite von der Volkskultur, Brauchtumpflege bis hin zur experimentellen, visionären Kunst zu sehen und trotzdem nicht in die Beliebigkeit abzurutschen und Schwerpunktsetzungen vorzunehmen.

Kollege Severin Mayr, nur der Ordnung halber festgestellt, du weißt es, ich sage es öffentlich hier, das hat nichts mit einem schwarzen Loch oder gar einem grünen Antrag, dich goutieren wollend, zu tun. (Zwischenruf) Wenn er sinnvoll ist, selbstverständlich, aber alles zur richtigen Zeit, denke ich. Der Grund war nicht, weil man eine Geringschätzung der grünen Fraktion dir gegenüber zum Ausdruck bringen wollte, sondern - davon bin ich überzeugt - weil es gescheit war, dass man die Erfahrungen des Europäischen Kulturhauptstadtjahres abgewartet hat. Denn hätten wir das nicht getan, behaupte ich, hätten wir das eine oder andere in der konkreten Formulierung, Zielsetzung oder Maßnahme im neuen Kulturentwicklungsplan nicht drinnen. Und daher war es logisch, den Kulturentwicklungsplanprozess erst dann zu starten, wenn das Europäische Kulturhauptstadtjahr mit dem 31. Dezember 2009 beendet war, dass die Intendanz ein Resümeeepapier über dieses Projekt der Europäischen Kulturhauptstadt gelegt hatte und vor allem auch aus ihrer subjektiven Erfahrung heraus ein Empfehlungspapier entsprechend für die weitere Kulturarbeit, die kulturpolitische Ausrichtung in Linz abgegeben hatte. Sobald dieses da war, das weißt du, ist der Prozess gestartet worden.

Und damit bin ich bei der Frau Kollegin Klitsch, die sehr oft das Wort Alleinstellungsmerkmal strapaziert hat. Genau darum ist es nämlich gegangen. Denn es geht nicht darum, Salzburg, Graz oder eine andere Stadt in Österreich oder darüber hinaus abzukupfern, sondern es geht darum, im Sinne von Potentialen, die wir Gott sei Dank haben, entsprechend zu finden, zu fördern und auf denen aufbauend dieses Alleinstellungsprofil zu entwickeln. Alleinstellungsmerkmal heißt für mich auch, dass es selbstverständlich insbesondere die einzelnen Künstlerinnen und Künstler neben den institutionalisierten Kunst- und Kultureinrichtungen sind, die dieses Alleinstellungsmerkmal perspektivisch entsprechend entwickeln.

Dass die Freiheitliche Partei bei der Interkulturalität nicht mitstimmt - gut, man kann unterschiedlicher Meinung sein. Interkulturalität sehe ich, und das sehen anscheinend die meisten Fraktionen hier im Haus so, als eine Chance und nicht als ein Bedrohungsszenario und genau darum geht es. Ein Projekt, das es auf den Punkt bringt, ist das Projekt ‚Kulturlotsinnen‘, wo großartige Frauen aus den unterschiedlichsten Ländern der Welt, die seit Jahren in Linz wohnen, diese ihre Erfahrung, diese ihre Erkenntnisse, ob im Bereich der Musik, ob im Bereich der Literatur in diese ihre neue Stadt einbringen und damit belegen, dass Menschen aus anderen Kulturkreisen kein Bedrohungsszenario sind, sondern eine Chance, eine Bereicherung für den einzelnen Menschen, weil er damit seinen Horizont erweitern kann, aber auch eine Triebfeder zur Weiterentwicklung der Gesellschaft.

Wenn man die Freie Kunst- und Kulturszene im Kapitel ganz richtig liest, dann sind natürlich gerade die einzelnen Künstlerinnen und Künstler im Papier erwähnt. Es geht nicht um die so genannte Freie Szene alleine, sondern es geht um die Freie Kunst- und Kulturszene, die natürlich insbesondere die EinzelkünstlerInnen, aber auch Kunstkollektive genau so meint, die neben oder mit den institutionalisierten Kunst- und Kultureinrichtungen einer Stadt, glaube ich, dieses Alleinstellungsmerkmal ausmachen und für die Weiterentwicklung verantwortlich zeichnen.

Ich bedanke mich nochmals, weil sich eine große Mehrheit abzeichnet. Es soll auch kein Beinbruch sein, dass die Freiheitliche Partei sich bei zwei Kapiteln enthält. Beim ersten

Kulturentwicklungsplan hat sie sich nach meinem Wissenstand auch gegen das Musiktheater ausgesprochen. Wir freuen uns alle, wenn im April das neue Musiktheater eröffnet wird. Ich will den Namen des Kollegen aus der freiheitlichen Fraktion nicht nennen, der mir vor zwei, drei Tagen gesagt hat, kannst du mir bitte noch eine Premierenkarte besorgen, was ich selbstverständlich tun werde, weil man somit zum Ausdruck bringt, dass man klüger werden kann und dass wir miteinander arbeiten. Damit wird die Entwicklung unserer Stadt einen guten Fortlauf nehmen. Ich ersuche um Zustimmung.“ (Beifall ÖVP)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Die Kapitel 2 und 4 des Antrages werden bei **Gegenstimmen der FPÖ-Fraktion (7) mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Alle übrigen Kapitel werden **einstimmig angenommen.**

G ANTRÄGE DES FINANZ- UND HOCHBAUAUSSCHUSSES

Gemeinderätin Hahn berichtet über

G 1 Homosexuelle Initiative Linz (HOSI Linz)

a) Abschreibung einer Forderung in Höhe von 140.200 Euro

b) Auflösung des Bestandvertrages HOSI-Zentrum mit HOSI Linz mit Ende 2012

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„1. Die Stadt leistet einen Beitrag zur Entschuldung von HOSI Linz, Fabrikstraße 18, und verzichtet auf die Einhebung der bis einschließlich 31. Dezember 2012 vorgeschriebenen offenen Forderungen aus dem Bestandvertrag in der Höhe von insgesamt rund 140.200 Euro für Mieten samt Bewirtschaftungs- und Betriebskosten inkl. Kautions für das HOSI-Vereinszentrum im Objekt Fabrikstraße 18. Die gesamte Forderung gegenüber HOSI Linz wird als uneinbringlich abgeschrieben.

2. Die einvernehmliche Auflösung des zwischen Stadt Linz und HOSI Linz abgeschlossenen Bestandvertrages ‚HOSI-Zentrum‘ vom 15./23. November 2011 mit Ende 2012 wird genehmigt.

In der Sitzung des Finanz- und Hochbauausschusses vom 14. Jänner 2013 wurde folgender Zusatzantrag beschlossen:

3. Die unter Punkt 1. angeführte Abschreibung der offenen Miete samt Bewirtschaftungs- und Betriebskosten inkl. Kautions für das HOSI-Vereinszentrum erfolgt unter der Voraussetzung, mit einem neu zu wählenden Vorstand eine schriftliche Vereinbarung hinsichtlich der zukünftigen finanziellen Gebarung und der damit verbundenen Abwicklung zu treffen. Erst nach Abschluss dieser Vereinbarung erfolgt die Abschreibung in der Höhe von rund 140.200 Euro.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Hein:

„Sehr geehrte Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, und täglich grüßt das Murmeltier. Mit der selben Regelmäßigkeit werden die Entschuldungen der HOSI Linz hier im Linzer Gemeinderat behandelt. Auch heute ist wieder ein entsprechender Antrag auf der Tagesordnung.

Wenn man den vorliegenden Antrag liest, drängen sich viele Fragen auf. Warum soll oder muss die Stadt Linz einen Beitrag zur Entschuldung der HOSI Linz leisten? Trägt die Stadt Linz einen Teil der Schuld am Scheitern der HOSI oder ist es aus purer Warmherzigkeit? Soll dieses Vorgehen Einzug nehmen und soll die Stadt in Zukunft bei allen Vereinen, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, ihren Beitrag leisten? Ich glaube nicht. Warum wird also die HOSI Linz gegenüber allen anderen Vereinen bevorzugt behandelt?

Meine sehr geehrte Damen und Herren, wir sollen heute einen Antrag beschließen, indem wir die Schulden der HOSI Linz in der Höhe von mehr als 140.000 Euro übernehmen sollen. Wir wissen nicht, wie es zu diesen Schulden gekommen ist, denn der Kontrollamtsbericht, der die Ursachen ans Tageslicht bringen hätte sollen, liegt noch nicht vor. Wir sollen heute also einem Antrag zustimmen, ohne die Ursachen der Schuldenanhäufung zu kennen.

Ich möchte heute sinngemäß Frau Stadträtin Schobesberger zitieren. Sinngemäß deshalb, weil das Wortprotokoll der 28. Gemeinderatssitzung noch nicht vorliegt. Frau Stadträtin Schobesberger erklärte mir in der 28. Gemeinderatssitzung zu meinem Antrag, personelle Entflechtung von Finanz- und Vermögensverwaltung und Gebäudemanagement mit den Immobiliengesellschaften, der auf einer Empfehlung des Kontrollamtsberichtes zur Immobilien Linz GmbH basierte, dass sie hier nicht zustimmen kann, weil sie diesen Kontrollamtsbericht nicht kenne.

Sehr geehrte Frau Stadträtin, Sie kennen auch heute nicht den zugrunde liegenden Kontrollamtsbericht, wie werden Sie heute stimmen? (Zwischenrufe, Unruhe) Es wäre interessant zu erfahren, warum das Vertrauen zwischen der Stadt Linz und dem HOSI-Vorstand getrübt ist und was ein anderer Vorstand besser machen sollte. Es darf nicht ausgeblendet werden, dass die HOSI über Jahre - und da hat es schon andere Vorstände gegeben - regelmäßig in finanzielle Nöte geraten ist. Wie muss ein neu gewählter Vorstand, wie in Punkt 3 gefordert wird, aussehen? Wäre auch der alte und neu gewählte Vorstand ein neuer Vorstand? Würde es die geforderten Kritikpunkte aus Punkt 3 erfüllen?

Der derzeitige Vorstand der HOSI versteht zumindest diesen Vertrauensverlust nicht. Ich zitiere aus einer Presseaussendung der HOSI vom 12. Jänner 2013: ‚Nicht ganz nachvollziehen können wir die laufend einseitige Kritik am aktuellen Vorstand der HOSI Linz, der im Übrigen immer noch von den Vereinsmitgliedern demokratisch gewählt wird, wie es sich für eine unabhängige NGO in einem Rechtsstaat gehört‘. Somit dürfte sich aus meiner Sicht der Punkt 3 wohl erledigt haben.

In dieser Presseaussendung wird weiters angemerkt, dass die Entschuldung kein Gnadenakt ist, sondern eine notwendige Konsequenz aus einer nachträglichen Mieterhöhung. Schlimmstenfalls wäre die Stadt nämlich sonst in einem allfälligen Insolvenzverfahren mit involviert auf Grund ihrer dokumentierten früheren Zusagen oder nachträglichen Abweichungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um welche Zusagen und um welche Abweichungen handelt es sich da? Wo wir auch wieder bei meinen ersten Fragen wären. Aber wir

müssten auch der Frage nachgehen, was mit dem HOSI-Zentrum passiert, weil es von der Stadt Linz um 1,9 Millionen Euro hergerichtet wurde und an die Bedürfnisse der HOSI angepasst wurde. In Wirklichkeit ist der Entschuldungsbetrag, den Rot und Grün heute beschließen werden, um ein Vielfaches höher als 140.000 Euro, denn es soll auch der Bestandvertrag HOSI-Zentrum aufgelöst werden. Somit bleibt die Stadt Linz nicht nur auf 140.000 Euro sitzen, sondern auch auf dem Großteil der Errichtungskosten des HOSI-Zentrums in der Höhe von 1,9 Millionen Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen selbst, dass es hier noch sehr viele offene Fragen gibt, die vor einer Abstimmung zu diesem Antrag noch geklärt werden hätten müssen. Ich gehe aber davon aus, dass Rot und Grün auf Grund der Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat diesen Antrag gegen das Wohl der Linzerinnen und Linzer beschließen werden. Daher stelle ich folgenden **Abänderungsantrag**, um den Schaden für die Linzerinnen und Linzer wenigstens einzudämmen und in Grenzen zu halten.

Der Gemeinderat beschließe:

„Eine Entschuldung findet nur unter der aufschiebenden Bedingung statt, dass aus dem ausstehenden Kontrollamtsbericht eindeutig hervorgeht, dass die HOSI Linz unverschuldet in diese prekäre finanzielle Situation geraten ist.

Darüber hinaus wird die Entschuldung als Subventionsvorschuss von Seiten der Stadt Linz für die nächsten fünf Jahre gesehen und angerechnet. Der Verein erhält demnach bis zum Jahr 2018 keine weiteren Förderungen (finanziell oder in Natura).‘

Ich bitte um Annahme unseres Abänderungsantrages.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderat Dr. Hattmannsdorfer:

„Sehr geehrte Damen und Herren, auch die ÖVP-Fraktion wird dem Antrag G 1 nicht zustimmen, weil es da für uns um eine Grundsatzfrage geht.

Wir haben im Finanzausschuss, glaube ich, eine intensive Diskussion darüber geführt und darüber gesprochen, dass in den Medien berichtet wurde, dass hier das Kontrollamt bereits eine Prüfung vornimmt. Finanzstadtrat Mayr hat uns dann aufgeklärt auf Basis eines E-Mails, das er vom Kontrollamt erhalten hat, was dort wirklich der Status war, weil in den Medien ist die Vermutung publiziert gewesen, dass die Prüfung angeblich schon abgeschlossen sei, wo uns dann mitgeteilt wurde, dass das noch nicht der Fall ist. Aber wir wissen jetzt alle seit dem Finanzausschuss, dass es hier eine Prüfung gibt.

Wir fragen uns, wenn wir wissen, dass es da finanzielle Probleme gibt, wenn wir wissen, dass hier eine Sanierung notwendig ist, auch eine Sanierung stadtseitig notwendig ist, und wenn wir wissen, dass es einen Kontrollamtsbericht in Kürze geben wird, warum wird trotz dieser Diskussion im Finanzausschuss der Antrag im Gemeinderat eingebracht und zur Beschlussfassung gebracht, anstatt abzuwarten, was die Ergebnisse dieses Kontrollamtsberichtes bringen. Jetzt könnte man zwar argumentieren mit Gefahr in Verzug, die ich aber gegenständlich für eine Gemeinderatssitzung oder für einen Monat nicht sehe.

Auf der anderen Seite hat es im letzten Finanzausschuss einen Zusatzantrag gegeben, der mittlerweile eingearbeitet ist in den heute vorliegenden Antrag, dass es eine schriftliche Vereinbarung mit einem neu zu wählenden Vorstand geben soll. Das heißt, auch da treffen wir eine Vereinbarung, wo wir sowieso warten müssen, bis ein neuer Vorstand gewählt ist und die dementsprechenden Vereinbarungen getroffen werden.

Deswegen finde ich es schade, auch im Namen unserer Fraktion, dass der Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung, der, glaube ich, der klügste heute gewesen wäre in der Behandlung dieser Sache, nicht angenommen wurde. Wir sprechen uns daher auch bei G 1 dagegen aus und werden dem nicht zustimmen.“ (Beifall ÖVP, FPÖ)

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Gemeinderätin Hahn:

„Der Verein HOSI macht zweifelsfrei eine wichtige Arbeit für die Stadt und die SPÖ bekennt sich zu dieser gesellschaftspolitischen Arbeit; mag jede Fraktion dazu stehen wie sie möchte. Wir als SPÖ-Fraktion möchten einem neu zu wählenden - das wurde bereits erwähnt - Vereinsvorstand die Chance geben, nämlich finanziell unbelastet die Vereinstätigkeit fortzuführen.

Herr Gemeinderat Hein und Herr Gemeinderat Hattmannsdorfer, mit diesem Antrag ist keine Bewertung dessen, was in der Vergangenheit liegt, verbunden, das ist nirgends zu lesen. Es stimmt, das Kontrollamt prüft, aber es geht heute um die Zukunft des Vereins HOSI und das muss heute entschieden werden. Darum bitte ich um Zustimmung zum ursprünglichen Antrag. Die SPÖ-Fraktion wird dem Abänderungsantrag der FPÖ nicht zustimmen.“ (Beifall SPÖ)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag und anschließend über den Abänderungsantrag der FPÖ abstimmen.

Der Antrag wird bei **Gegenstimmen der Fraktionen von ÖVP (17) und FPÖ (7) sowie Gemeinderat Reiman, MBA, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Der Abänderungsantrag der FPÖ wird bei **Gegenstimmen der Fraktionen von SPÖ (26) und Die Grünen (6) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Gemeinderätin Fechter-Richtinger berichtet über

G 2 Grundkauf in der KG Kleinmünchen (Auwiesenstraße) aus dem Eigentum des Herrn Roman Huemer, Wiener Straße 207, durch die Immobilien Linz GmbH & Co KG um den Kaufpreis von 230.000 Euro zuzüglich 10.580 Euro an Nebenkosten sowie Abbruchkosten in Höhe von voraussichtlich 46.600 Euro

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Der Kauf der Liegenschaft EZ. 2404, Grundbuch 45202 Kleinmünchen, mit einem Ausmaß von 848 Quadratmetern sowie dem darauf errichteten, jedoch zum Abbruch bestimmten Objekt Auwiesenstraße 28, um den Pauschkaufpreis von 230.000 Euro zuzüglich Nebenkosten in der Höhe von 4,6 Prozent des Kaufpreises (Grunderwerbsteuer, Eintragungsgebühr), das sind 10.580 Euro sowie Abbruchkosten in Höhe von voraussichtlich 36.000 Euro brutto, insgesamt sohin rund 46.600 Euro, durch die Immobilien Linz GmbH & Co KG, zur Arrondierung des dortigen Grundbesitzes wird genehmigt.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen.**

Gemeinderat Forsterleitner berichtet über

**G 3 Enderledigung des Antrages der ÖVP-Gemeinderatsfraktion vom 26. Jänner 2012
„Bericht über den Schuldenstand und Zinsendienst der Stadt und der Unternehmensgruppe
Linz (UGL)-Unternehmen“**

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die Erstellung der freiwilligen Konzernbilanz der Unternehmensgruppe Stadt Linz wird in ihrer bisherigen Form fortgeführt. Die Berichtslegung zur Konsolidierung wird ab dem Jahr 2012 und fortfolgend den Mitgliedern des Finanz- und Hochbauausschusses übermittelt.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Mag. Sonntag:

„Sehr geehrte Damen und Herren, die vorliegende Erledigung betrifft nur den Punkt 1 und einen Teil des Punktes 3 des ursprünglichen Antrags. Der Punkt 2 wurde überhaupt nicht erwähnt in dieser Erledigung. Wir gehen also von einer Teilerledigung aus.

In der derzeitigen Situation, wenn man nach Salzburg und auch auf die Linzer Finanzsituation blickt, wäre es für alle Gemeinderäte wichtig zu wissen, sind die Schulden, die hier in dieser Konzernbilanz angegeben sind, ‚gute Schulden‘, stehen Investitionen dahinter, oder ‚nicht so gute Schulden‘, sind die für laufende Aufwendungen getätigt worden, auch gibt es weitere Verpflichtungen, wie Leasing und dergleichen. Das wäre alles in diesem Punkt 2 erfasst gewesen, der überhaupt nicht behandelt wurde.

Wie gesagt, die ÖVP stellt noch einen **Zusatzantrag**. Wie im Finanzausschuss schon zugesagt worden ist, soll auch diese Konzernbilanz auf der Homepage veröffentlicht werden nach der Behandlung im Finanzausschuss. Der Zusatzantrag wurde den Fraktionen bereits übergeben.

Der Gemeinderat beschließe:

„Die Erstellung der freiwilligen Konzernbilanz der Unternehmensgruppe Stadt Linz wird in ihrer bisherigen Form fortgeführt. Die Berichtslegung zur Konsolidierung wird ab dem Jahr 2012 und fortfolgend den Mitgliedern des Finanz- und Hochbauausschusses übermittelt. Eine Veröffentlichung dieses Berichts erfolgt jeweils anschließend auf der Homepage der Stadt Linz.“

Es wäre daher gut, wenn wir den zweiten Punkt in Kürze im Finanzausschuss besprechen könnten. Die ÖVP stimmt diesem Antrag mit dem Zusatzantrag gerne zu. Vielen Dank.“
(Beifall ÖVP)

Gemeinderat Svoboda:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Besucherinnen und Besucher, ich wollte mich nur kurz zu Wort melden, um mich ganz herzlich beim Kollegen Sonntag für die Mühen zu bedanken, die er sich gemacht hat, meine Wortmeldung aus dem Finanzausschuss jetzt in einem Zusatzantrag sozusagen zu

verschriftlichen. Ich finde das sehr erfreulich, dass ich das nicht selber habe tun müssen. Sie hätten sich die Mühe ersparen können, weil genau dasselbe bereits Inhalt eines grünen Gemeinderatsantrages vom Oktober 2010 war, wenn ich es richtig im Kopf habe. Es ist also eigentlich schon erledigt, aber wir stimmen natürlich trotzdem gerne zu. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Forsterleitner:

„Ich darf noch einmal darauf verweisen, dass im Antwortschreiben des Herrn Landeshauptmannes dieser auf die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung und die entsprechenden Darstellungsverpflichtungen verwiesen hat und die werden da als ausreichend angesehen. Die erwähnten Leasinggeschäfte sind zum Beispiel auch im Rechnungsabschluss enthalten, das heißt, das wäre auch kein Punkt. Aus unserer Sicht ist eigentlich damit dieser ganze Antrag erledigt.“ (Beifall SPÖ)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag sowie den Zusatzantrag abstimmen.

Der Antrag sowie der Zusatzantrag werden **einstimmig angenommen**.

Gemeinderätin Roschger berichtet über

H ANTRAG DES AUSSCHUSSES FÜR FRAUEN, UMWELT, NATURSCHUTZ UND BILDUNG

Enderledigung des Antrages der ÖVP-Gemeinderatsfraktion vom 7. Jänner 2010 „Linzer Energie-Leitbild“

und führt aus.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, in diesem gegenständlichen Antrag geht es um die Enderledigung eines Antrages der ÖVP-Fraktion vom 7. Jänner 2010 unter dem Titel ‚Linzer Energie-Leitbild‘. Die Linzer ÖVP-Fraktion hat am 7. Jänner 2010 einen Antrag auf Beschluss eines Linzer Energie-Leitbildes gestellt. Zur Erinnerung, in diesem Antrag wird formuliert, dass ein Linzer Energie-Leitbild vorgelegt werden soll, und jetzt kommen drei Punkte: Erstens, dass es klare Zielwerte für den Energieverbrauch der Stadt enthält inklusive entsprechender Stufenpläne zur Umsetzung, zweitens, wo die notwendigen Maßnahmen für diese Ökologisierung dargestellt sind und drittens, wo die für diese Maßnahmen notwendigen Anreiz- und Steuerungsschritte durch die Linzer Kommunalpolitik dargestellt werden sollen.

Eine fachliche Beurteilung begrüßt zwar die Intention dieses Antrages grundsätzlich als sehr positiv, die Beschlussfassung eines Energie-Leitbildes im Sinne der Antragstellerin erscheint aber aus heutiger Sicht aus mehreren Gründen nicht zielführend. Und zwar erstens, weil im Antrag die Formulierung eines Leitbildes gefordert wird, andererseits aber dieses bereits klare Zielwerte für den Energieverbrauch inklusive entsprechender Stufenpläne und Maßnahmen enthalten soll. Stufenpläne und Maßnahmen sind in der Regel nicht Teil eines Leitbildes, sondern vielmehr gibt ein Leitbild Intentionen und Zielrichtungen vor, zu welchen sich eine Organisation hinbewegen soll. Das ist die begriffliche Geschichte.

Das Zweite und das Dritte sind die inhaltlichen sehr viel wichtigeren Punkte. Zweitens, seit 2011 ist das Projekt Linzer Energieeffizienzprogramm 2012, kurz LEEP genannt, gestartet,

welches auch den geforderten Zielsetzungen aus diesem Antrag der ÖVP entspricht. Dieses Programm ist ganz speziell auf die Mitglieder der Unternehmensgruppe Linz ausgerichtet, da sie im direkten Einflussbereich der Stadt Linz liegen.

Drittens, Ende des Jahres im Zuge der fachlichen Umsetzung des Projektes hat sich gezeigt, dass in vielen Bereichen der Unternehmensgruppe Linz eine externe Expertise notwendig ist. Wir haben gemeinsam am 18. Oktober 2012 einen Gemeinderatsbeschluss gefasst, dass sich die Stadt Linz bei der Förderaktion des Landes Oberösterreich für Energiespargemeinden, kurz E-GEM, beteiligt, um so auch Fördermittel für die externe Expertise für die einzelnen an LEEP 2012 beteiligten Unternehmensgruppe Linz-Mitglieder lukrieren zu können.

E-GEM verlangt aber, dass nicht nur einzelne Bereiche der Stadt betrachtet werden, sondern die Stadt als Gesamtes in einen Energiesparprozess mit eingebunden wird. Dadurch werden sich die zu erbringenden Leistungen gegenüber dem ursprünglichen Linzer Energieeffizienzprogramm-2012-Prozess noch ausweiten. Die Zielsetzungen für den LEEP-2012-Prozess und die E-GEM sehen – Zeithorizont 2013 – sieben Zielsetzungen vor. Nur ganz kurz:

Zielsetzung 1: Die Erstellung eines Maßnahmenkataloges für Energieeffizienzmaßnahmen im Bereich der Unternehmensgruppe Linz. Und da gibt es einige Unterpunkte. Da geht es um die Erhebung der Energieverbräuche, also dieses Ist-Standes im Bereich der Unternehmensgruppe Linz, da geht es um eine Analyse und Aufbereitung der Daten, um daraus konkrete Maßnahmenvorschläge zu Energie- und damit CO²-Einsparungen in den einzelnen Fachdienststellen erarbeiten zu können. Es wird ein Bewertungsraster erstellt mit folgenden Kriterien: Kostenanalyse, Energieeinsparungs- und Luftschadstoffeinsparungspotenziale sowie Anteile der erneuerbaren Energieträger.

Weiters gibt es dann eine optimierte Gesamtbetrachtung, einerseits eine Reihung innerhalb der einzelnen Bereiche der Unternehmensgruppe Linz, als auch eine bereichsübergreifende Sichtweise. Und zum Schluss soll das alles in einem Maßnahmenkatalog für die Unternehmensgruppe Stadt Linz münden. Der Maßnahmenkatalog wird vom Umwelt- und Technik-Center des Magistrates Linz erstellt und nach Fertigstellung soll er dem Gemeinderat vorgelegt werden. Das war das erste Ziel.

Das zweite Ziel ist eine Ist-Analyse aller Linzer Haushalte, öffentlicher Objekte und Linzer Krankenhäuser zu machen, drittens ist eine Ist-Analyse der Industrie zu machen, viertens geht es um Einsparungspotenziale für Haushalte, öffentliche Gebäude, Industrie und Gewerbe, fünftens um einen Solarpotenzialkataster, sechstens – auch ganz wichtig – die Information der Bevölkerung über Fördermöglichkeiten für Energiesparmaßnahmen und siebtens um einen Energiesparfolder.

Das Endprodukt von LEEP 2012 und E-GEM wird ein sehr, sehr konkretes Maßnahmenpaket sein, welche Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in der Stadt Linz mit dem Schwerpunkt auf die stadteigenen Unternehmungen notwendig sind.

Der Grundintention des ÖVP-Antrages wurde unabhängig von deren Antrag bereits mit der Entwicklung von LEEP 2012 im Gemeinderatsbeschluss vom 18. Oktober mit der Teilnahme am E-GEM-Programm des Landes Oberösterreich unter Einbindung des Linzer Energieeffizienzprogramms 2012 entsprochen. Die Erstellung des geforderten Energie-Leitbildes ist daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt als obsolet zu betrachten. Es wird folgender Antrag gestellt:

Der Gemeinderat beschlieÙe:

„Den Intentionen des Antrages der ÖVP-Gemeinderatsfraktion vom 7. Jänner 2010 wurde unabhängig von deren Antrag bereits mit der Entwicklung von LEEP 2012 im Gemeinderatsbeschluss vom 18. Oktober 2012 (,Linzer Energieeffizienzprogramm 2012; Integrierung in das Programm ,Energiespargemeinde (E-GEM des Landes Oberösterreich)‘ entsprechen, sodass ein eigener Gemeinderatsbeschluss nicht mehr notwendig ist.’

Dieser Antrag wurde im zuständigen Ausschuss mehrstimmig angenommen und ich ersuche auch hier um Zustimmung. Vielen Dank.“ (Beifall Die Grünen)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Haydtner:

„Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Roschger, Sie haben sehr ausführlich den Werdegang dieses ganzen Prozesses geschildert, jetzt erspare ich mir das. Aber eines möchte ich schon sagen: Das Linzer Energie-Leitbild, wie der Name schon sagt, muss eigentlich vor den Schritten der Erhebungen sein. Es soll ein Weg vorgegeben werden, den die Stadt beabsichtigt zu gehen und es soll auch die Richtung vorgeben. Das haben wir bis jetzt noch nicht gehabt. Sie sagen zwar einige Punkte, aber das LEEP ist eigentlich ein Programm, das im Wesentlichen die Daten erhebt und Sie setzen diesen Schritt zuerst. Das heißt, es ist genauso, als wenn man sagen würde, ich weiß nicht, wohin ich gehen soll, aber dahin gehe ich auf jeden Fall.

Es ist so, ich kann nicht einfach mein Ziel anpassen an das, was bei der Erhebung herauskommt, ich muss sehr wohl Ziele formulieren. Ich bin überzeugt davon, dass die Fachabteilungen, die externen Berater, die Sachverständigen der verschiedenen Betriebe sehr gut arbeiten, aber leider ohne die Vorgaben der Politik von ihrer Seite, sprich durch ein Leitbild. Was kommt am Ende heraus, wenn wir so weitertun, wie Sie es gesagt haben? Ein Sammelsurium von Maßnahmen ohne Konzept und Umsetzungsschritte, weil das Ziel nicht definiert ist.

Sie haben schon angesprochen, dass wir in das Landesprogramm Energiespargemeinde eingestiegen sind. Und dabei haben Sie im Ausschuss, Frau Stadträtin, gesagt, dass auf jeden Fall private Haushalte und private Häuser eingebunden werden. Wenn ich mir das Ganze aber genauer anschau, Sie, Frau Roschger, haben vorher schon gesagt, dass die Stadt als Gesamtes gesehen wird, Sie haben immer wieder betont, dass die Betriebe der Stadt Linz und dass alle Gebäude der Stadt Linz untersucht werden. Von privaten Haushalten haben Sie nur eine Überschrift genannt, aber nicht mehr. Und das heißt für mich, dass das nicht erfolgt bzw. wie es im Konzept drinnensteht, dass alles nur geschätzt wird. Ich glaube, man könnte sich das Ganze ersparen, wenn ich alles schätze. Die privaten Häuser, das sind nicht nur Privat-Einfamilienhäuser, es sind auch Wohnsiedlungen und Wohnblocks, die im Eigentum verschiedener Leute stehen. Auf das gehen Sie eigentlich kaum bzw. gar nicht ein und sagen einfach, das wollen wir schätzen.

Es braucht für die Linzer Energiezukunft alle verfügbaren Kräfte, aber keine tatenlosen Trittbrettfahrer, wie das jetzt den Anschein hat und wie es sich für uns so darstellt. Dementsprechend der Studie der Österreichischen Energieagentur könnten sich die privaten Haushalte speziell durch Maßnahmen wie Information oder finanzielle Anreize innerhalb einiger Jahre ca. 3,5 Millionen Euro allein für Heizkosten ersparen - Geld, das die Linzer Haushalte sinnvoller und zielführender einsetzen könnten und Geld, das unserem Land durch den Import von fossilen Energieträgern fehlt.

Wir von der ÖVP sind gegen das Schleifenlassen und Ausklammern des Themas Linzer Energiezukunft. Wir werden daher, wie auch schon im Umweltausschuss, gegen diesen Antrag stimmen. Danke.“ (Beifall ÖVP)

Gemeinderätin Köck:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, inhaltlich muss ich, glaube ich, nichts mehr zum derzeitigen Stand des Projektes ausführen, das hat alles Ursula Roschger schon gemacht.

Wir haben im Umweltausschuss erlebt, wo regelmäßig über dieses Projekt LEEP 2012 und seit Oktober LEEP 2012 in Verbindung mit E-GEM berichtet wird, dass es sich wirklich um ein sehr ambitioniertes Projekt handelt, das auch sehr groß und breit angelegt ist. Also ich verstehe jetzt ehrlich gesagt den Kollegen Haydtner nicht wirklich, das kommt mir fast ein bisschen vor, wie Schlechtreden eines wirklich sehr ambitionierten Projektes.

Man muss sich einmal diese Dimensionen vorstellen. Wenn ich die ganzen Gebäude, die ganze Unternehmensgruppe Linz mit einbeziehe - das ist nicht nur der Magistrat, das ist das Ars Electronica Center, das AKh, das Design Center, die GWG, die Informations- und Kommunikations-Technologie, die Linz AG, die LIVA, die Seniorenzentren Linz - darüber hinaus die externen Berater, die jetzt über die E-GEM zur Verfügung gestellt werden, und mir den Industriestandort anschau, die privaten Gebäude, die Krankenhäuser, die nicht in der Hoheit der Stadt Linz liegen, es sind Dinge geplant, wie ein Energieflussleitbild für die Stadt Linz, was, glaube ich, etwas ganz Innovatives ist und das Ganze mit einem sehr großen Analyseteil, wo auch die Zahlen, die hier erhoben werden, in Bezug gestellt werden zum Energienutzplan 2008. Ich denke, das ist wirklich ein ambitioniertes Projekt.

Ich bin froh, wir werden immer sehr gut versorgt im Ausschuss mit Informationen und ich glaube, das Umwelt- und Technik-Center hat hier die koordinierende Führung sehr gut in der Hand. Ich persönlich weiß nicht, was man da noch zusätzlich fordern sollte oder könnte und aus diesem Grund wird die SPÖ-Fraktion diesem Antrag zustimmen. Danke.“ (Beifall SPÖ)

Gemeinderätin Klitsch:

„Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, wir haben dem Linzer Energieeffizienzprogramm, also diesem LEEP die Zustimmung gegeben. Selbstverständlich stehen wir hinter dem Programm und dem Prozess, der uns auch im Umweltausschuss sehr, sehr ausführlich erläutert wird. Wir haben aber auch am 7. Jänner 2010 dem ÖVP-Antrag die Zustimmung erteilt. Das heißt, wir erteilen prinzipiell die Zustimmung, wenn es um Energiesparen geht und wir stehen dahinter. Für uns sind es aber trotzdem zwei unterschiedliche Paar Schuhe.

Der Grund, warum ich mich jetzt zu Wort gemeldet habe, wir haben es im Ausschuss auch gehabt, weil da der Titel steht: ‚Enderledigung des Antrags von der ÖVP vom 7. Jänner 2010‘. Das heißt, das müsste fertig sein, das müsste erledigt sein, das müsste unterm Strich eigentlich alles passen. Aber es sind zwei unterschiedliche Anträge gewesen.

Der ÖVP-Antrag, ich meine, ganz wertfrei und sachlich, zielt daraufhin ab, dass man Energie spart und sich den Energieverbrauch in der Stadt Linz anschaut, aufgelistet nach Haushalten, dann haben wir noch dabei die Linzer Wirtschaft, die Linzer Industrie, und was man alles so tun kann, um den Energieverbrauch zu senken.

Dann bekommen wir die Stellungnahme von den Magistratsdienststellen zu diesem ÖVP-Antrag und die schreiben dann, wie es der Kollege Haydtner gesagt hat, die Privaten

werden da irgendwie geschätzt. Na bitte Entschuldigung, das ist noch nicht fertig, wenn ich irgendetwas schätze. Dann gibt es diesen Energiesparfolder für die Haushalte. Da steht aber drinnen, die bekommen nur die Haushalte der GWG. Also wir haben andere Leute auch in Linz, es wohnt nicht jeder in einer GWG-Wohnung. Also wenn, dann muss ich das für alle machen oder für gar keinen. Das heißt, für jeden Betrieb, für jeden Industriebetrieb, für jeden Privatbetrieb, für jeden Haushalt, also das ist nur so eine halbfertige Geschichte.

Wie gesagt, wir unterstützen Energiesparen in jeder Hinsicht, nur wenn, dann muss das fertig sein und das ist nicht fertig. Darum werden wir uns der Stimme enthalten.“ (Beifall FPÖ)

Stadträtin Mag.^a Schobesberger:

„Liebe Ute Klitsch, ich teile deine Sichtweise voll und ganz. Wir sind natürlich nicht fertig und ich gehe davon aus, dass wir in der Stadt die nächsten 20 Jahre mit diesem Thema nie fertig sein werden können, weil das Thema Energieeffizienz immer ein ganz zentrales ist und bleiben wird und bleiben muss. Da ändern sich ständig die Rahmenbedingungen und die Gegebenheiten, neue Technologien tauchen auf, das ist ein Thema, an dem man beständig dranbleiben muss. So ist dieser Antrag auch nicht zu verstehen, ganz im Gegenteil.

Also mir geht es hier nur darum, diesen konkreten Antrag der ÖVP, der da die Entwicklung eines Energieleitbildes will, zu erledigen, weil wir mit all dem, was wir umsetzen, was wir im Ausschuss gemeinsam erarbeitet haben, was die zuständige Fachdienststelle erarbeitet hat, was wir auch im Oktober-Gemeinderat einstimmig beschlossen haben, weil wir mit all diesen Maßnahmen und Schritten bei weitem in der Arbeit über die Entwicklung eines reinen Leitbildes hinaus sind. Das heißt, für mich ist das recht emotionslos eigentlich eine formale Erledigung eines Antrages, der sich durch die tatsächliche Arbeit, die wir auch im Ausschuss gemeinsam beständig fortführen, erledigt hat.

Ein Leitbild ist nichts anderes, als das formale, schriftliche Festhalten von globalen Zielen und Grundzielen. In diesem Bereich kann das nichts anderes sein als in der Stadt Linz, dort, wo wir selbst Einfluss haben, so viel Energie wie möglich einzusparen. Das wurde schon in Wahrheit viel früher erledigt, es wurde nämlich schon unter meiner Vorgängerin als Umweltreferentin, unter Frau Vizebürgermeisterin Dolezal, begonnen mit dem Energienutzplan.

Also die globalen Ziele und die Grundrichtlinien sind alle da, liegen auf dem Tisch, finden sich wiederholt im Projektvertrag des Energieeffizienzprogramms und im Gemeinderatsantrag, den wir im Oktober einstimmig beschlossen haben.

Also diese Ziele und Vorgaben im Sinne eines Leitbildes sind nicht nur mehrfach diskutiert, sondern schon mehrfach festgehalten und beschlossen worden. Und mein Ansatz ist der, dass ich korrekt diesen Antrag erledigen möchte, aber inhaltlich, was die Arbeit betrifft, nicht gerne wieder drei oder fünf Schritte zurückgehen möchte. Das ist der schlichte und simple Grund für diesen Antrag.

Herr Gemeinderat Haydtner, zu Ihnen muss ich sagen, manchmal verstehe ich die Welt nicht mehr, wenn ich Ihnen zuhöre. Also all das, was Sie da heute thematisiert haben, haben wir, glaube ich, im Ausschuss mittlerweile schon fünfmal und sehr intensiv durchdiskutiert. Das können Sie herinnen nicht wissen, die Arbeit in unserem Ausschuss ist über weite Strecken äußerst konstruktiv und konsensual. Wir ziehen hier an einem Strang, bearbeiten diese wichtigen Dinge und Themen gemeinsam.

Was ich nicht ganz verstehe ist, wenn dann die Sitzungstüre hinter Ihnen geschlossen ist, dann kommt immer wieder eine Presseaussendung, wo nahezu das Gegenteil von dem, was wir gerade beschlossen und besprochen haben, drinnensteht. Aktuell haben Sie mir jetzt wieder vorgeworfen, ich würde die Diskussionen um das Thema Energie einstellen. Das ist doch nicht wahr! Was für mich so enttäuschend in diesem Umgang ist, ist dass Sie das wissen, dass das nicht stimmt.

Dieses Thema bleibt auf dem Tisch, wird beständig weiter auf dem Tisch bleiben, auch wenn Sie es noch so oft wegreden. Ich ersuche Sie hier um Zustimmung.“ (Beifall Die Grünen)

Nachdem die Berichterstatterin auf das Schlusswort verzichtet, lässt der Vorsitzende nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung der FPÖ-Fraktion (7) und Gemeinderat Reiman, MBA, sowie bei Gegenstimmen der ÖVP-Fraktion (17) mit Stimmenmehrheit angenommen.**

I FRAKTIONSANTRÄGE UND FRAKTIONSRESOLUTIONEN NACH § 12 STATUT DER LANDESHAUPTSTADT LINZ 1992

Vizebürgermeister Dr. Watzl berichtet über den von der **ÖVP-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

I 1 Behandlung des Kontrollamtsberichtes zum Rechnungsabschluss 2011 im Linzer Gemeinderat

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, wenn man sich die maßgeblichen Kennziffern aus den Rechnungsabschlüssen, aus den Voranschlägen der Stadt Linz ansieht, dann wird relativ rasch klar, dass die finanzielle Situation in Linz eine extrem prekäre ist und dringender Handlungsbedarf geboten erscheint. Wenn man sich ansieht, dass die Gesamtsteuereinnahmen in unserer Stadt in den letzten Jahren erfreulicherweise stetig wieder angestiegen sind, wenn man sich ansieht, dass der Saldo der Laufenden Gebarung oder, was man auch mit der öffentlichen Sparquote umreißt, also all das, was man anspart, um investieren zu können, um allenfalls Tilgungen tätigen zu können, dieser Saldo der Laufenden Gebarung, die öffentliche Sparquote im Minus ist, nach unten geht, wenn man sich vor diesem Hintergrund zu Gemüte führt, dass ein Vermögensaufbau in unserer Stadt oder die Tilgung nur mehr dann erfolgen kann, wenn die Stadt neue Schulden macht, dann bringt man es aus meiner Sicht zusammenfassend mit einem Satz auf den Punkt: Wir haben erfreulicherweise steigende Steuereinnahmen und sind trotzdem eine Abgangsgemeinde. Das heißt, wir können den ordentlichen Haushalt nicht mehr ausgleichen und Investitionen in die Zukunft nur mehr durch neue Schulden machen.

Im Dezember vergangenen Jahres wurde ein Kontrollamtsbericht über den Rechnungsabschluss 2011 dem Kontrollausschuss vorgelegt. Dieser Bericht bringt die Sache ähnlich prekär auf den Punkt und vor allem in den Empfehlungen des Stadtrechnungshofdirektors sind ganz klare Handlungsempfehlungen angeführt. Wir haben als ÖVP im Kontrollausschuss aufgrund dieser prekären Situation, aufgrund dieser Brisanz auch einen Antrag gestellt, dass dieser Bericht des Kontrollamtes möglichst umgehend diskutiert wird,

dass Lösungen auch politisch diskutiert und letztendlich erzielt werden. Wir mussten jedoch leider zur Kenntnis nehmen, dass die SPÖ mit ihren vier Mandataren und damit einer Sperrminorität im Kontrollausschuss ein derartiges Ansinnen verhindert hat.

Wir haben daher heute hier im Gemeinderat den Antrag gestellt, dass dieser Kontrollamtsbericht nicht erst in Monaten der Öffentlichkeit vorgestellt wird, sondern aus unserer Sicht ist die Öffentlichkeit über diese Situation zu informieren. Die Öffentlichkeit, die Bevölkerung von Linz ist die Eigentümerin in ihrer Gesamtheit der Stadt. Der Gemeinderat ist der Aufsichtsrat und wir glauben, dass die Eigentümerin, sprich die Bevölkerung von Linz über diese Situation raschest informiert gehört und aus dieser Diskussion heraus ganz klare politische Aufträge an das zuständige Stadtsenatsmitglied, an den Finanzstadtrat ergehen.

Ich bin zuversichtlich, weil auch Die Grünen und die Freiheitlichen im Kontrollausschuss dafür Verständnis gezeigt haben, auch dafür gestimmt haben, dass der Antrag als dringlicher behandelt wird und die Behandlung gar nicht möglich geworden ist, weil die SPÖ - für mich demokratiepolitisch bedenklich - nicht den Wählerwillen aus der letzten Wahl widerspiegelt und das verhindert hat. Zuversichtlich bin ich auch, weil ich glaube, dass jede und jeder, gleichgültig welcher Fraktion er angehört, sich seiner persönlichen Verantwortung als Gemeinderat, als Aufsichtsrat der Stadt Linz im Klaren ist und daher einer Diskussion im Gemeinderat und damit in der Öffentlichkeit nicht im Wege stehen wird. Ich ersuche um Zustimmung.

Der Gemeinderat beschließe:

„Der Bürgermeister der Stadt Linz wird ersucht, Herrn Kontrollamtsdirektor Dr. Gerald Schönberger MPM als sachkundige Person gemäß § 20 Abs. 2 Statut der Landeshauptstadt Linz umgehend einer Sitzung des Gemeinderates beizuziehen (soweit möglich schon am Tag der Beschlussfassung), damit dieser – entsprechend dem Vorjahr - den Prüfbericht zum Rechnungsabschluss 2011 präsentiert. Zu den Erkenntnissen im Prüfbericht soll in selbiger Sitzung den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten ausreichend Möglichkeit zur Debatte eingeräumt werden.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Bürgermeister Dobusch:

„Ich schlage vor, diesen Antrag dem Verfassungsausschuss zuzuweisen, denn es ist rechtlich zu prüfen. Es gibt nämlich auch die Meinung des Präsidiums, dass diese Art der Behandlung, so wie vorgeschlagen worden ist, im Ausschuss und auch jetzt hier rechtlich geprüft werden muss. (Zwischenruf) Es ist leider so, Herr Baier. Wir haben Geschäftsordnungen, wir haben Statute. Am Schluss des Tages könnte auch herauskommen, dass man, von mir aus, auch ein Statut ändern muss in diesem Sinn oder die Geschäftsordnungen ändern müsste und daher schlage ich vor, den Antrag dem Verfassungsausschuss zuzuweisen.“

Ich sage das übrigens auch für den Antrag I 3, wo dasselbe eigentlich gelten würde, dass das rechtskorrekt abgewickelt werden muss. Wenn man das macht, dann muss es in Ordnung sein. Als Bürgermeister habe ich die Gesetze und Geschäftsordnungen einzuhalten. Daher schlage ich vor, das Ganze dem Verfassungsausschuss zuzuweisen.“

Stadtrat Mayr:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, dass es der Klub-

obmann der ÖVP nicht weiß, glaube ich, kann man ihm nicht vorwerfen, weil er ist erst seit kurzem wieder im Gemeinderat. Aber Herr Vizebürgermeister Watzl müsste wissen, dass er Vergleiche anstellt, was den Saldo der Laufenden Gebarung betrifft, die einfach nicht zulässig sind, so wie sie gemacht werden. Es wird die Entwicklung der Steuereinnahmen und die Entwicklung der laufenden Ausgaben verglichen von 2007 bis 2013, ohne zu erwähnen, dass wir 2009 mit dem Rechnungsabschluss buchungstechnische Umstellungen gemacht haben.

In den Rechnungsabschlüssen 2007, 2008 waren die Gesellschafterzuschüsse an die LIVA, an das Ars Electronica Center, an die Linz AG bzw. die Informations- und Kommunikations-Technologie in der Höhe von - jetzt sind das die Zahlen der Umstellung 2009 - 15,2 Millionen Euro im außerordentlichen Haushalt und nicht in der Laufenden Gebarung. Daher werden hier Äpfel mit Birnen verglichen. Der Kollege Watzl, glaube ich, kann bezeugen, dass er bei den Budgetgesprächen davon informiert wurde, und das kann man auch schriftlich nachweisen, dass eine Umstellung der Darstellung, nämlich die Verschiebung vom außerordentlichen Haushalt, was die Gesellschafterzuschüsse betrifft der genannten Unternehmen, in den ordentlichen Haushalt und damit in die Laufende Gebarung ab 2009 durchgeführt wurde, so wie wir vorher gemeinsam bei Budgetgesprächen besprochen haben, dass wir diese Gesellschafterzuschüsse in den Jahren 2007/2008, so wie es hier dargestellt ist, in der außerordentlichen Gebarung oder im außerordentlichen Haushalt dargestellt haben. Daher reden wir hier von einem Effekt von 15 bis 16 Millionen Euro, wo die Laufende Gebarung ab 2009 schlechter dargestellt ist als in den Jahren 2007/2008.

Würden wir die Darstellung, und das wäre in einem Vergleich korrekt, auf gleicher Basis von 2007 bis 2013 machen, dann könnten wir gemeinsam feststellen, dass wir 2013 in dieser Periode 2007 bis 2013 das beste Ergebnis der Laufenden Gebarung haben. Das heißt, es ist genau das Gegenteil der Fall. Durch die Maßnahmen, die im Rahmen der Budgetierung 2013 und auch schon 2012 und 2011 durchgeführt wurden, sind wir in den Jahren 2011, 2012, 2013 am Pfad der Verbesserung der Laufenden Gebarung durch durchaus konsequentes Sparen beim Budgetieren. Ich darf an die Budgetdebatte erinnern, dass wir uns im Budgetierungsprozess 2013 um rund 24 Millionen Euro verbessert haben - das zumindestens zu zwei Drittel ausgabenseitig und nur zu einem Drittel einnahmenseitig.

Ich darf dem Gemeinderat auch berichten, dass sich abzeichnet, dass der Budgetvollzug 2012 ein hervorragender sein wird oder war, dass wir die Laufende Gebarung wesentlich verbessern gegenüber dem Voranschlag 2012. Das heißt, das ist durchaus ein Produkt der gemeinsamen Anstrengung derer vom Gemeinderat bis zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Magistrat, dass hier überhaupt formal durch die Ausgabensperre, aber auch selbst Aktivitäten setzend wir uns gegenüber dem Voranschlag 2012 in der Laufenden Gebarung wesentlich verbessern werden; und das wird auch Auswirkungen zeigen, nehme ich an, im Vollzug des Jahres 2013.

Ich darf daher feststellen, wenn man Gleiches mit Gleichem vergleicht, Herr Kollege Watzl, und es ist in den Budgetgesprächen klar gesagt worden, dass wir die Verbuchung 2009 umgestellt haben der Gesellschafterzuschüsse, und wenn man dann diese Darstellungsweise auch auf die Jahre 2008/2009 anwendet, bringt das Jahr 2013 das beste Ergebnis der Laufenden Gebarung in dieser Periode. Und ich darf nochmals darauf verweisen, dass wir auf diesem Verbesserungspfad seit 2011/2012 und jetzt auch mit 2013 unterwegs sind mit einer ständigen Verbesserung. (Zwischenruf) Herr Kollege Baier, die Sachlichkeit soll jeder für sich selbst beurteilen, was seine Äußerungen betrifft. Ich darf

feststellen, dass die ÖVP keinen korrekten Vergleich gemacht hat, weil hier diese Umstellung vom außerordentlichen Haushalt in den ordentlichen Haushalt nicht erwähnt wird, nicht dargestellt wird, weil sonst hätte man nämlich eine andere Darstellung mit anderen Ergebnissen zeigen müssen und wäre draufgekommen, dass die Laufende Gebarung 2013 die beste ist von allen Jahren.

Ich kann dem Gemeinderat versichern, dass wir diesen Pfad weitergehen werden und auch entsprechende Vorlagen, wie das in der Vergangenheit passiert ist, zur Abstimmung bringen werden, was ausgabenseitige Maßnahmen primär betrifft, und es wird dann bei den Abstimmungen sich ja zeigen, wie das Verhalten der einzelnen Fraktionen ist. Fakt ist, und das sollte man auch ehrlicherweise erwähnen, dass die ÖVP seit 2003 bei allen Darlehensaufnahmen zu rund 95 Prozent zugestimmt hat und daher kann man nicht in der Öffentlichkeit sich darstellen, man hat mit alledem nichts tun. Man hat im Gemeinderat immer mit gestimmt, wenn es um neue Seniorenzentren, neue Kindergärten, das AEC, den Wissensturm und andere wichtige Bauten für die Stadt und Zukunftsinvestitionen für die Stadt gegangen ist. Wir haben mit zusätzlichen Darlehensaufnahmen auf der Aktivseite der Vermögensbilanzen - und das war ja heute bereits Tagesordnungspunkt - auch unsere Vermögenswerte wesentlich erhöht. Und bei der voestalpine würde niemand auf die Idee kommen, wenn sie einen großen steirischen Betrieb kaufen und fremd finanzieren, dass man das dem Herrn Generaldirektor Eder oder dem Vorstand oder dem Aufsichtsrat vorwirft, weil auf der Aktivseite der Bilanz bei den Beteiligungen dann auch ein entsprechendes Vermögen geschaffen wurde, und diese beiden Dinge sollte man auch fairerweise in die Betrachtung mit einbeziehen.

Der Gemeinderat ist über die Rechnungsabschlüsse informiert, der Gemeinderat hat Anfang Juli 2012 den genannten Rechnungsabschluss auch beschlossen. Man kann daher nicht sagen, dass die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte die Zahlen, die Fakten, die Abschlüsse nicht kennen und der Herr Bürgermeister hat darauf hingewiesen, dass es sich hier um formal rechtliche Fragen handelt. Die müssen geklärt werden, weil wir auch Hinweise des Präsidiums und der Juristinnen und Juristen dort ernst zu nehmen haben. Wir haben nämlich bei unserer Vereidigung auch gesagt, dass wir die Gesetze der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich einhalten.“ (Beifall SPÖ)

Gemeinderat Hein:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, aus dem Antragstext geht ja hervor, dass die SPÖ in der letzten Kontrollausschusssitzung auf Grund der Stärkenverhältnisse es erfolgreich verhindert hat, dass dieser Prüfbericht zum Rechnungsabschluss 2011 offen gelegt worden ist. Das ist natürlich nur möglich auf Grund der Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen, die, das möchte ich noch anmerken, nicht unbedingt den Wählerwillen widerspiegeln und auch nicht die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat. Aber es ist völlig unverständlich, warum ein Prüfbericht zum Rechnungsabschluss nicht dem Gemeinderat vorgelegt werden soll, obwohl der Rechnungsabschluss selber dem Gemeinderat vorgelegt wird.

Aus dem Bericht wird sehr offensichtlich und auch für einen finanztechnisch nicht begabten Menschen ersichtlich, dass eben, und das steht auch in dem Bericht so drinnen, der Schuldenstand von 2007 bis 2011 um 70 Prozent angestiegen ist. Ob das jetzt durch Umstellungen oder aus welchen Gründen auch immer passiert ist, darüber können wir ja nicht diskutieren, denn zu dieser Diskussion fehlt nun einmal die Grundlage und das ist dieser Kontrollamtsbericht. Also nur mit diesem Bericht würde man hier eine wirklich objektive Debatte führen können.

Aber es ist auch erwähnt in dem Bericht, dass die Stadt Linz große Anstrengungen und Maßnahmen ergreifen wird müssen, um die finanzielle Situation in den Griff zu bekommen

und ich gehe auch davon aus, dass da alle politischen Kräfte hier im Gemeinderat davon betroffen sind. Aber für eine gemeinsame Arbeit ist auch ein gemeinsamer Wissensstand notwendig und daher wird unsere Fraktion selbstverständlich diesem Antrag ihre Zustimmung geben. Wir werden auch noch einen Abänderungsantrag beisteuern, der ein Regelwerk für die Zukunft schaffen soll, damit wir nicht jedes Jahr die selbe Diskussion haben. Der Antragstext des FPÖ-Abänderungsantrages ist an alle Fraktionen zugegangen und lautet:

„Statt der anlassbezogenen einmaligen Präsentation des Rechnungsabschlusses 2011 sollen ab sofort sämtliche Prüfberichte des Kontrollamtes zu den Rechnungsabschlüssen nach Fertigstellung dem Gemeinderat präsentiert und diskutiert werden.“

Ich bitte um Annahme unseres Abänderungsantrages.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderat Dr. Hattmannsdorfer:

„Sehr geehrte Damen und Herren, vor allem sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, Sie haben angesprochen in Ihrer Wortmeldung oder eingemahnt in Ihrer Wortmeldung, man soll Äpfel mit Birnen nicht vergleichen. Da gebe ich Ihnen grundsätzlich Recht, aber ich glaube, dann sollten wir uns alle daran halten, weil wenn man die Stadt Linz vergleicht mit der voest, ist das ein weiterer Beweis dafür, wo Äpfel mit Birnen verglichen werden. Weil wäre die Stadt Linz ein Unternehmen, glaube ich, dass, zumindest was den finanziellen Erfolg betrifft, die Stadt Linz alles andere als vergleichbar wäre mit der voest, die auch finanziell aus wirtschaftlicher Sicht ein höchst erfolgreiches Unternehmen ist. (Beifall ÖVP)

Sie haben angesprochen das aktuelle Jahr, das Jahr 2013, das ja nicht einmal Gegenstand des Antrages ist. Aber aus diesem Grund auch ein paar Worte dazu. Ich glaube, da muss man auch aufpassen zwischen Äpfel und Birnen und da wird ja oft sehr gerne versucht, quasi mit Begrifflichkeiten, mit Fachausdrücken um sich zu werfen, um bewusst auch Menschen in die Irre zu führen. Und gerade bei finanzpolitischen Diskussionen ein sehr gängiger Schmäh ist ja, einmal den laufenden Saldo herzunehmen, dann wieder den ordentlichen Haushalt und so etwas zur Verwirrung beizutragen.

Das stimmt schon, da gebe ich Ihnen auch Recht, wenn man den laufenden Saldo jetzt betrachtet vom Voranschlag für dieses Jahr, ist es richtig mit einem Plus von 4,5 Millionen Euro. Das Problem ist nur, wir müssen doch auch den ordentlichen Haushalt betrachten. Es kann nicht sein, dass wir ein Finanzierungskonzept in Linz haben, das ganz wesentlich getragen ist vom Prinzip des Schuldenmachens und dann, wenn wir die Stadt finanziell bewerten oder den Zustand der Stadt beurteilen, schauen wir uns nur den laufenden Saldo an, schauen uns aber nicht den ordentlichen Haushalt an, der ja neben der Laufenden Gebarung auch noch die Tilgungen berücksichtigt.

Deswegen ist es aus meiner Sicht vor allem gerade gegenüber jüngeren Menschen unseriös, nur eine Diskussion zu führen über den laufenden Saldo und den ordentlichen Haushalt komplett zu ignorieren, der ja mit dem Jahresabgang auch in diesem guten Jahr, wie Sie es bezeichnet haben, von immerhin 26,4 Millionen Euro veranschlagt wurde für das Jahr 2013.

Wenn man aber von Äpfeln und Birnen spricht, kann man sich auch die Frage stellen, warum ist man heuer, wenn es um den Rechnungsabschluss des letzten Jahres geht beziehungsweise um den Prüfbericht des Kontrollamtes, dagegen, und ein Jahr davor war man aber dafür. Und da ist dann irgendwie schon der Verdacht nahe liegend, wenn man

letztes Jahr dafür war, dass man diesen Kontrollamtsbericht auch quasi öffentlich im Gemeinderat diskutiert, heuer ist man dagegen, dass es scheinbar irgendwelche Gründe gibt. Und es könnte ja sein, dass der Kontrollamtsbericht, um den es auch geht in diesem Antrag, ein sehr kritischer Kontrollamtsbericht ist, der Ihnen einfach nicht genehm ist.

Und wenn ich mir anschau alleine in der medialen Berichterstattung, was da alles debattiert wurde, sind das glaube ich alles Punkte, die man sehr, sehr ernst nehmen muss. Weil wenn das Kontrollamt schreibt, die Ausgaben müssen den Einnahmen angepasst werden, wenn das Kontrollamt schreibt, Investitionen sind auf ein Mindestmaß zu beschränken, wenn das Kontrollamt schreibt, es muss ein strikter und langfristiger Sparplan her, und wenn das Kontrollamt schreibt, Darlehen müssen konsequent verringert werden, dann müssen wir das, weil wir heute ja schon davon gesprochen haben, wir sind alle angelobt worden und auch quasi vereidigt worden, im besten Wissen und Gewissen für diese Stadt zu handeln, dann müssen wir das ernst nehmen.

Es gibt so einen Bericht aus dem Dezember, wo sich von vier Fraktionen im zuständigen Ausschuss drei dazu entscheiden, dass wir das debattieren müssen in der Öffentlichkeit, weil es da auch um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt geht. Und dann verwahrt man sich dagegen und nutzt in Wahrheit den Mechanismus aus, dass man im Ausschuss das Glück hat, das quasi auch zu blockieren. Dann kommt der Antrag sinngemäß in den Gemeinderat, wo sich auch andere Mehrheiten abzeichnen können und dann wird ein Argument herangezogen - ich bin ja dafür, dass das alles auch vom Verfassungsausschuss und überall geprüft wird, man soll ja dementsprechend korrekt vorgehen, nur wir haben ja schon gesehen in der Vergangenheit, dass es schon einmal gar kein Problem war, im Jahr davor Kontrollamtsberichte zu diskutieren.

Und deswegen liegt schon der Verdacht nahe, dass das jetzt ein bisschen ein Hilfsargument ist, weil man einfach nicht will, dass dieser kritische Bericht das Licht der Öffentlichkeit erblickt und weil man einfach nicht will, dass man diesen Bericht hier im Gemeinderat diskutiert, anstatt dass wir das ernst nehmen, wenn das Kontrollamt sich wochenlang damit beschäftigt und das Kontrollamt Empfehlungen erarbeitet, und ganz sachlich einfach miteinander diskutieren.“ (Beifall ÖVP)

Bürgermeister Dobusch:

„Herr Dr. Hattmannstorfer, Sie wissen ganz sicher, dass Sie wider besseren Wissens jetzt argumentiert haben, weil eines wundert mich schon: Soweit mein Informationsstand ist, erblickt jeder Kontrollamtsbericht in kürzester Zeit das Licht der Welt. Nämlich mich rufen Journalisten an, die haben den Kontrollamtsbericht am Schreibtisch, den sie nicht einmal noch im Kontrollausschuss haben. Daher ist es überhaupt eine Farce zu sagen, dass man glauben kann, dass die Sozialdemokratie oder ich als Bürgermeister so naiv bin, dass ich glauben kann oder dass ich meine, ein Kontrollausschussbericht erblickt das Licht der Welt nicht, weil er im Gemeinderat nicht diskutiert werden darf. Dazu sind die Mechanismen viel zu komplex und kompliziert. Das wissen Sie ganz genau, dass die Kontrollausschussberichte eigentlich allen zugespielt werden, dass es überhaupt kein Problem ist, dass in Wahrheit, ohne dass ich jemanden, dass ich Sie persönlich nenne, das meine ich nicht, sondern grundsätzlich ist es so, dass jeder Kontrollausschussbericht irgendwo immer zu finden ist und es sowieso keine Geheimhaltung gibt. Das Problem ist, ob das alles überhaupt zeitgemäß ist, was in unseren Statuten steht von Geheimhaltung etc. Wir machen bereits viel mehr, als in den Statuten drinnensteht.

Und das Zweite ist, Sie haben völlig Recht, eigentlich hätte voriges Jahr, sagt mir mein Präsidium, diese Diskussion laut unserem Statut auch nicht im Gemeinderat sein dürfen.

Damals ist gesagt worden, naja, weil es halt alle wollen, tun Sie es halt. Und in Wahrheit ist nicht korrekt argumentiert worden. Sie sagen, weil es einmal ist, muss es immer sein. Ich sage, voriges Jahr ist es gemacht worden, das heißt noch lange nicht, dass das rechtmäßig war. (Zwischenrufe, Unruhe) Das ist vom Präsidium gesagt worden. Es kann ja auch sein, dass es voriges Jahr rechtswidrig war, kann ja auch sein.

Aber es geht eigentlich um ganz etwas anderes. Es geht auch beim nächsten Antrag um ganz etwas anderes, nämlich um die Frage, wie man überhaupt mit den Dingen umgeht. Und der Unterschied besteht darin, dass es einen Unterschied gibt zwischen einem Kontrollamt und einem Rechnungshof, die haben ja andere Aufgabenstellungen. Und es ist ja so, den ganzen Rechnungsabschluss, das ganze Konvolut haben alle Gemeinderäte für das Jahr 2012 in den Händen. Und Sie sagen, man darf das nicht diskutieren herinnen, wir verhindern das. Und was tun Sie? Sie gehen her und zitieren das, was anscheinend im Kontrollamtsbericht steht, hier herinnen.

Zwischenruf **Gemeinderat Mag. Baier:**
„Das ist in der Zeitung gestanden!“

Bürgermeister Dobusch weiter:

Und wer hat es in die Zeitung gegeben? Ich nicht. Also muss es irgendwer in die Zeitung gegeben haben. (Zwischenrufe, Unruhe) Ist mir ja egal, ich habe es nicht in die Zeitung gegeben.

Daher ist es auch müßig, der Mehrheitsfraktion hier zu unterstellen, dass wir nicht wollen, dass das diskutiert wird. Jeder von uns weiß, dass jeder Satz, der in einem Kontrollamtsbericht steht, sowieso öffentlich zugänglich ist. (Zwischenrufe) Es geht um die rechtlich richtige Vorgangsweise hier und um mehr nicht. Man kann natürlich durch solche Vorgangsweisen, wie Sie das machen, immer versuchen, den anderen in die Position zu bringen, der will das nicht, der hat etwas zu verheimlichen und so weiter und so fort. Selber wird zitiert aus dem Kontrollamtsbericht, dann wird verheimlicht. Das ist ja eigentlich alles nicht korrekt, wie das hier abläuft.“

Gemeinderätin Roschger:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren, ich bin jetzt ein bisschen baff ob der Wortmeldung des Herrn Bürgermeisters. Also grundsätzlich geht es in diesen drei Anträgen - also mit dem Abänderungsantrag der Freiheitlichen haben wir drei Anträge, in denen es darum geht, wer darf in welcher Form Prüfberichte des Kontrollamtes haben, sehen, diskutieren. Und wenn Sie jetzt sagen, dass offensichtlich oder vielleicht oder es möglich ist, dass das, was voriges Jahr passiert, dass wir nämlich einstimmig den Prüfbericht zum Rechnungsabschluss 2010 dem Gemeinderat zur weiteren Beratung weitergeleitet haben und das dann auch passiert ist, wenn Sie jetzt sagen, dass das womöglich rechtswidrig ist, dann bin ich ein bisschen entrüstet, dass ich davon nichts weiß.“

Wenn das Präsidium, Personal und Organisation, das auch irgendwie per Personen in dem Ausschuss sitzt, sozusagen ein Jahr lang und zu dem Zeitpunkt, wo das passiert ist und auch danach nicht, wo der Antrag auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung gekommen ist, nichts sagt, dann finde ich das eigentlich ziemlich ungehörig, dass ich als Vorsitzende des Ausschusses nicht davon in Kenntnis gesetzt werde, dass ich offensichtlich rechtswidrig, nicht absichtlich natürlich und also überhaupt nichts ahnend, offensichtlich aus Sicht des Präsidiums, Personal und Organisation rechtswidrig handle. Das macht mich

ziemlich sauer, weil das finde ich einen ziemlich unguten Umgang mit Ausschussvorsitzenden. Das ist das eine.

Und das andere ist, wenn man jetzt der Meinung ist oder es offensichtlich ist, dass es hier rechtlich unterschiedliche Interpretationen gibt, was möglich ist an Diskussionen von Kontrollamtsberichten und nicht, dann bin ich natürlich sehr dafür, dass wir das rechtlich klären - und bitte auch gleich mit der Aufsichtsbehörde -, damit wir uns die fünfte, zehnte, siebte, tausendste Schleife sparen. Also ich hätte dann wirklich gerne, nämlich auch im Sinne der Transparenz und damit alle endlich wissen, von was wir reden, wann wir zu was reden können, eine rechtliche Klärung und Stellungnahme, wie wir mit diesen Kontrollamtsberichten umzugehen haben. Und das erwarte ich mir wirklich in aller Klarheit, dass das geklärt wird.

Deswegen bin ich sehr dafür, dass wir alle diese Anträge, die wir heute da zu diskutieren hätten, die die Kontrollamtsberichte betreffen, in den Verfassungsausschuss tun und dort hoffentlich zu einer Klärung in der Stadt bezüglich des Statutes mit der Aufsichtsbehörde soweit klären, dass alle einen gleichen Wissensstand und einen gleichen Interpretationsstand haben, was hier zu tun ist oder nicht. Und deswegen ersuche ich dringend alle Fraktionen, das jetzt so zu machen. Wir klären das jetzt ein für alle Mal und wenn wir dann zu dem Schluss kommen, dass uns das nicht passt, dann müssten nämlich Gesetze geändert werden. Das heißt, wir müssen Statuten ändern, wenn wir zu dem Schluss kommen, dass das so, wie wir es wünschen, nicht möglich ist, aber bitte bleiben wir bei aller Transparenz und dem Willen zur Aufklärung und Diskussion rechtskonform und klären wir jetzt bitte, wie man mit dem umzugehen hat.

Und noch einmal, ich finde das wirklich im Umgang auch mit dem Kontrollausschuss einfach total unfair, mir oder dem Ausschuss nicht mitzuteilen und auch den anderen Fraktionen nicht mitzuteilen, wenn hier gehandelt wird - ja nicht in Absicht rechtswidrig - und man erfährt das nicht. Tut mir Leid, dass ich das jetzt sagen muss, aber nachdem Sie das jetzt angesprochen haben, dass offensichtlich das letztes Jahr rechtswidrig war, muss ich das jetzt sagen, weil da fühle ich mich ja persönlich irgendwie - sage ich jetzt nicht. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Bürgermeister Dobusch:

„Da kann ich Ihnen eine ganz einfache Antwort geben. Diese Art der Prüfung ist jetzt gemacht worden aufgrund der Anträge und ich habe gesagt, das muss weitergeprüft werden. Ich bin nämlich teilweise nicht ganz der Meinung, sage ich jetzt persönlich, und daher habe ich ja den Vorschlag gemacht, dass man das in den Verfassungsausschuss gibt und dass man die Sache jetzt wirklich klärt. Weil mich nervt das, weil der SPÖ-Fraktion zu unterstellen, wir verhindern eine öffentliche Diskussion über so etwas, das haben wir nicht notwendig. Wenn aber umgekehrt die Meinung herrscht, dieser Vorgangsweise kann man nicht zustimmen, dann gehört das geklärt. Aber wenn es so ist, dann hat der Vorwurf an die SPÖ auch keinen Grund, muss ich einmal grundsätzlich sagen.

Wenn man das anders haben will und es ist wirklich so, dass es rechtswidrig wäre, dann muss man das Gesetz ändern, dann muss man die Geschäftsordnung ändern oder sonst irgendetwas. Aber das lasse ich auch auf mir nicht sitzen und um das geht es. Mehr tue ich nicht, als dass ich sage, aufgrund der Anträge gehört das jetzt wirklich endgültig geklärt.

Und es geht nämlich auch hier um die Frage beim nächsten Antrag, wer soll die Kontrollausschussberichte zusätzlich bekommen. Das sind ja völlig andere, da gibt es eine Geschäftsordnung, da gibt es ein Statut, das ist einzuhalten, sodass es vermutlich nicht so

locker ist, dass wir es ausschicken aufgrund unseres Statuts. Das ist halt so und daher muss man das auch grundsätzlich diskutieren.“

Gemeinderat Dr. Hattmannsdorfer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich melde mich ein zweites Mal, jetzt nicht mehr, um die Entrüstung von Ursula Roschger verständnisvoll zum Ausdruck zu bringen und zu unterstreichen, sondern weil Sie mich in Ihrer Wortmeldung auch direkt angesprochen haben, weil ansonsten wäre eine tatsächliche Berichtigung notwendig gewesen. Ich darf hier hochhalten, das ist mein Redekonzept gewesen für meinen Beitrag davor, in der Mitte sieht man, das ist aus der Medienkommunikation der Stadt Linz, einen Artikel einer Tageszeitung, den ich bei den vier Punkten zitiert habe, was im Kontrollamt drinnensteht. Und fürs Protokoll ganz wesentlich, ich habe zitiert aus einem Zeitungsartikel vom 23. Jänner, von der Tageszeitung Heute. Ich habe nicht zitiert aus dem Kontrollamtsbericht.

Ich mag aber jetzt auch gleich die Gelegenheit nutzen, um zu Ihrer Wortmeldung sehr wohl auch noch zwei Feststellungen zu machen. Wenn Sie beklagen, man wirft jetzt der SPÖ vor oder man würde der SPÖ vorwerfen, sie verhindert, die SPÖ verhindert eine transparente Diskussion, da muss ich sagen, Herr Bürgermeister, dass Sie sich diesen Vorwurf politisch gefallen lassen müssen, weil es ja die SPÖ-Fraktion war, die bei der Sitzung des Kontrollausschusses am 17. Dezember 2012 als einzige Fraktion dagegen gestimmt hat, dass dieser Kontrollamtsbericht quasi dem Gemeinderat für eine eigene Debatte zugewiesen wird. Das heißt, den Vorwurf muss sie sich alleine aufgrund des Stimmverhaltens am 17. Dezember 2012 als SPÖ gefallen lassen.

Und der nächste Punkt, das ist ja auch in Wahrheit eine Stellvertreterdiskussion, die wir da führen, womit Sie ja auch Recht haben, dass sehr viel quasi über die Medien ausgetragen wird und dass es da gar nicht um die Frage des Schuldigen geht. Aber jetzt sage ich Ihnen ein anderes Beispiel aus dem Sonderkontrollausschuss zur Swap-Affäre. Da hat man auch den Eindruck, immer dann, wenn es geht um Transparenz, dass man Unterlagen bekommt oder dass man Auskunftspersonen einladen kann, bilden sich immer die unterschiedlichsten Mehrheiten. Und ich weiß das jetzt sehr gut, ich glaube, wir haben jetzt 13 oder 14 Sitzungen gehabt, wo man immer wieder die Situation gehabt hat, dass damals, wenn es um Transparenz gegangen ist, ein Riegel vorgeschoben wurde.

Und ein anderes Beispiel, es gibt ja in dieser ganzen Swap-Affäre oder in der ganzen Swap-Causa ein sehr zentrales Dokument, das so genannte Imo-Gutachten und dieses Imo-Gutachten ist, bevor wir irgendwo darüber diskutiert haben in irgendwelchen Sonderkontrollausschüssen oder in dem Gremium, wo die Stadtregierung sitzt und die Klubobleute sitzen, schön medial aufbereitet über die Medien dargestellt worden. Und weil da latent ein bisschen der Vorwurf jetzt von Ihnen dabei war, Herr Bürgermeister, es sei die ÖVP, die alles weitergibt, muss man jetzt auch einmal sehen, was sind denn überhaupt theoretisch die Möglichkeiten der ÖVP in der Stadt Linz.

Und wenn ich bleibe z.B. beim Imo-Gutachten, alleine das ist ja faktisch unmöglich, dass wir etwas, das wir nicht einmal haben, irgendjemandem weitergeben. Und ich könnte jetzt da auch einen Verdacht spinnen, woher das Imo-Gutachten kommt. Und ich könnte auch einen Verdacht spinnen, ob es vielleicht irgendwo noch Agenturen gibt, die im Medienbereich auch aktiv sind, aber das sind natürlich alles Spekulationen. Ich will den Verdacht zurückweisen, den Sie da in Richtung ÖVP artikuliert haben, weil das, glaube ich, einfach nicht fair ist, weil da gibt es einen Generalverdacht und da müsste man ja eine Generaldebatte führen und einmal grundsätzlich darüber diskutieren, was ist Transparenz

in der Stadt wert. Und wenn es scheinbar Barrieren gibt, dann müssen wir halt einfach gewisse Statuten und Geschäftsordnungen & Co einfach ändern, wenn wir ohnehin alle die absolute und totale Transparenz wollen.“ (Beifall ÖVP)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Vizebürgermeister Dr. Watzl:

„Herr Kollege Mayr hat aus seiner Sicht einige Darstellungen vorgenommen, was die Erwähnung meinerseits von Kennziffern, wie sie im Rechnungsabschluss oder in den Rechnungsabschlüssen und den Voranschlägen zu lesen sind, betrifft und die Diskussion kennen wir ja sehr oft. Es ist legitim, dass die Sichtweise des einen die und des anderen eine andere ist. Und genau das war für uns auch ein Beweggrund, warum wir den Bericht des unabhängigen Kontrollamtes auch im Linzer Gemeinderat und damit öffentlich diskutieren wollten. Ich bin bei dir Hans, es ist legitim, der eine sieht es so und der andere so. Es ist oft eine Frage, ist das Glas halb voll oder halb leer.

Ich bleibe aber bei meiner Grundaussage, und das ist belegt durch die Zahlen, dass die Schulden in unserer Stadt dramatisch steigen, dass erfreulicherweise die Gesamtsteuereinnahmen über die letzten Jahre gestiegen sind, dass wir unseren ordentlichen Haushalt mittlerweile als eine der reichsten Städte Österreichs nicht mehr ausgleichen können und wenn wir Investitionen tätigen, wenn wir Vermögen aufbauen wollen, wenn wir Tilgungen vornehmen müssen, dann müssen wir Geld aufnehmen. Wir leben auf Pump.

Aber damit nicht die ÖVP oder gar der grausliche Watzl das sagt, weil dem kann man das sowieso nicht glauben, haben wir gebeten, dass Herr Dr. Schönberger als Leiter des Kontrollamtes, unser Stadtrechnungshofdirektor, hier und heute uns das Zahlenwerk präsentiert. Das ist im Antrag so formuliert, damit eben genau das Ansinnen in Richtung objektiviertem Bericht und nicht von einer politischen Partei aus parteipolitisch motivierten Gründen ein schräges Bild dargestellt wird.

Herr Bürgermeister, Sie haben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, gesagt, das gleiche Ansinnen im letzten Jahr war deswegen möglich, weil es alle haben wollten. (Zwischenrufe) Ich sage dazu, diesmal ist es nicht möglich, weil eine andere rechtliche Überprüfung sich ergeben hat, sage aber auch dazu, weil es halt anscheinend heute alle ohne die SPÖ wollen. Und als Demokrat muss ich schon auch Mehrheiten zur Kenntnis nehmen. (Beifall ÖVP)

Und weil Sie eine Zuweisung an den Verfassungsausschuss vorgeschlagen haben - ja was soll denn das, Entschuldigung? Wir haben einen Magistratsdirektor, wir haben einen Präsidioldirektor, wir haben in diesen beiden Persönlichkeiten absolut vertrauenswürdige, kompetente, rechtlich versierte Fachleute, wir haben einige Juristinnen und Juristen mehr, die das selbstverständlich – und das erwarte ich mir auch – vorher prüfen hätten können, nein, prüfen hätten müssen. Und wenn der Antrag als solcher nicht zulässig ist, dann darf ich ihn gleich gar nicht auf die Tagesordnung geben. (Zwischenrufe, Beifall ÖVP)

Und, Herr Bürgermeister, von Ihnen, glaube ich, kommt ja der Spruch, ‚jedes Schriftl ist ein Giftl‘. Ich habe jetzt auch so ein ‚Schriftl‘ da – wenn ich Sie falsch zitiert habe, dann entschuldige ich mich offiziell, aber Sie sagen das schon hie und da, ‚jedes Schriftl ist ein Giftl‘ ...

Zwischenruf Bürgermeister Dobusch:

„Das ist ein Zitat, das ich auch öfter verwende, aber es ist nicht originär von mir!“

Vizebürgermeister Dr. Watzl weiter:

Gut, das unterstreicht Ihre Korrektheit, danke. Ich habe jedenfalls – auf Linzerisch gesagt – ein Schriftl da, sprich ein Schreiben des Präsidiums, Personal und Organisation, Abteilung Verfassung, das allen Fraktionsobleuten - dem Herrn Vizebürgermeister Luger damals, dem Herrn Mag. Furlinger damals, dem Sebastian Ortner, auch noch heute der Fraktionsobmann der Freiheitlichen, der Kollegin Gerda Lenger, Die Grünen, auch heute noch Fraktionsobfrau, auch der Frau Gemeinderätin Mag.^a Gerlinde Grün und dem Herrn Gemeinderat Reinhard Reiman - zugegangen ist, datiert vom 23. Dezember 2010, man könnte sagen, ein kleines Weihnachtsgeschenk. Dieses Schreiben ist deswegen an die genannten Damen und Herren ergangen, weil der Landesgesetzgeber im Oktober ein Gesetz geändert hat, wo es über die Weisungsfreistellung und die so genannte Selbstverwaltung geht, und ich zitiere auch für das Protokoll. In diesem Schreiben heißt es insbesondere im Exkurs, wo es um das Kontrollamt, um das städtische Kontrollamt geht: ‚... Der Unterschied zur bisherigen Berichtspflicht ist, dass der Gemeinderat sich nun jederzeit und über die aktuellen und bisherigen Prüfungen (Gegenstände der Geschäftsführung des Kontrollamtes) informieren kann, ohne den Jahresbericht abwarten zu müssen...‘ So schreibt es das Präsidium einen Tag vor dem Heiligen Abend im Jahr 2010.

Und ich sage ganz ehrlich, und Sie haben es ja auch angesprochen, Herr Bürgermeister, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Sie teilen nicht ganz die Einschätzung, die jetzt anscheinend vom Präsidium erwähnt wird. Und ich bin Ihrer Meinung, weil Sie sind auch ein guter Jurist, weil Sie auch nicht verlernt haben, und ich stehe nicht an das zu sagen, dass Sie nicht den Hausverstand ausschalten. Der Gemeinderat in jeder der 444 Gemeinden Oberösterreichs, der Gemeinderat in der Landeshauptstadt Linz ist das oberste Organ. Und wenn der Linzer Gemeinderat demokratisch legitimiert in einer Mehrheit eine Entscheidung trifft, dann ist das, wenn man so will, die oberste Instanz. Das ist ein Grundgebilde unserer Bundesverfassung, unserer Landesverfassung und alles andere wäre aus meiner Sicht nicht systemkonform.

Und ich habe in vielen Belehrungen oder Informationsveranstaltungen, wo es um die leidige Spekulationsaffäre geht, eines auch erfahren: dass uns Rechtsexperten, Anwälte, Professoren auch sagen, nehmt euer Recht nicht nur wahr, sondern ihr habt auch eine Verpflichtung, das zu tun. Und der Gemeinderat ist das oberste Organ, der Gemeinderat steht über dem Bürgermeister, der Gemeinderat steht über den Stadtsenatsmitgliedern und selbstverständlich auch über der Verwaltung.

Daher glaube ich, dass ein Zuweisen an den Verfassungsausschuss nichts brächte. Frau Kollegin Roschger, ich bin bei dir, dass das wirklich auch fundiert abgeklärt gehört, aber nicht, dass unser Antrag, der darauf abzielt, dass ein Kontrollamtsbericht, der korrekt und ordentlich erstellt wurde, der auch die Brisanz der Situation zeigt und nach unserem Empfinden der Öffentlichkeit kundgetan werden muss, im Verfassungsausschuss geprüft wird. Was soll denn das? Ich will ja das öffentlich diskutieren, weil im Verfassungsausschuss ist Vertraulichkeit gegeben. Und ich glaube, der Kollege Mayr hat ja den Ansatz gewählt, dass er sagt, es ist nicht alles so schlimm, wie die ÖVP sagt, daher gibt es ja auch kein Problem, dass man es diskutiert.

Zwischenruf **Stadtrat Mayr**:

„Es gibt auch kein Problem, außer dass es ein Gesetz gibt, das man einhalten muss!“

Vizebürgermeister Dr. Watzl weiter:

Ach so. Und warum schreibt das Präsidium dann, dass das selbstverständlich möglich ist

und warum haben wir in einer gleichen Causa im letzten Jahr das selbstverständlich machen können? (Zwischenrufe) Bitte um Entschuldigung, Herr Kollege Mayr, dass da der Verdacht gegeben ist, es ist dann in Ordnung, wenn wir es für richtig halten. (Zwischenrufe, Unruhe) Das mag eine Unterstellung sein, aber das ist eine politische Unterstellung, die nicht an den Haaren herbeigezogen erscheint. (Beifall ÖVP)

Und abschließend wird daher die ÖVP ersuchen, dass eine Zustimmung zu diesem Antrag kommt, weil es geht um das, was wir auch immer sagen, um Transparenz, Transparenz, Transparenz, not part of the game und ich weiß nicht, was noch alles, und dass wir das auch in die Tat umsetzen und tun. Wir haben keinen Grund, uns zu fürchten, es sind ordentliche Sätze, die die Mitarbeiterinnen und die Mitarbeiter unter der Leitung von Dr. Schönberger formuliert haben, die Öffentlichkeit hat ein Recht, das zu erfahren und wir sollten im Gemeinderat als Aufsichtsrat der Stadt Linz das auch entsprechend diskutieren, Punkt eins.

Punkt zwei, das dem Verfassungsausschuss zuzuweisen, halte ich schlichtweg für einen verzichtbaren Vorschlag, sage ich einmal, und drittens, der Abänderungsantrag der Freiheitlichen Partei wird die Zustimmung der ÖVP erhalten, weil ich ihn für sinnvoll erachte, weil er auch dem Wortlaut des Schreibens des Präsidiums, das ich zitiert habe, und der Gesetzgebung entspricht und im Übrigen längst überfällig ist, das sage ich auch, da stehe ich nicht an, auch wenn dieser Abänderungsantrag nicht von uns kommt. Denn, wenn man sich ansieht, es gibt einen Oberösterreichischen Landtag und dort gibt es einen Landesrechnungshof, da wird am nächsten Tag, wenn der Bericht fertig ist, der Bericht übers Netz der Öffentlichkeit kundgetan. Und in Wahrheit ist das überfällig, dass das in einer Stadt wie Linz auch passiert. Wir stimmen diesem Abänderungsantrag selbstverständlich zu.“ (Beifall ÖVP)

Bürgermeister Dobusch:

„Ich darf jetzt folgenden Vorschlag machen, ich bitte den Herrn Magistratsdirektor, nachdem jetzt einige Male erwähnt worden ist, wie super die Juristen sind und dass sie ja alles auch erklären können, dass der Herr Magistratsdirektor jetzt auch eine Äußerung dazu macht, weil es ist ja nicht alles auf meinem Mist gewachsen, was ich hier sage.“

Magistratsdirektor Dr. Wolny zur rechtlichen Klarstellung:

„Ich möchte darauf hinweisen, es ist in dem zitierten Schreiben auch angesprochen, dass es vor zwei Jahren diese Änderung des Statuts der Landeshauptstadt Linz 1992 gegeben hat im Zusammenhang mit der Bestimmung der Weisungsfreiheit.

Das ist im § 39 Absatz 5 die Verfassungsbestimmung, dass der/die Leiter/Leiterin des Kontrollamtes in Ausübung seiner/ihrer Aufgaben als Kontrollorgan hinsichtlich des Inhaltes und des Umfangs der Feststellungen an keine Weisungen gebunden ist. Und jetzt kommt es, als neuer Absatz 5 a wurde damals eingefügt: ‚Der Gemeinderat ist berechtigt, sich über alle Gegenstände der Geschäftsführung des Kontrollamts zu unterrichten. Der/die Leiter/Leiterin des Kontrollamtes ist verpflichtet, die verlangten Auskünfte unter Wahrung des Grundrechtes auf Datenschutz und sonstiger bundesverfassungsrechtlicher Verschwiegenheitspflichten zu erteilen. Der Gemeinderat kann den/die Leiter/Leiterin abberufen, wenn erstens seine geistige oder körperliche Eignung nicht mehr gegeben ist oder er seine/sie ihre Amtspflichten grob verletzt oder dauernd vernachlässigt.‘

Dieser Absatz 5 a ist damals sozusagen präzisierend hereingekommen und bezieht sich auf die Information über alle Gegenstände der Geschäftsführung, aber nicht damit auch über die Inhalte, die im Zuge dieser Geschäftsführung in Berichte gegossen werden, um dann

auf eine Art und Weise kommuniziert zu werden, die im Falle des Kontrollausschusses und des Kontrollamtes sozusagen die einzigen Berichte sind, wo aus unserer Sicht abschließend geregelt ist, wer sie zu bekommen hat.

Das haben Sie sonst bei keinem anderen Ausschuss, nur bei diesem hier. Und daher ist es sozusagen so problematisch, wenn man sagt, an diese Einschränkung brauche ich mich nicht zu halten. Ich nehme jetzt die eine Kritik für mich auch mit, dass wir nicht wirklich an das Thema herangegangen sind und gesagt haben, wir lassen einen Antrag auf Änderung des Statutes beschließen und dann auch der Geschäftsordnung für das Kontrollamt.“

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag und anschließend über die Zuweisung an den Verfassungs-, Raumplanungs- und Baurechtsausschuss inkl. dem Abänderungsantrag der FPÖ-Fraktion abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (26) und Die Grünen (6) mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Die Zuweisung des Antrages inkl. dem Abänderungsantrag an den Verfassungs-, Raumplanungs- und Baurechtsausschuss wird **bei Gegenstimme von Gemeinderat Reiman, MBA, mit Stimmenmehrheit angenommen.**
Die ÖVP-Fraktion stimmt nicht mit.

Stadträtin Wegscheider berichtet über den von der **ÖVP-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

I 2 Aufhebung der Straßensperre zwischen Südpark und solarCity

und führt aus:

„Bei diesem Antrag geht es um die Aufhebung der Straßensperre zwischen der solarCity und dem Südpark. Diese Privatstraße der Stadt Linz ist 800 Meter lang und die gibt es seit dem Jahr 1998. Diese Straße wurde Anfang November des Vorjahres ohne Vorankündigung in einer Nacht- und Nebelaktion gesperrt. Das hat einen großen Unmut der Betroffenen ausgelöst, die bis jetzt nicht verstehen, warum diese Privatstraße der Stadt Linz gesperrt wurde. Sie können überhaupt nicht verstehen, warum man als Stadt die bestehende provisorische Straßenverbindung sperren kann, ohne dass vorher die reguläre Straßenverbindung errichtet wird.

Es geht hier um die reguläre Straßenverbindung, die seit jeher allein in den Plänen, in den Flächenwidmungen und Bürgerbeteiligungen versprochen worden ist und die ist bis heute nicht gebaut worden, obwohl der Baubeginn für den Herbst 2012 schon angekündigt worden ist.

Meine Damen und Herren, wenn die versprochene neue Straße gebaut ist, kann die Stadt sofort die seit 14 Jahren bestehende provisorische Baustraße, die als Privatstraße der Stadt Linz natürlich aus Steuergeldern errichtet wurde, sperren und abtragen.

Zwischen der solarCity und dem Südpark und weiter bis zum Bahnhof Pichling war immer eine Straßenverbindung vorgesehen, das war bereits im Jahr 1993/1994 im Masterplan vom Herrn Architekt Rainer die Planungsgrundlage für die solarCity und den Südpark und damals wurde diese Straße noch als breiter Boulevard eingezeichnet. Diese Straße findet sich in den alten Flächenwidmungsplänen der Stadt wieder. Im November 2010 hat der

Gemeinderat den aktuell gültigen Flächenwidmungsplan einstimmig beschlossen. Natürlich ist diese Straßenverbindung in diesem Beschluss enthalten und die Anbindung an die Breitenstraße im Südpark sogar ausdrücklich festgehalten.

Es gab dazu auch ein Bürgerbeteiligungsverfahren. Die Trassenführung dieser Straße gemeinsam mit der Straßenbahnlinie wurde dann etwas in den Süden verschwenkt. Im Gemeinderatsbeschluss zum Flächenwidmungsplan steht zu dieser Trassenführung Folgendes: ‚Die Breite der Straßenbahnachse mit Begleitstraße basiert auf einem Regelquerschnitt von 27 Metern Breite und dieser setzt sich aus der Straßenbahntrasse 6,5 Meter, Fahrbahnbreite der Begleitstraße sieben Meter, Parkstreifen zwei Meter, drei Grünstreifen mit Bäumen sieben Meter, zwei Richtungsradwege 2,5 Meter und einem Gehsteig mit zwei Metern zusammen. Ich glaube, es hat niemand ein Problem, wenn die Straße etwas schmaler gebaut wird, weil es hier nur einen Anliegerverkehr geben soll.

Dass es hier, wie seit jeher geplant, eine Straßenverbindung geben soll, müsste in diesem Gemeinderat außer Streit stehen. Ich hoffe, dass dies Herr Verkehrsreferent Vizebürgermeister Luger auch so sieht und bestätigt, denn wenn es hier nun andere Planungen gibt, dann erwarte ich mir, dass der Verkehrsreferent und der Planungsreferent geänderte Planungen mit den Betroffenen im Südpark offen diskutieren und die Karten auf den Tisch legen werden.

Die Betroffenen sind die Unternehmer im Südpark, die haben bereits 180 Mitarbeiter, es sind die Geschäfte in der solarCity, die Bewohner in der solarCity und die Bewohner in Alt-Pichling. Es gibt seit zwei Wochen eine Unterschriftenaktion mit zirka 1000 Unterschriften und da geht es nur um den PKW-Anliegerverkehr; kein Durchzugsverkehr und kein LKW-Verkehr. Die Benützung hat in diesen letzten 14 Jahren sehr gut funktioniert, es gab ein moderates Verkehrsaufkommen. Ich ersuche, dass man diese Straßensperre wieder auflöst, denn wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Ich stelle daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

‚1. Die zuständigen Stellen der Stadt Linz werden ersucht, so rasch als möglich die Benützung der städtischen Privatstraße zwischen der solarCity und dem Südpark für den Anliegerverkehr unter 3,5 Tonnen zu ermöglichen.

2. Verkehrsreferent Vizebürgermeister Klaus Luger wird ersucht, so rasch als möglich dem zuständigen Ausschuss und dem Gemeinderat über die Gründe für den nicht - wie angekündigt - im Herbst 2012 erfolgten Baubeginn der im Flächenwidmungsplan (Gemeinderatsbeschluss vom 25. November 2010) vorgesehenen neuen Straßenverbindung zwischen der solarCity und dem Südpark sowie über den neuen Zeitplan für den Bau dieser Straße und der Straßenbahnverlängerung zum Südpark und zum Pichlinger See zu berichten.‘

Ich ersuche um Zustimmung.“ (Beifall ÖVP)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Lenger:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Stadträtin Wegscheider, Die Grünen werden diesem Antrag ganz sicher nicht die Zustimmung geben. Wir sind seit Jahren in Verbindung mit Anrainerinnen und Anrainern, die zu uns kommen und einfordern, dass diese von Anfang an als Baustraße gedachte Straße, die eine Privatstraße ist, tatsächlich gesperrt wird, weil sie illegalerweise laufend benutzt wurde.

Es gibt wirklich verschiedene Betroffenheiten. Da gibt es sehr, sehr viele Bürgerinnen und Bürger, die da sehr wohl davon betroffen sind, dass diese Baustraße illegalerweise viele Jahre sehr häufig benutzt und sehr frequentiert wurde. Zum Teil sagt man mir sogar, dass da gerast wurde, wo auch viele Kinder ihren Schulweg haben. Es gab dazu schon zwei BürgerInnenveranstaltungen in der Vergangenheit zu diesem Thema.

Wir haben 2010 eine Anfrage gestellt, weil das Drängen der Betroffenen, hier endlich etwas zu tun, aber in Richtung Sperre, immer stärker geworden ist. Ich muss schon sagen, ich war etwas befremdet, als ich am 17. Jänner im Volksblatt gelesen habe, dass sich Frau Stadträtin Wegscheider von der Willküraktion über die Sperre der Privatstraße sozusagen mokiert hat und das störe niemanden und es fahren nur 550 Kraftfahrzeuge in 24 Stunden. Zu sagen, eine überfallsartige Sperre und es fahren ja nur so viele - das so hinzustellen, wie das ist eine Straße, die sowieso offen ist, das ist alles illegalerweise, da kann man nicht sagen, das ist eine willkürliche Sperre. Noch dazu stimmt das gar nicht mit den 550 Kraftfahrzeugen, das möchte ich auch berichtigen. Es sind tatsächlich wesentlich mehr, weil Frau Stadträtin, Sie haben vergessen, dass noch 98 Lastkraftfahrzeuge und 67 einspurige Fahrzeuge täglich dazukommen.

Wir begrüßen diese Maßnahme, die nun gesetzt wurde im Sinne der Betroffenen, und werden diesem Antrag sicher nicht zustimmen.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderat Mag. Sonntag:

„Sehr geehrte Damen und Herren, es kommt uns so vor wie versprochen und nicht gehalten. Im Südpark wurde den Unternehmen schon fast vor Jahrzehnten die öffentliche Verkehrsanbindung durch die Straßenbahn versprochen. Es wurden dort in der Planungsphase den Unternehmern die Gebäude umgeplant und umgedreht, damit der Südparkboulevard, der sich über die solarCity bis in den Südpark zieht, als breite Prachtstraße im ‚Rainerschen Masterplan‘ zur Geltung kommt und die Unternehmen richtig ausgerichtet sind. Bis jetzt haben wir noch gar nichts gesehen von dem Südparkboulevard, den wir dort errichten und unsere Gebäude danach ausrichten mussten.

Im Flächenwidmungsplan steht eindeutig drinnen, Anbindung an die Bremenstraße. Jetzt redet man gar nicht mehr von einer Straßenverbindung, jetzt wollen wir gleich nur mehr eine Umkehrschleife machen. Wir handeln gegen einen gültigen Flächenwidmungsplan, der bürgerbeteiligt worden ist, wo es gegen diese Straßenverbindung keinen einzigen Einspruch gegeben hat. (Beifall ÖVP)

Wenn Sie auf die Homepage der Stadt Linz gehen, sehen Sie im Stadtplan, den Sie dort aufrufen können gemeinsam mit DORIS, diese Straße als breite Straße eingezeichnet und mit der Bezeichnung Heliosallee die jetzige Baustraße. An dieser Heliosallee gibt es kein einziges Haus, das dort situiert ist. Es gibt nur in der Auhirschstraße – das sind Querstraßen zu dieser Heliosallee – Bewohner. Wenn man diesen Bewohnern den Schulweg ihrer Kinder mit dieser Straße verunmöglicht, wenn wir die Straße wegreißen, haben die Kinder gar keinen Schulweg mehr, dann müssen sie nämlich einen Umweg gehen.

Wenn man jetzt bedenkt, diese Straße, die wir sperren, ist 800 Meter lang, der Umweg, den man jetzt durch Alt-Pichling machen muss, ist genau dreimal so lang - es ist dreimal so viel Verkehr, es sind dreimal so viel Abgase, dreimal so viel Lärm, also dreimal so viel für gefährdete Kinder in Alt-Pichling. Das ist die grüne Lösung. (Beifall ÖVP)

Meine Damen und Herren, man braucht Hausverstand und soll sich nicht hinter juristischen Argumenten verstecken in diesem Fall. Herr Bürgermeister, Sie haben in den

letzten 25 Jahren vieles erreicht. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg und ich hoffe, es gibt einen Willen, diese Straßenverbindung wieder aufzumachen. Vielen Dank.“ (Beifall ÖVP)

Stadtrat Wimmer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Stadträtin Wegscheider, geschätzte Damen und Herren, offenbar gibt es hier deutliche Meinungsunterschiede, was die Wahrnehmung der Situation vor Ort betrifft. Ich sehe da einerseits die Wahrnehmung der ÖVP, die davon ausgeht, dass es hier die betroffenen Betriebe und die betroffenen Anrainerinnen und Anrainer eher wünschen würden, dass die Straße weiter nutzbar bleibt und ausgebaut wird. Ich schließe daraus, dass es keine Einwendungen gegeben hat, wie es soeben geschildert wurde und an die entsprechenden politischen Vertreter herangetreten wurde. Ganz im Gegenteil dazu Frau Gemeinderätin Lenger, die dargelegt hat, dass offenbar massive Widerstände gegen diese Straßennutzung bestehen.

Da würde ich sagen, wenn hier die Meinung offenbar so kontroversiell auseinander geht, ist eine politische Diskussion mitunter gar nicht sinnvoll, wenn von unterschiedlichen Fakten ausgegangen wird zum jetzigen Zeitpunkt. Ich verstehe es und finde es gut, dass man sich hier für die Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch für die Anliegen der Gewerbetreibenden einsetzt und hier berücksichtigen möchte und nicht sagt, nur weil es die eine oder andere Beschwerde gibt, muss dem automatisch ohne Diskussion gleich Rechnung getragen und diese Straße gesperrt werden.

Da begrüße ich grundsätzlich diesen Ansatz der Stadträtin Wegscheider und schlage ihr aber vor, angesichts der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen könnte man diesen Anlassfall hernehmen als Musterbeispiel für eine Bürgerbeteiligung und eine direkte Demokratie. Man könnte hergehen, die Menschen befragen, die es betrifft, nämlich amtlich, nicht dass jeder Einzelgespräche führt, wo die einen einmal so reden und die anderen vielleicht anders, je nachdem wer mit ihnen spricht. Man könnte hier stadtteil- und ortsbezogen eine Bürgerbefragung durchführen und dieses Ergebnis dann, je nachdem ob die Straßensperre gewünscht wird oder nicht, als verbindlich heranziehen.

Deshalb schlage ich vor, diesen Antrag der ÖVP durchaus einmal weiter zu prüfen, weiter zu behandeln, dem Verfassungs- und Raumplanungsausschuss zuzuweisen, nämlich mit dem Auftrag, dass dort an einer Bürgerbeteiligung gearbeitet werden soll, und wenn die betroffenen Gewerbetreibenden und Bürger das dann wünschen, die Straßensperre wieder aufgehoben wird. Vielen Dank.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderat Fadl:

„Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Linzer Gemeinderates, bei der Straßensperre, die laut ÖVP überfallsartig gemacht wurde, muss ich Herrn Sonntag sagen, versprochen und nicht gehalten, zugestimmt und vergessen, zugestimmt zu haben.

Zum Zeitpunkt, als dieser Grund 1996 eingelöst wurde, wurde dieser für eine Baustraße eingelöst. Diese Baustraße wurde für die Zeit der Baumaßnahmen errichtet. Ich weiß, Sie waren da draußen schon einige Male, ich glaube, auch zu Fuß unterwegs und nicht nur mit dem Auto. Es geht genau darum, für wen wollen wir diese Straße. Sie wollen eine Durchfahrt für jeden und für alle. Wir sagen, die solarCity haben wir nicht gebaut, weil wir dort eine Autobahn durch wollen, die solarCity haben wir gebaut für Menschen, die da draußen wohnen wollen und dass der Verkehr in einem sehr erträglichen Ausmaß vorhanden ist.

Wir haben – und da gibt es auch diverse Beschlüsse – im Gemeinderat die öffentliche Anbindung der solarCity beschlossen, das haben wir auch in Etappen festgelegt. Wir haben

gemeinsam immer mit der ÖVP beschlossen, dass die Aufschließung des Südparks nicht über die solarCity erfolgt. Das war immer Beschlusslage von Anfang an. Warum hat man die teuren Unterführungen gemacht im Bereich Pichling, warum hat man die gemacht? Die haben wir gemacht für den LKW-Verkehr, für die Aufschließung des Südparks. (Zwischenrufe)

Der nächste Punkt ist, begonnen wurde 1989 mit der Baustraße. Jetzt kann man der SPÖ-Fraktion oder dem Herrn Vizebürgermeister Luger eines vorwerfen: Warum haben wir vom Sommer 2012 bis Herbst 2012 gewartet, wie alle Maßnahmen der Baugeschichte auch in der solarCity abgeschlossen waren? Das Letzte waren die Kindergärten, dass man die Blöcke nicht früher hingegeben hat. Es war nie beabsichtigt, dort eine Durchzugsstraße zu errichten, eine Baustraße.

Das Zweite, Sie sagen immer, das Steuergeld ist das Geld der Linzer Bürger. Da sind wir uns völlig einig. Wissen Sie, was wir getan haben? Am 21. Februar 2012 ist die neue Begleitstraße im Rahmen der Straßenbahntrassierung verordnet worden. Und das Nächste, nur der Vollständigkeit halber, weil Sie wissen, dass man den Menschen nicht Sand in die Augen streut - wo ist man jetzt gerade dabei? Im Rahmen dessen, dass wir da eine neue Straße verordnet haben, ist nicht beabsichtigt, neben der neuen Straße die alte Baustraße aufrechtzuerhalten. Es sind Grundtausche in Planung, im Laufen. Kennen Sie jemanden, der 34 Meter verordnete Straße kaufen möchte? Ich kenne niemanden. (Zwischenrufe, Unruhe)

Aus diesem Grund sage ich ganz ehrlich auch zum Kollegen Wimmer, wir werden uns enthalten. Aber der eine Ansatz ist noch sehr spannend, nur müsste man ehrlich sein und sich überlegen, wen befragen wir. Befragen wir alle, die dort in die Arbeit fahren, da befragen wir unter Umständen, wenn einer von Rohrbach kommt, halb Oberösterreich, oder befragen wir nur die Menschen in der solarCity, die gegen eine Durchfahrt sind, denen die Baustraße jetzt gefällt? Da können die Kleinen mit dem Rad fahren, kann man als Kind skaten lernen, da kann man vielerlei Sachen machen, da kann man spazieren gehen. Herr Sonntag, glauben Sie mir, es gibt noch ein Leben außerhalb des Autos. 800 Meter ist noch kein Marathonlauf. Danke.“ (Beifall SPÖ, Die Grünen)

Gemeinderat Mag. Sonntag:

„Jetzt muss ich mich leider noch einmal zu Wort melden, aber es ist notwendig. Die Baustraße wurde mit dem Geld der Linzerinnen und Linzer gebaut, und den Linzerinnen und Linzern wurde im Flächenwidmungsplan gültig eine Verbindungsstraße zwischen solarCity und Südpark zugesagt, solange die andere Straße nicht gebaut wird. Wir sehen aber nichts davon. Es hat vorher geheißen, im Herbst 2012 wird mit dem Bau der Begleitstraße angefangen. Was ist im Herbst 2012 passiert? Gar nichts. Ende des Herbstes sind die Betonblöcke gekommen, das war die einzige Bautätigkeit, die dort stattgefunden hat.

Das Nächste ist, die um so viel Geld gebauten Unterführungen sind einmal im Jahr gesperrt, weil sie überschwemmt sind. Und dann sitzt der Südpark sozusagen im Trockenen, weil man nicht mehr in den Südpark fahren kann. Und wissen Sie, wie die Berufsfeuerwehr zur letzten Überschwemmung im letzten Jahr hingefahren ist? Über die Baustraße!

Die Blaulichtorganisationen haben schon Bedenken, dass der Südpark nur mehr aus einer Richtung über eine Straße aufgeschlossen ist. Dort gibt es genug Brandmeldeanlagen, da gibt es genug Risiko, es gibt genug Einbrüche dort draußen, weil da am Abend nicht sehr viel los ist. Wir haben alle unseren Wachdienst mittlerweile, den wir uns selbst finanzieren

müssen. Und wenn dann eine Polizeialarmierung ist – die Polizei sitzt in der solarCity, wie fährt die dann? Zum Mona-Lisa-Tunnel über die Bundesstraße über den Pichlinger See wieder in den Südpark? Na vielen Dank. (Beifall ÖVP, Zwischenrufe)

Noch einmal, wir haben damals dem Flächenwidmungsplan zugestimmt. Im Flächenwidmungsplan ist es drinnen, den Unternehmern wurde es zugesagt in der Planungsvisite, die vielen dort draußen einiges Geld kostet, damit man dort schön baut, auch einiges kostet, ihre Betriebe umzudrehen, damit sie am Boulevard schön dort stehen und jetzt ist nichts aus dem Boulevard geworden. Vielen Dank.“ (Beifall ÖVP)

Vizebürgermeister Luger:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, es ist auch bei diesem Antrag und den Wortmeldungen der ÖVP so, dass manches stimmt und manches schlichtweg falsch ist, aber offensichtlich Argumente nur sehr bedingt wirken.

Zuerst zu den Fakten bezüglich des Flächenwidmungsplans. Richtig ist, dass es tatsächlich im Flächenwidmungsplan das Freihalten von Straßen in ganz Pichling sowohl gegeben hat, als auch gibt. Ich darf daran erinnern, dass es in jenem Flächenwidmungsplan, den Herr Sonntag hier angesprochen hat, damals sogar noch eine Straßenbahnverbindung vom Klettfischerweg zum Bahnhof Pichling gab, eine Straßenbahnanbindung, die nicht gekommen ist, weil es Umplanungen gegeben hat, weil der Bahnhof nicht in Pichling, sondern dort, wo er heute ist – ein gemeinsamer Bahnhof Asten/Pichling – neu geschaffen worden ist. Niemand würde wahrscheinlich, wenn er seriös diskutiert, ein Papier, das über 20 Jahre alt ist, als Rahmenbedingung nehmen.

Zweitens, ein Flächenwidmungsplan, in dem Straßen eingetragen sind, sagt nur aus, dass gewisse Straßen für städtebauliche Entwicklungen frei gehalten werden. Was den Südpark in concreto betrifft, ist das Entscheidende nicht der Flächenwidmungsplan – und auch das ist eine demagogische Argumentation -, das ist der Bebauungsplan für den Südpark, wo ich nur dazusagen möchte, den dieser Gemeinderat in einer Ursprungsform und einer überarbeiteten Version ebenfalls einstimmig beschlossen hat.

Sämtliche Ausrichtungen, sämtliche Straßenverknüpfungen im Südpark haben wir hier gemeinsam beschlossen. Das ist das, was die ÖVP heute nicht sagen will, vielleicht der eine oder andere nicht weiß. Aber ich nehme an, wenn man sich vorbereitet und selbst in diesem Stadtteil einen Betrieb führt, dass man zumindest dieses Stück an Wahrheit und Entwicklungsmöglichkeit durchaus weiß.

Zweiter Punkt, es gibt tatsächlich ein Versprechen. Das ist ein Versprechen, das die Stadtregierung zu Beginn der Errichtung der solarCity, und ganz konkret und persönlich der Herr Bürgermeister, in vielen, vielen Diskussionen vor Ort unter Einbindung und vehementer Unterstützung der damaligen ÖVP-Stadtregierungsmitglieder gegeben hat. Die haben zur Bedingung gemacht, dass kein Baustellenverkehr durch den damaligen Stadtteil Pichling - oder das, was manche heute als Alt-Pichling bezeichnen - geht und damals diese Baustraße Bedingung für viele Zustimmungen war. (Zwischenruf)

Kollege Muraier, ich warte gerne, bis Sie ausgesprochen haben oder Sie melden sich. Beides können wir machen, ich bin da nicht so angerührt. Wofür haben Sie sich entschieden? (Heiterkeit) Wortmeldung oder weiterreden, ich will es nur wissen. Wortmeldung, gut.

Es ist somit damals der Bevölkerung versprochen worden, diese Baustraße zu haben. Wie Kollege Fadl schon erwähnt hat, sind die letzten größeren Bauwerke im Sommer 2012 -

nämlich der Kindergarten bei der solarCity - fertig geworden. Und ab Herbst ist die Durchfahrt gemacht worden, so wie es der Bevölkerung versprochen wurde.

Und wenn es stimmt, dass die Politik insgesamt in diesem Land durchaus einen Vertrauensschwund und Probleme in der öffentlichen Akzeptanz hat, weil manches vergessen wird, was man früher sagte, dann ist es demagogisch, jemanden, der sich sehr wohl noch erinnert, was er vor 24 Jahren versprochen hat, vorzuwerfen, dass er heute noch zu seinem Wort steht. Und das ist das, was ich Ihnen wirklich ankreide, denn das ist ein unfaire politischer Stil.

Alle, ob das der Herr Bürgermeister ist oder Mandatarinnen wie Frau Lenger, die schon sehr lange im Geschäft sind und auch bei diesen Beschlüssen schon dabei gewesen sind – im Gegensatz zu manchen von uns, wie auch meiner Person, die damals noch nicht dabei waren –, halten sich jedenfalls an ein Versprechen. Und das ist, glaube ich, korrekt.

Jetzt könnte man sagen - das wäre noch ein korrekter Ansatz in der Diskussion –, nicht wir, die wir auf diesem Beschluss beharren, schaden der Wirtschaft, sind Hardliner, interessiert die Bevölkerung nicht, man könnte auch anders argumentieren, wenn man nicht parteipolitisches Spiel betreiben möchte. Dann könnte man sagen, okay, das war vor 24 Jahren, jetzt hat sich die Situation verändert. Es muss nicht alles, was einmal war, stimmen. Dann könnte man mit der Bevölkerung in einen Diskurs treten und sagen, dieses ehemalige Versprechen wird nicht mehr haltbar sein, weil sich die Welt verändert hat. Da muss man aber sagen, für wen, und da muss man auch sagen, mit welchen Möglichkeiten.

Ich glaube, der Hintergrund – und das würde ich durchaus auch so sehen – ist hier wieder ein Punkt, in dem die ÖVP aus meiner Sicht tatsächlich die Lage in Pichling seriös einschätzt. Die Bevölkerung entlang der Traundorfer Straße und in Gebieten des traditionellen Pichling hat natürlich ein Interesse daran, dass diese Baustraße zur Verfügung steht. Aber warum hat sie denn dieses Interesse? Doch nicht, weil jetzt alles völlig egal ist, weil die Bautätigkeiten nicht mehr sind, aber, weil es einen Schleichverkehr gibt. Und dasselbe fürchtet die Bevölkerung in der solarCity, dass mit dieser Baustraße der seit Jahren illegal rollende Schleichverkehr verstärkt in der Heliosallee geführt wird. Also beide Bevölkerungsgruppen in Pichling haben objektiv ein Problem mit und ohne Baustraße.

Was ist Aufgabe einer seriösen Politik? Dann wäre es vielleicht eine Möglichkeit zu suchen, eine Lösung zu schaffen, die weder die einen völlig benachteiligt, noch den anderen alles ermöglicht, also einen klassischen Kompromiss zu finden. Und dieser Kompromiss ist aus meiner Sicht nur dann möglich, wenn wir den Schleichverkehr, der über die Pichlinger Straße in die Traundorfer Straße rollt beziehungsweise auch über die Baustraße, über die Auhirschgasse in die Heliosallee fließt und von dort inzwischen nicht nur bloß über die Heliosallee, sondern wie die Verkehrsbeobachtungen meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter klar zeigen, inzwischen sogar über die Moosfelderstraße zum Knoten Traundorfer Straße/Heliosallee führen und dann zum Tunnel, in den Griff bekommen.

Wir lösen das Problem nicht mit der Aufrechterhaltung der Baustraße, nicht mit der aus vielen juristischen Gründen korrekterweise erfolgten Sperre dieser Baustraße, sondern nur dann, wenn es gelingt, diesen Verkehr, der, wenn es auf der B1 staut, Pichling durchquert, mit anderen Maßnahmen, auch mit rigiden Kontrollen der Bundespolizei besser in den Griff zu bekommen. Das wäre die eine Lösung, mehr Kontrollen, und die andere - durchaus auch zu überlegen –, mit Einfahrtsverboten zu arbeiten.

Aber den einen zu sagen, wir helfen euch, wenn diese Straße bleibt, und bei den anderen Stimmung zu machen, das ist das, was ich der ÖVP ankreide. Es gibt hier keinen wirklich korrekten Lösungsvorschlag von Ihnen, sondern Sie versuchen, die anderen, die eine andere Meinung haben, hier ins Eck zu drängen, was wirklich aus meiner Sicht sowohl für die Fraktion der Grünen, als auch für die Sozialdemokraten unkorrekt ist.

Ich ersuche, bei diesem Antrag der ÖVP sich zumindest der Stimme zu enthalten und wir werden uns bemühen, eine andere Lösung zu finden, die das Kernproblem, und das ist der Schleichverkehr, in den Griff bekommt und nicht auf parteipolitischem Niveau Pseudolösungen vorgaukelt.“ (Beifall SPÖ)

Bürgermeister Dobusch:

„Nachdem ich anscheinend der Einzige bin, der von Anfang an bei dieser Sache dabei war, muss ich mich zu Wort melden. Eines ist völlig klar und unbestritten, dieser Teil, diese Privatstraße ist immer eine provisorische gewesen, und die ist nämlich äußerst schlecht gemacht worden, weil sie provisorisch gemacht wurde. Wir haben sogar in Verträgen, in Grundstückskäufen das Recht, uns mit Grundeigentümern für die Straße, die wir dann endgültig errichten, wenn man dort baut, abzutauschen. Das steht nämlich sogar in dem Vertrag. Jeder hat gewusst, dass dieses Stück Straße nie bleiben wird. Auch Sie, Herr Sonntag, haben das gewusst. (Zwischenruf)

Und jetzt gibt es Schreiben - ich kann Ihnen wirklich die Schriftstücke zeigen -, wo Bevölkerungsteile von Pichling vehement die Schließung dieser Privatstraße fordern, wie wir es versprochen haben nach Fertigstellung der Baumaßnahmen. Diese Schließung wurde eingefordert, auch schriftlich. Ich könnte Ihnen die Namen sagen, wer das da draußen in Pichling immer auch ist. Mit Recht, sage ich, weil tatsächlich denen versprochen worden ist, dass diese Straße einmal wegkommt. (Zwischenrufe)

Und jetzt gibt es diese Begleitstraße neben der Straßenbahn, die in eine Umkehrschleife mündet nach den derzeitigen Plänen, wie es, glaube ich, auch im Gemeinderat beschlossen worden ist und die auch keine Verbindung über diese Straße vorsieht. Ich sage, es gibt wirklich ein Problem, nämlich dass die Menschen, die im Industriepark arbeiten, natürlich über die offene Privatstraße teilweise in die Geschäfte dort gefahren sind - z.B. zum Trafikanten, ins Wirtshaus, zum Spar und dort auf diesem kurzen Wege natürlich diese Geschäfte viel leichter erreicht haben, das ist überhaupt keine Frage. Eigentlich ist die schlechteste Lösung in dem Fall, abzusperrern und die Straße sozusagen als Straße zu lassen und nur für Radfahrer und Fußgänger benutzbar zu halten.

Es gibt einen ganz einfachen Grund dafür, weil unsere Mitarbeiter im Tiefbauamt gespart haben. Ich habe eigentlich gemeint, reißt die Straße heraus, nehmt das Material, das sie wieder verwenden wollen, als Untergrundmaterial für den Bau der Begleitstraße der Straßenbahn. Wir haben aber gewusst, dass die Straßenbahn und die Begleitstraße nicht so schnell kommen. Wir können sie nur absperren, sonst würden wir 50.000 Euro in den Sand setzen und das wollten sie auch nicht. Eigentlich ist das ein Argument, dem ich natürlich nicht entgegen habe können, aber mir war bewusst, politisch ist das das Schlechteste, Betonpflocke hinzugeben, die Straße zu lassen und dann sozusagen das Fahren zu verunmöglichen.

Übrigens, wer draußen ist, weiß, was die Leute machen, die fahren um die Betonblöcke auf beiden Seiten herum und fahren sozusagen auf der Straße, weil ich das draußen gesehen habe. (Zwischenruf) Ich weiß nicht, wie tief jetzt schon die Rinnen sind. Wie ich das letzte Mal draußen war, muss ich sagen, bin ich das selbst gefahren, weil ich wissen wollte, wie

das eigentlich geht, wie machen die Leute das überhaupt, weil darüber haben sich auch Leute bei mir beschwert. Und dann bin ich selbst einmal privat hinausgefahren und habe mir das Ganze einmal vor kurzem angeschaut und daher kenne ich mich ein bisschen da draußen aus, was da wirklich los ist.

Aber in letzter Konsequenz haben wir als Gemeinderat versprochen, dass wir keinen Individualverkehr, keine Autofahrten zwischen der solarCity und zwischen dem Industriepark wollen. Das ist zugesagt worden und das haben alle gewusst. Zwischen dem Masterplan Rainer, der natürlich nie die Tiefenschärfe gehabt hat, und dem, was dann herausgekommen ist, ist natürlich grundsätzlich eine Welt dazwischen. Ich weiß nicht, vielleicht gibt es andere Lösungen. Wir haben z.B. einmal die Lösung bei der Traundorferstraße oben mit dem Schranken gemacht, damit die Bewohner zu ihren Parkplätzen kommen können etc.

Das, was wirklich das Problem ist, ist der Durchzugsverkehr, der dort passiert und den die Leute in der solarCity berechtigterweise nicht wollen. Und dazu hat es die Zusage gegeben, sobald die Baumaßnahmen sind, sperren wir das Ganze ab.

Jetzt sind wir in dem Dilemma, dass das natürlich den Firmen im Südpark überhaupt nicht passt, das verstehe ich, aber es ist auch so, dass das von vornherein so versprochen worden ist, dass das gemacht wird. Und jetzt zu sagen, das tun wir nicht, das wäre auch unkorrekt. Es ist ein Dilemma, wo man es nie beiden Seiten Recht machen kann, das ist für mich völlig klar.“ (Beifall SPÖ)

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Stadträtin Wegscheider:

„Ich bitte trotzdem noch einmal, das privatrechtlich von den Fachdienststellen prüfen zu lassen, welche Möglichkeiten es gäbe, dass man diese Baustraße entweder zur öffentlichen Straße erklärt und vielleicht doch, dass man - natürlich will ich keinen Durchzugsverkehr, das möchte ich hier ganz klar zum Ausdruck bringen, aber auf dem Schild jetzt steht ‚Privatstraße, Benützung verboten‘ - ein Schild ‚Privatstraße, Benützung verboten, ausgenommen PKW-Anliegerverkehr zur solarCity und zum Südpark‘ aufstellt. Ich ersuche, einen Willen zu zeigen, denn ich weiß schon, dass das eine Baustraße ist, aber das Versprechen an die Bürger war, dass es dann eine andere Straße geben wird.

Ich möchte festhalten, dass wir keineswegs eine Stimmung in diesem Stadtteil gemacht haben, sondern wir die Stimme der Anliegen der Bewohner, Unternehmer und Nahversorger sind. Aber wir waren nicht die, die gesagt haben, dass müsst ihr machen, im Gegenteil, es gibt bereits 1000 Unterschriften.

Frau Gemeinderätin Lenger, auch ich habe von den Bewohnern unterschiedliche E-Mails erhalten. Da gibt es Bewohner, die das bedauern, und es gibt Bewohner, die das nicht bedauern. Dieses eine E-Mail habe ich auch bekommen. Ich habe auch mit dieser Person heute telefoniert und der hat mir das mit dem Schulweg berichtet, dass da so schnell gefahren wird. Auch da könnte man eine Geschwindigkeitsbeschränkung einsetzen, da müsste viel mehr kontrolliert werden. Also es gäbe Möglichkeiten, wenn ein Wille da wäre.

Wir machen Kommunalpolitik, Stadtteilpolitik und ich mache das gerne, dass ich hier das Sprachrohr für die bin, die an uns herangetreten sind. Ich ersuche um Zustimmung.“ (Beifall ÖVP)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag und anschließend über die Zuweisung des Antrages an den Verfassungs-, Raumplanungs- und Baurechtsausschuss abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmhaltung der Fraktionen von SPÖ (26) und Die Grünen (6) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Die Zuweisung des Antrages an den Verfassungs-, Raumplanungs- und Baurechtsausschuss wird bei **Stimmhaltung der Fraktionen von SPÖ (26) und Die Grünen (6) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.** (Zwischenrufe)

Gemeinderat Mag. Baier zur Geschäftsordnung:

„Herr Stadtrat Mayr, ich kann Sie beruhigen, ich habe noch keinen Herzschrittmacher. Ich erfreue mich bester Gesundheit und ich würde mich auch darüber freuen, wenn Sie mir das Gleiche wünschen würden. Ich umgekehrt tue es jedenfalls schon. Ich wünsche Ihnen alles Gute und dass Sie lange gesund bleiben und noch ein langes Leben vor sich haben.“ (Zwischenruf)

Damit zur Geschäftsordnung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich ersuche den Magistratsdirektor oder den Präsidialdirektor, keine Ahnung, wer von den beiden hier noch besser geeignet ist, uns Auskunft darüber zu geben, ob es möglich ist, einen Antrag zuerst abstimmen zu lassen und wenn er keine Mehrheit erhält und dann sozusagen von der Tagesordnung eigentlich verschwunden ist, wenn man es so sagt, noch einmal abzustimmen, um ihn dann einem Ausschuss zuzuweisen, ob das nach der Geschäftsordnung und nach dem Statut, nach den rechtlichen Grundlagen möglich ist.“

Bürgermeister Dobusch:

„Das ist eine Frage zur Geschäftsordnung des Gemeinderates, die werden sich die Herren überlegen.“ (Zwischenrufe)

Gemeinderat Hein berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

I 3 Kontrollamtsberichte an zuständige Ausschussmitglieder und Aufsichtsratsmitglieder automatisch übergeben

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, das Kontrollamt prüft den Magistrat Linz, die Unternehmen, an denen die Stadt zu mindestens 50 Prozent beteiligt ist sowie die zweckmäßige Verwendung von städtischen Förderungen.

Das Ergebnis dieser Prüfung ist der Prüfbericht, der den Sachverhalt darstellt und gegebenenfalls Empfehlungen für aufgezeigte Mängel ausspricht. Die einzelnen Prüffelder fallen aber im Regelfall in die Zuständigkeiten anderer Ausschüsse oder im Falle einer Prüfung eines Unternehmens, an dem die Stadt mindestens zu 50 Prozent beteiligt ist, in die Zuständigkeit des jeweiligen Aufsichtsrates.

Leider ist es nicht selbstverständlich, dass Prüfberichte des Kontrollamtes den betroffenen Ausschüssen oder Aufsichtsräten automatisch vorgelegt werden – dies geschieht nur in Ausnahmefällen. Aber gerade die in den Prüfberichten aufgelisteten Kritikpunkte und die durch das Kontrollamt ausgesprochenen Empfehlungen sind notwendige Informationen für die zuständigen Ausschuss- und Aufsichtsratsmitglieder, damit sie ihrer Kontrollfunktion im Sinne der Linzer und Linzerinnen nachkommen können. Es macht keinen Sinn, dass diese

Berichte hinter verschlossenen Türen ausschließlich im Kontrollausschuss besprochen werden und den Mandataren, die beim Aufarbeiten der Kontrollamtsempfehlungen wirklich einwirken könnten, nicht vorgelegt werden und auch von deren Inhalt nichts erfahren dürfen.

In diesem Zusammenhang stellt die Linzer FPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„dass die Geheimhaltung der Prüfberichte des Kontrollamtes für die zuständigen Ausschuss- und Aufsichtsratsmitglieder - soweit rechtlich möglich - aufgehoben wird und ihnen die Prüfberichte automatisch vorgelegt werden.“

Zur vorigen Diskussion möchte ich noch eine kurze Anmerkung machen. Ich bin schon etwas irritiert ob der juristischen Beurteilung seitens des Präsidiums, Personal und Organisation, denn am 24. Mai 2012 in der 25. Gemeinderatssitzung habe ich einen Antrag eingebracht mit dem Titel ‚Mehr Transparenz in der Kontrolle‘. Dieser Antrag ist weitergehend gewesen als mein heutiger und auch als der erste Antrag der ÖVP. In diesem Antrag habe ich gefordert, dass sämtliche Gemeinderatsberichte öffentlich gemacht werden. Damals hatten wir keine Diskussion, nur den Vermerk auf dem Antrag, dass hier eine klassifizierte Mehrheit notwendig ist. So gesehen wird die Geschäftsordnung anscheinend je nach Laune unterschiedlich ausgelegt. (Zwischenrufe)

Ich bin aber trotzdem zufrieden, dass sich dieses Mal die SPÖ zumindest zu der Thematik zu Wort gemeldet hat, weil damals, im Mai 2012 hat sich die SPÖ als einzige Partei zu diesem Antrag hier im Gemeinderat ohne Kommentar enthalten.

Ich bitte um Annahme meines Antrages.“ (Beifall FPÖ)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Ing. Hofer:

„Herr Bürgermeister, meine sehr geschätzten Damen und Herren, die ÖVP-Linz kann an diesem Antrag durchaus Gefallen finden. Es würde für uns Sinn machen, wenn Kontrollamtsberichte, die ein bestimmtes Unternehmen betreffen, dann den Aufsichtsräten dieses Unternehmens zur Verfügung gestellt werden. Immerhin sind auch Sie die obersten Aufsichtsorgane dieser Unternehmen und haben eine entsprechende Verantwortung zu tragen. Das Gleiche gilt auch für die zuständigen Ausschüsse. Hier könnte unserer Ansicht nach durchaus mehr Transparenz einkehren.

Zum Vergleich haben wir uns darüber informiert, wie das Zusammenwirken des Oberösterreichischen Landesrechnungshofes mit den jeweiligen Klubs und der Öffentlichkeit funktioniert. Der Landesrechnungshof, meine Damen und Herren, stellt laufend seine geplanten Prüfungen und die in Prüfung befindlichen Themen ins Internet. Wenn ein Bericht fertig ist, gibt es folgende Vorgehensweise:

Am ersten Tag zu einer bestimmten Stunde erfolgt eine Information an die Klubs, dass ihnen am nächsten Tag ein Prüfbericht zu einem gewissen Thema übermittelt wird. Am nächsten Tag erhalten die Klubbüros und das Büro des Landtagspräsidenten den Prüfbericht übermittelt. Wiederum am nächsten Tag zu einer bestimmten Stunde erfolgt dann eine Veröffentlichung des Prüfberichtes auf der Homepage des Landesrechnungshofes

sowie eine entsprechende Presseaussendung. In der Folge kommt der Prüfbericht auf die Tagesordnung des nächsten Kontrollausschusses. Die Prüfberichte sind öffentlich zugänglich und die Veröffentlichung der Berichte ist somit schon vor der Behandlung im Kontrollausschuss gegeben.

Wir sehen daher, was den Stadtrechnungshof betrifft, die Notwendigkeit von mehr Transparenz. Wir können, wie gesagt, den Argumenten dieses Antrages folgen, wonach den zuständigen Aufsichtsgremien die Kontrollamtsberichte zugehen, damit diese auch ihre Verantwortung wahrnehmen können. Ich danke für die Aufmerksamkeit.“ (Beifall ÖVP)

Bürgermeister Dobusch:

„Herr Gemeinderat Hein, ich schlage vor, den Antrag dem Verfassungsausschuss zuzuweisen. Wir müssen uns trotzdem an die Gesetze halten. Ich glaube, dass in letzter Konsequenz - ohne alles besser wissen zu müssen oder zu können - hier gesetzliche Änderungen notwendig sind, wenn wir das tun, daher muss man das Ganze beraten. Wenn man das will, dann muss man wahrscheinlich gewisse Veränderungen machen auf gesetzlicher Basis, anders wird das nicht gehen.“

Gemeinderätin Roschger:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, ich wiederhole das noch einmal, was ich vorher gesagt habe, weil ich nicht weiß, ob das noch in Erinnerung ist.

Mein Anliegen war es, alle diese Anträge, also auch diesen, wo es darum geht, festzustellen, welche Personen zu welchem Zeitpunkt Einsicht oder Diskussionen zu Kontrollamtsberichten haben, zu klären. Deswegen bin ich mit der Zuweisung einverstanden.

Ich möchte nur einen Satz zum Kollegen Hofer sagen. Es ist wirklich inhaltlich nicht korrekt, den Landesrechnungshof mit dem Kontrollamt der Stadt Linz zu vergleichen, weil es von der Struktur her etwas anderes ist. Das Kontrollamt ist kein Rechnungshof in dem Sinn. Also der Vergleich hinkt und ist nicht wahr und das wissen Sie wahrscheinlich selber. Nur so viel zur Klarstellung. Da haben wir andere rechtliche Grundlagen, deswegen ist der Vergleich nicht korrekt. Ich ersuche noch einmal, das im Verfassungsausschuss zu klären und bitte auch um Zuweisung.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Hein:

„Es ist zwar nicht sehr erfreulich, aber wir werden mit der Zuweisung leben müssen. Lieber die Zuweisung, als der Fall des Antrages.

Ich möchte aber trotzdem in Erinnerung rufen, dass alle Ausschussmitglieder und alle Aufsichtsräte an dieselbe Verschwiegenheit gebunden sind wie die Kontrollausschussmitglieder. Diese Aufsichtsräte und diese Ausschussmitglieder können wirklich diese Probleme dann bearbeiten.

Nichtsdestotrotz, ein Ausschuss kann sehr geduldig sein, vielleicht manchmal sogar geduldiger als der Antragsteller. Deswegen werde ich, und das kündige ich heute schon an, in der nächsten Gemeinderatssitzung eine entsprechende Resolution an das Land Oberösterreich richten, die auch die Satzung zu korrigieren hat, damit wir nicht jedes Mal diese Diskussionen haben und wir, sofern es im Verfassungsausschuss negativ ausgehen sollte, sozusagen einen Plan B haben. Danke.“ (Beifall FPÖ)

Der Vorsitzende lässt nun über die Zuweisung des Antrages an den Verfassungs-, Raumplanungs- und Baurechtsausschuss abstimmen.

Der Antrag wird **einstimmig an den Verfassungs-, Raumplanungs- und Baurechtsausschuss zugewiesen**.

Bürgermeister Dobusch:

„Da Herr Magistratsdirektor Dr. Wolny nun auf die Fragen antworten kann, bitte ich ihn darum.“

Magistratsdirektor Dr. Wolny:

„Ich sitze jetzt seit ungefähr zwölf Jahren im Gemeinderat und es ist das erste Mal, dass wir das Mikrofon benutzen. Also es ist durchaus ein denkwürdiger Tag in dem Fall für mich.

§ 32 GOGR, Abs. 2: Liegen zu einem Verhandlungsgegenstand verschiedene Anträge vor, so verkündet der Bürgermeister, in welcher Reihenfolge er die Anträge zur Abstimmung bringen wird. In der Regel sind die Abänderungs- und Zusatzanträge vor dem Hauptantrag usw. zu bringen, wenn sie weitergehender als der Hauptantrag sind.

In dem Fall haben wir die Besonderheit, dass in dem Antrag betreffend Kontrollamtsbericht ersucht wird, den Kontrollamtsdirektor umgehend einer Sitzung des Gemeinderates beizuziehen (so weit möglich schon am Tag der Beschlussfassung). Das heißt, das ist der weitergehende Antrag. Wenn der Herr Bürgermeister den Antrag abstimmen lässt und er wird abgelehnt, sozusagen der volle Text, dann ist die Alternative der geringere Inhalt und das geringere Ergebnis, weil noch etwas folgen muss - die Zuweisung zur Vorberatung.“

Bürgermeister Dobusch:

„Es gibt außerdem noch den § 19 Abs. 2 Statut der Landeshauptstadt Linz und da steht noch viel klarer drinnen, was da herinnen meine Aufgabe ist.

Die Abstimmung über verschiedene Anträge zu einem Verhandlungsgegenstand ist derart zu reihen, dass der Wille der Mehrheit des Gemeinderates durch die Abstimmung eindeutig zum Ausdruck gebracht werden kann.

Das Wichtige ist, dass man so abstimmt, dass eigentlich das, was der Antragsteller wollte, beurteilt wird. Und, das sage ich jetzt in dem Fall, eine Abstimmung über einen Antrag ist bereits die Erledigung. Die Zuweisung ist das geringere. Zuerst ist das Umfassende abzustimmen und dann ist die Zuweisung abzustimmen, so wie es jetzt beim letzten Fall war. Und ich habe auch noch nie ein Problem gehabt hier herinnen, 25 Jahre nicht. Ich habe immer um die Zuweisung gefragt, stimmen Sie der Zuweisung zu, dann haben wir über das andere gar nicht abgestimmt.

Manchmal hat der Antragsteller darauf beharrt, abzustimmen über den Antrag, weil er die Zuweisung nicht will und dann ist auch über den Antrag abzustimmen, weil er die Zuweisung nicht will, Herr Kollege. Der Kollege Watzl hat die Zuweisung nicht gewollt und daher hat man über den Antrag auch abstimmen müssen. Wenn er die Zuweisung gewollt hätte, hätte ich auch nicht abgestimmt. Ich will mir nur nicht nachsagen lassen, dass ich sozusagen den ursprünglichen Antrag, auf den der Antragsteller beharrt, nicht abstimmen lasse. Das habe ich noch nie gemacht. Ich habe immer diese Vorgangsweise zur vollsten Zufriedenheit aller Gemeinderatsmitglieder bis jetzt gemacht, das möchte ich sagen und das ist völlig klar, glaube ich. (Zwischenrufe) Wir diskutieren jetzt hier nicht. Ich habe Ihnen das jetzt beantwortet.“ (Zwischenrufe, Heiterkeit)

Bürgermeister Dobusch übergibt den Vorsitz an Vizebürgermeisterin Dolezal.

Gemeinderat Ortner berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

I 4 Ausgliederung städtischer Unternehmen ohne steuerliche Nachteile rückgängig machen

und führt aus:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, der Nationalrat hat unlängst die steuerlichen Sonderregelungen für die einstigen Ausgliederungen öffentlicher Unternehmungen künftig auch für Wiedereingliederungen möglich gemacht. Das Ganze ist erfolgt im Zusammenhang mit der Umsetzung des so genannten Konsolidierungspaktes. Es wurde hier ein Vorschlag unterbreitet für eine Steuer- und Gebührengleichstellung der Rückgängigmachung von Ausgliederungen. Diese wurde erforderlich, da im Rahmen dieses umfangreichen Maßnahmenpaketes die Vorsteuerabzugsmöglichkeit für kommunale Betriebe weggefallen ist.

Das ist natürlich eine sehr grundlegende Veränderung dieser Wegfall der Vorsteuerabzugsmöglichkeit und macht es notwendig, dass sich die Stadt Linz intensiv mit dem Thema beschäftigt, ob es tatsächlich für die Zukunft zielführend ist, die städtischen Unternehmen oder Teile der städtischen oder einige städtische Unternehmen weiterhin in privatwirtschaftlichen Rechtsformen organisiert zu belassen oder ob es nicht sinnvoll ist, das eine oder andere Unternehmen wieder in den städtischen Bereich einzugliedern, also die Ausgliederung ohne Nachteile, ohne Belastungen rückgängig zu machen.

Es wäre hier ein weiterer Vorteil gegeben hinsichtlich der Transparenz, hinsichtlich einer strafferen, schlankeren Organisationsstruktur. Wir würden uns auch erwarten, dass in diesem Zusammenhang hier Dinge wie Cash-Pooling, mehr Kostentransparenz, Einsparungsmaßnahmen etc. bei dieser Rückeingliederung in den städtischen Bereich durchaus bei dem einen oder anderen Unternehmen mit Vorteilen verbunden wäre. Die freiheitliche Gemeinderatsfraktion stellt daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließt:

„Die zuständigen Stellen werden beauftragt, die Auswirkungen der vom Nationalrat am 5. Dezember beschlossenen Gesetzesänderung auf die ausgegliederten Unternehmen der Stadt Linz zu evaluieren und auf dieser Grundlage eine mögliche Wiedereingliederung zu prüfen. Im Falle einer positiven Bewertung ist dem Gemeinderat ein Antrag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Bedeckungsvorschlag: Die Bedeckung anfallender Kosten ist durch Umschichtungen im Voranschlag 2013 sicherzustellen.’

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.“ (Beifall FPÖ)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Fediuk:

„Sehr geehrte Damen und Herren, bei der Wiedereingliederung von ausgegliederten Unternehmen in den städtischen Bereich wird der Kostenfaktor eine entscheidende Rolle spielen. Die Frage stellt sich, ob die städtische Finanzabteilung die Wiedereingliederung durchführen kann oder ob eine externe Wirtschaftsprüfungskanzlei dafür beizuziehen ist.

Bei der Wiedereingliederung ist auch ein Gesamtpaket möglich oder es bedarf einer Prüfung von Fall zu Fall und wird bei der Möglichkeit, nur Teile in den Hoheitsbereich unserer Stadt wieder einzugliedern und Teile, aus irgendwelchen Gründen auch immer, ausgegliedert zu lassen, das Ganze nicht viel übersichtlicher und kontrollierbarer.

Sie sehen, für uns lässt dieser Antrag viele Fragen offen und deshalb stellt die ÖVP-Linzen Antrag, den vorliegenden Antrag an den Finanzausschuss zuzuweisen.“ (Beifall ÖVP)

Stadtrat Mayr:

„Ich glaube, dass der Vorschlag, diesen Antrag dem Finanzausschuss zur Beratung zuzuweisen, ein richtiger ist, weil die Materie sehr komplex ist. Es geht nämlich in Wahrheit gar nicht primär darum, ob irgendwelche Gebühren auf Grund der Beschlussfassung im Nationalrat im Dezember nicht zu zahlen sind, sondern es geht um viel zentralere Punkte, nämlich welche Auswirkungen hat eine Wiedereingliederung für jene Teile, zum Beispiel bei der Immobiliengesellschaft, die bis zum Vorjahr zur Gänze vorsteuerabzugsberechtigt waren, zum Beispiel Schulbauten, wo jetzt kein Vorsteuerabzug mehr besteht, und löst eine Eingliederung dieser Immobilien in die Stadt und damit ein rechtlicher Übergang Probleme aus, was die Vorsteuer, die abgezogen wurde, betrifft.

Das heißt, wenn man im zehnjährigen Zeitraum zum Beispiel vier Jahre in der Immobiliengesellschaft war und dann wieder in die Stadt geht, muss geprüft werden, ob man dann nicht sechszehntel der vorher abgezogenen Vorsteuer wieder an die Finanzbehörden zu refundieren hat. Also das ist ein zentraler Punkt, da sind die Gebührenbefreiungen, die wir jetzt haben, von der Auswirkung her auf betraglicher Natur weit geringer.

Und der zweite Punkt ist natürlich, wie schaut das mit den Darlehen aus – denn Darlehensnehmerin sind beide Immobiliengesellschaften -, müssen dann neue Darlehen seitens der Stadt aufgenommen werden, weil es zum Beispiel die Immobiliengesellschaften dann nicht mehr gibt. Welche Auswirkungen hat das auf die Zinssätze? Wir leben derzeit in einer Phase, wo die Aufschläge auf den Euribor bei den Banken steigen.

Das sind finanziell die zwei zentralen Auswirkungen, was ist mit der Vorsteuer und wie schaut das mit dem Darlehensmanagement aus. Und daher würde ich ersuchen, diesem Zuweisungsantrag zuzustimmen, weil es da um sehr diffizile Problematiken geht, was die Vorsteuer betrifft, was Darlehensfragen betrifft, dass man hier eine ordentliche Expertise hat, welche finanziellen Auswirkungen bestimmte Strategien und bestimmte Wege dann tatsächlich für die Stadt als Eigentümerin haben.

Ich glaube, dass die Zuweisung ermöglicht, dass sich die Mitglieder des Finanzausschusses regelmäßig mit diesem Thema beschäftigen und von der Verwaltung berichten lassen können, so dass in den Diskussionsprozess die Vertreter der politischen Fraktionen im Finanzausschuss unmittelbar eingebunden sind.“

Vizebürgermeisterin Dolezal:

„Herr Gemeinderat Ortner, nachdem Sie der Antragsteller sind, sind Sie mit einer Zuweisung einverstanden?“

Gemeinderat Ortner:

„Jawohl!“

Die Vorsitzende lässt nun über die Zuweisung des Antrages an den Finanz- und Hochbauausschuss abstimmen.

Der Antrag wird **einstimmig dem Finanz- und Hochbauausschuss zugewiesen.**

Stadtrat Wimmer berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag:

I 5 Evaluierung und bedarfsgerechte Anpassung der erhöhten Parkgebühren

und führt aus:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Damen und Herren, es wurde in der letzten Gemeinderatssitzung im vergangenen Jahr beschlossen - mit den Stimmen der SPÖ und der Grünen, die hier ausschlaggebend waren -, dass sich die Linzer Parkgebühren verdoppelt haben und ab sofort eine Stunde Parken statt einem, zwei Euro kostet und man muss natürlich diesen Beschluss einmal soweit und so wie er jetzt steht, zur Kenntnis nehmen.

Ich möchte aber dem Gemeinderat vorschlagen, heute ein begleitendes Maßnahmenpaket zu beschließen, da man die Auswirkungen dieses Beschlusses überhaupt nicht abschätzen kann, denn das Gebührenniveau wurde in Linz von einem mittleren Niveau - im Vergleich mit anderen Landeshauptstädten - auf das höchste Niveau aller Landeshauptstädte, auf das selbe Niveau der Bundeshauptstadt Wien erhöht, und deshalb schlage ich vor, dass man sich die Sache genauer ansieht und das evaluiert.

Und zwar würde mir das insofern vorschweben, dass die betroffenen Personen, insbesondere die Gewerbetreibenden, im Bereich dieser Gebührenzonen eingebunden werden, bis zum Ende des ersten Halbjahres die Auswirkungen laufend ausgewertet werden, ob hier Rückgänge in der Kundenfrequenz, Rückgänge in den Umsätzen oder was auch immer, andere Nachteile für die Wirtschaft, für die betroffenen Menschen, aber auch für Arbeitsplätze zu verzeichnen sind.

Man kann in weiterer Folge auf Grundlage dieser Auswertung entweder feststellen, dass die Auswirkungen sich in Grenzen und in überschaubarem Rahmen halten, dann kann man es so belassen. Andernfalls kann sich natürlich aber herausstellen - wovon ich persönlich ausgehe, aber noch wissen wir es nicht sicher -, dass diese Ergebnisse sehr negativ sind, dass sie das Wirtschaftsleben in Linz beeinträchtigen und somit die Stadt und die Steuereinnahmen insgesamt schwächen. Dann wären auf Grundlage dieser Auswertungen Anpassungen vorzunehmen, nämlich bedarfsgerechte Anpassungen, sodass dieses Gebührenmodell womöglich in zwei Zonen geteilt werden könnte, wie das in Graz der Fall ist, dass man eventuell diese Änderung wieder zurücknimmt oder andere Ausnahmeregelungen trifft. Da muss man dann darüber reden, wenn es soweit ist.

Als ersten Schritt schlage ich aber vor, nicht nur einfach zu sagen, Schwamm drüber, die Sache ist jetzt beschlossen, was daraus wird, interessiert uns nicht. Wir möchten da einen anderen Weg gehen, nämlich den Weg mit den Linzerinnen und Linzern, mit den betroffenen Wirtschaftsbetrieben und möchten hier eine Evaluierung und eine bedarfsgerechte Anpassung des neuen Parkgebührenmodells festlegen und ersuchen den Gemeinderat heute um Zustimmung.

Der Gemeinderat beschließe:

„Die zuständigen Stellen werden beauftragt, die Auswirkungen der Parkgebührenanhebung in der ersten Jahreshälfte 2013 zu beobachten und statistisch auszuwerten. Bei dieser Evaluierung sollen auch die Unternehmer ‚direkt-demokratisch‘ einbezogen werden. Bestätigt das Ergebnis spürbare Schäden für die Linzer Wirtschaft, müssen die Gebühren neu angepasst werden.

Bedeckungsvorschlag: Die Bedeckung anfallender Kosten ist durch Umschichtungen im Voranschlag 2013 sicherzustellen.'

Ich glaube, es ist völlig in Ordnung, zunächst diesen Mehrheitsbeschluss vom Dezember zur Kenntnis zu nehmen. Bitte erlauben Sie uns aber auch diesen Einwand, dass wir begleitend die Auswirkungen überwachen und dann feststellen wollen, ob auf Grundlage der Ergebnisse aus dem ersten Halbjahr 2013 Änderungen oder Anpassungen erforderlich sind. Das wäre fair und gerecht für die Linzerinnen und Linzer und für die betroffenen Wirtschaftsbetriebe. Ich bitte um Zustimmung.“ (Beifall FPÖ)

Wortmeldung Stadträtin Wegscheider:

„Sehr geehrte Damen und Herren, die Parkgebührenverdoppelung gibt es seit letztem Wochenende, die Ausdehnung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen auf 15 Uhr an einem Samstag gibt es, und es gibt viel Unmut bei den Parkern und Parkerinnen, sei es bei den Bewohnern und den Besuchern unserer Stadt und den Wirtschaftstreibenden. Die Kalkulation stimmt, glaube ich, nicht, wenn wir die Parkgebühren verdoppeln, dass wir dann am Jahresende tatsächlich eine Verdoppelung im Budget haben bei den Einnahmen für die Parkraumbewirtschaftung.

Daher bin ich für die Evaluierung sehr zeitnah, dass man einmal abschätzen kann, welche Auswirkungen hat die Verdoppelung der Parkgebühren, wie viele Parkstunden und wie viele Einnahmen gibt es. Wir haben das schon in vergangener Zeit erkennen können, das war im Jahr 2000, dass die Parkgebühren um 40 Prozent erhöht wurden und da hat man auch angenommen, dass die Einnahmen um 40 Prozent steigen und das war dazumal auch nicht der Fall.

Mir ist klar und bewusst, dass die Auswirkungen auf die Wirtschaft quantitativ nicht ganz einfach zu erheben sind, weil gravierende Auswirkungen wahrscheinlich erst sehr langfristig eintreten, aber es ist schon klar, dass die Problematik vor allem jener Geschäfte abseits der Landstraße, die zum Teil jetzt schon ums Überleben kämpfen, durch diese Parkgebührenverdoppelung noch massiv verschärft wird. Und es wird sicherlich zu Geschäftsschließungen kommen und die Parkgebührenerhöhung trägt auch dazu bei und das können wir nicht einfach wegdiskutieren.

Die langfristigen negativen Auswirkungen können auch sein, wenn Investoren in Geschäftsflächen sich nun verstärkt wieder auf andere Standorte konzentrieren und die Investoren ihr Geld dann lieber in den Ausbau und in die Revitalisierung und in die Verschönerung der Geschäftsflächen außerhalb des Stadtgebietes oder außerhalb der Kurzparkzone investieren. Diese Folgen wird man nicht so sehr auf der Landstraße sehen, das sind die 1A-Lagen, die werden immer obenauf schwimmen, aber es gibt auch die mittleren und die schlechteren Lagen, die zwischen der Konkurrenz der 1A-Lagen und der außerstädtischen Geschäftslagen oder den riesengroßen Geschäftszentren zerrieben werden. Mit der Verdoppelung der Parkgebühren auch abseits der Landstraße trägt die Stadt Linz zu dieser sehr negativen Entwicklung bei.

Ich möchte noch abschließend sagen, dass wir die Folgen der Parkgebührenverdoppelung und der massiven Erhöhung der Parkstrafen wirklich ausführlich diskutieren sollten und den Mut haben sollten, hier wieder Änderungen vorzunehmen, wenn wir sehen, dass die Schäden einfach zu groß sind. Die ÖVP wird daher dem Antrag zustimmen.“ (Beifall ÖVP)

Schlusswort Stadtrat Wimmer:

„Ich danke für die einstimmige Annahme!“ (Zwischenrufe)

Der Antrag **wird bei Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (26) und Die Grünen (6) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Zwischenruf **Stadtrat Wimmer:**

„Es hat keiner etwas dagegen gesagt, und der Herr Bürgermeister hat einmal gesagt, dann ist es einstimmig angenommen!“ (Heiterkeit)

Vizebürgermeisterin Dolezal:

„Es tut mir Leid, bei der Frau Vizebürgermeisterin Dolezal ist es jetzt gerade anders eingetreten. Es tut mir wirklich Leid, Herr Stadtrat Wimmer, aber das Votum des Gemeinderates ist zur Kenntnis zu nehmen.“

Der Antrag **I 6 Herrenstraße/Radweg-Lückenschluss** wurde zu Beginn der Sitzung **einstimmig zurückgezogen.**

Gemeinderat Ortner berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

I 7 Umsatzsteuerbefreiung von Gemeinden bei Leistungserbringung für andere Gemeinden im Rahmen der Gemeindekooperation - Resolution

und führt aus:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, vom Gesetzgeber wurden in letzter Zeit zahlreiche Initiativen gesetzt, die Kooperationen von Gemeinden untereinander zu fördern. Das ist ein sehr, sehr wichtiger Faktor. Man hat sich zumindest im Jahr 2011 davon Einsparungen in der Höhe von rund 500 Millionen Euro erwartet, sowie Effizienzsteigerungen der Gemeinden sind dadurch zu fördern.

In Anbetracht der Tatsache, dass etwa die Hälfte aller oberösterreichischen Gemeinden unter 1500 Einwohner und ein Viertel sogar unter 1000 Einwohner hat, wurden hier diese Initiativen gesetzt, um die Kooperationen der Gemeinden entsprechend voranzutreiben.

Dem entgegen steht jetzt leider ein Erlass des Bundesministeriums für Finanzen, wo ausgeführt wird, dass die Leistungserbringungen von Gemeinden an Nachbargemeinden als unternehmerische Tätigkeit zu werten sind und damit der Umsatzsteuer unterliegen. Es ist hier ganz klar zu erkennen, dass diese Mehrkosten im Gegensatz zur Wirtschaftlichkeit stehen und die Zusammenarbeit von Gemeinden erschweren. Es ist quasi unverständlich, wenn auf der einen Seite Gemeindekooperationen gefördert werden, weil man Kosten sparen will, und dann auf der anderen Seite vom Gesetzgeber diese Kooperation mit Umsatzsteuer belegt wird, also diese Leistungserbringung wieder verteuert wird. Die freiheitliche Gemeinderatsfraktion stellt daher folgende **Resolution:**

Der Gemeinderat beschließe:

„Die Bundesregierung und insbesondere die zuständige Bundesministerium für Finanzen werden aufgefordert, dem Nationalrat schnellstmöglich eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die vorsieht, dass Leistungserbringungen von Gemeinden an Nachbargemeinden – insbesondere, wenn sie im Rahmen des Artikels 116a Bundes-Verfassungsgesetz erbracht werden – nicht umsatzsteuerpflichtig sind.“

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.“ (Beifall FPÖ)

Der Antrag wird **einstimmig angenommen.**

Gemeinderat Raml berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

I 8 Einbeziehung von SeniorenInnen und ArbeitnehmerInnen mit Jobticket in das Modell „Umweltsubvention“ (Vergünstigte Jahresnetzkarte) - Resolution

und führt aus:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Zuschauergalerie, in der letzten Gemeinderatssitzung im letzten Jahr, das war der Budget-Gemeinderat, haben wir in diesem Haus, wenn auch mit Gegenstimme der FPÖ, die Verdoppelung der Parkgebühren beschlossen. Gleichzeitig mit der Verdoppelung der Parkgebühren hat man ein kleines Trostpflaster versprochen, nämlich die so genannte Umweltsubvention. Durch diese Subvention soll also heuer ab 1. Juli die Jahresnetzkarte der Linz Linien für Hauptwohnsitz-Linzer günstiger werden, und zwar um 100 Euro und somit 285 Euro kosten.

Jetzt hat das, zumindest auf den ersten Blick, ganz nett geklungen, aber zwei Gruppen haben sich zahlreich gemeldet und gefragt, ob man sie übersehen hat, denn die Senioren und die Arbeitnehmer, die das Jobticket nutzen, die fallen in eine andere Tarifgruppe. Die haben zugegebenermaßen schon eine generelle Tarifreduktion und wurden bei diesem präsentierten Modell, das scheinbar noch nicht ganz feststeht, gänzlich ausgespart.

Diesen beiden Gruppen bringt nämlich die Umweltsubvention, wie sie derzeit einmal vorgestellt wurde, überhaupt nichts. Ihre Jahresnetzkarten wurden sogar im Verhältnis noch teurer. Ich darf Ihnen das noch ganz kurz genau aufzählen. Eine Seniorenjahreskarte kostete letztes Jahr 218 Euro und damit rund 42 Prozent weniger, als die reguläre Jahreskarte mit einem Preis von 378 Euro. Ein Jobticket war 2012 mit 232,80 Euro um etwa 38 Prozent günstiger. Die beiden Kartenpreise wurden im Jahr 2013 erhöht, und zwar auf 224 bzw. 241,80 Euro. Somit reduziert sich die Differenz zur geplanten subventionierten Jahreskarte, die es dann um 285 Euro gibt, auf nur noch 21 bzw. 15 Prozent Ermäßigung, das heißt also, auf weniger als die Hälfte. Dieses Verhältnis gefällt uns nicht und das können die Senioren nicht verstehen und auch die Arbeitnehmer mit Jobticket haben uns da gefragt.

Ich habe zuerst noch mit der Kollegin Lenger gesprochen, die gesagt hat, sie versteht eigentlich den Grund des Antrages nicht, wir waren sowieso gegen die Parkgebührenerhöhung. Das ist schon richtig, aber wir sagen natürlich schon, jetzt haben wir das Ganze auf dem Tisch, die Parkgebühren wurden verdoppelt, man hat eine Umweltsubvention versprochen und jetzt soll man gerecht vorgehen und alle Gruppen natürlich ermäßigen. Das heißt, nicht nur die reguläre Jahreskarte, sondern dann auch verhältnismäßig dazu - nicht um 100 Euro - die für die Senioren, die z.B. nicht den Aktivpass haben. Weil auch die fahren mit dem Auto – die Kollegin Kaltenhuber z.B. hat sich gerade freiwillig gemeldet als Beispiel – und müssen mehr fürs Parken bezahlen und wollen selbstverständlich auch in den Genuss - und das vollkommen zu Recht - einer ermäßigten Jahreskarte kommen. Wir sind dafür, dass diese Benachteiligung dringend behoben werden muss.

Ein Problem haben wir natürlich schon, denn man hat mit den Mehreinnahmen gerechnet, hat dann gesagt, wenn man ein Viertel ungefähr hernimmt, das sind 100 Euro pro Jahresnetzkarte, wenn man das so sieht, dann würde für Senioren und Arbeitnehmer nichts mehr übrig bleiben. Ich fürchte, da müssten wir fast den Zuschuss durch die Stadt Linz

erhöhen um die 100 Euro, um eine adäquate Preissenkung bei den angesprochenen Gruppen noch zusätzlich erreichen zu können.

Wir sind der Meinung, wenn wir alle immer sagen, man soll den öffentlichen Verkehr attraktivieren - und da geht meine Bitte ganz besonders zu den Grünen, die das zu Recht immer wieder einfordern -, dann sollten wir gerade die Senioren und die Arbeitnehmer jedenfalls als wichtige Zielgruppe des öffentlichen Verkehrs ebenfalls in den Genuss günstiger Jahreskarten bringen und daher stellen wir folgende **Resolution**:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die Geschäftsführung der Linz Linien GmbH wird ersucht, die durch die Parkgebührenerhöhung bedingte ‚Umweltsubvention‘ auch bei Jahresnetzkarten für Senioren und Arbeitnehmer zu berücksichtigen und die Tarife entsprechend zu vergünstigen.“

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.“ (Beifall FPÖ)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Stadträtin Mag.^a Schobesberger:

„Ich versuche mich kurz zu fassen und noch einmal zu erklären, worum es bei dem Grundmodell eigentlich gegangen ist.

Wir haben derzeit einige Bevölkerungsgruppen, deren Jahreskarten schon gestützt werden und daher deutlich günstiger sind, als die normale Jahreskarte. Für die SeniorInnen kostet die Jahreskarte für die Linz Linien heuer 224 Euro, für die ArbeitnehmerInnen, die das Jobticket in Anspruch nehmen, 242 Euro, für die AktivpassBesitzerInnen zusammengesetzt die Monatskarten 120 Euro und dann haben wir den großen Rest der Bevölkerung, für den die Jahreskarte ohne diese Maßnahme 385 Euro kostet.

Vielleicht noch eine Zahl, wo es schon eine bestehende Vergünstigung gibt, das sind nämlich die Öffi-EinpendlerInnen, die mit den öffentlichen Verkehrsmitteln von anderen Orten nach Linz einpendeln. Die zahlen für das Netz der Linz Linien 211 Euro. Das heißt, wir haben aktuell ein bestehendes System, wo es schon für bestimmte Bevölkerungsgruppen deutliche Vergünstigungen gibt und mit diesem neuen Modell wollten wir einfach abrundend eine zusätzliche Vergünstigung für alle schaffen, damit schlussendlich alle Bevölkerungsgruppen in den Genuss einer Vergünstigung kommen.

Für das Modell der Umweltsubvention haben wir uns deshalb entschieden, weil wir mit dem Eingriff in das Tarifsysteem der Linz Linien zusätzlich noch einen Einnahmenentfall für die Linz Linien aus den SchülerInnen-Freifahrten in Kauf nehmen müssten. Daher greifen wir bewusst nicht in das Tarifsysteem der Linz Linien ein, sondern geben der Gruppe, die bislang keine Vergünstigung hat, eine Umweltsubvention für das umweltpolitisch gute Verhalten, nämlich die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel in der Höhe von 100 Euro, sodass zukünftig diese Gruppe 285 Euro bezahlt. Das heißt, die bereits jetzt existierenden Bevölkerungsgruppen, die eine Vergünstigung haben, sind immer noch deutlich günstiger, als die durch die Umweltsubvention vergünstigte normale Jahreskarte.

Daher sehe ich im Moment keine Veranlassung, hier etwas zu tun und ich bin auch, wie gesagt, nicht dafür, in das Tarifsysteem der Linz Linien einzugreifen. Wir werden uns daher der Stimme enthalten.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderat Ing. Hofer:

„Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, die Zahlen hat Kollege Raml schon ausführlich genannt, und die Wortmeldung der Umweltstadträtin kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, denn wenn die Karotte, die durch die Erhöhung der Parkgebühren den Grünen vorgehalten wurde, um mitzustimmen, so ungleich verteilt wird, dass eine Gruppe eine Ermäßigung um 100 Euro bekommt und bei den anderen Gruppen wird alles erhöht, so kann das wirklich nicht ehrlich und nicht gerecht sein.

Ich meine daher, die ganze Festlegung der Fahrgebühren ist zu rasch gegangen, man hat zu wenig überlegt, man hat sich nicht getraut, um gegen die Bevölkerung ein Argument in der Hand zu haben. Ich ersuche daher wirklich, noch einmal nachzudenken über die SeniorInnenkarte und über das Jobticket.

Ich war am Montag in Wien und habe mich dort genau über die Fahrpreise erkundigt im öffentlichen Straßenbahnverkehr für Seniorinnen und Senioren. Ich würde wirklich einmal die grüne Fraktion ersuchen, sich dieses Tarifmodell anzuschauen und nicht einfach nur etwas zu machen und zu sagen, das ist das Nonplusultra. Dagegen wehre ich mich mit aller Entschiedenheit. Danke.“ (Beifall ÖVP)

Stadträtin Mag.^a Schobesberger:

„Ich wiederhole es noch einmal. Die SeniorInnenkarte kostet in Linz 224 Euro, das vergünstigte Ticket für die Linzerinnen und Linzer 285 Euro, das heißt, das SeniorInnenticket, das deshalb so günstig ist, weil es seit vielen Jahren von der Stadt gestützt wird, kostet immer noch um mehr als 60 Euro weniger.

Was man noch dazusagen muss, was wir in Linz haben - im Gegensatz zu Wien und allen anderen Städten -, ist das Aktivpassticket. Das heißt, alle Seniorinnen und Senioren, die wirklich eine geringe Pension und ein geringeres Einkommen haben, haben Anspruch auf die Aktivpasskarte und zahlen nur mehr 120 Euro. (Beifall Die Grünen) Das gibt es nur in Linz und nicht in Wien und sonst auch nirgends.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderat Eichinger-Wimmer:

„Es ist sehr erfreulich, wenn sich viele für die Anliegen der Menschen einsetzen, insbesondere auch für jene, die geringe Einkommen haben. Das ist ganz besonders wichtig und es gibt da weite Felder.

Ich möchte nur auf das hinweisen, was die Kollegin Schobesberger gerade gesagt hat, das ist natürlich schon wichtig. Es ist so, das wissen wir alle, die durchschnittliche ASVG-Alterspension bewegt sich bei derzeit rund 1100 Euro. Das heißt, wenn wir wissen, wo bei uns die Grenze ist für das Zehn-Euro-Ticket, so sind wir hier bei sehr, sehr vielen, nämlich bei mehr als der Hälfte der ASVG-Pensionisten bereits dort, dass die dieses Zehn-Euro-Ticket nützen können. Das sollte man zur Ergänzung dieser Debatte noch mit hereinbringen. Danke.“ (Beifall SPÖ)

Bürgermeister Dobusch:

„Wenn man sich im Zeitvergleich die Karten ansieht, dann haben die Senioren-Monatskarten und –Jahreskarten stark abgenommen, als der Aktivpass eingeführt worden ist. Da sind alle, die dieses Einkommen nicht haben. Man muss dazusagen, es gibt bei den Pensionisten oder Senioren eine Altersgrenze und das hat einmal gar nichts mit der Einkommenssituation zu tun. Wenn zum Beispiel eine Frau überhaupt keine Pension hatte, dann musste sie früher genauso diese 220 Euro zahlen und jetzt zahlt sie, wenn sie kein Einkommen hat, 120 Euro mit dem Aktivpass.

Wir haben jetzt 27.000 Aktivpass-Monatskarten, die ausgegeben werden und da rechnen wir, dass nur schätzungsweise 60 Prozent der Anspruchsberechtigten diesen Aktivpass in dieser Form nehmen. Das heißt, es gibt genügend Pensionistinnen und Pensionisten, die das nicht brauchen, die das nicht machen, ich weiß nicht, warum.

Unser Problem ist in Wahrheit, dass wir bei einem gerechteren System auf die Einkommenssituation der Menschen gehen müssten und vielleicht da noch etwas machen. Aber es ist nicht einzusehen, dass beste PensionsbezieherInnen vielleicht noch weniger bezahlen nur aus diesem Grund, das kann nicht sinnvoll sein.

Aber ich habe ein ganz anderes Problem, das wir aber noch nicht wissen, das ist das Jobticket. Es gibt jetzt neue gesetzliche Regelungen, dass die Arbeitgeber, die in Zukunft für die Arbeitnehmer das öffentliche Verkehrsmittel bezahlen, das absetzen können. Dann ist natürlich die Frage, ob sie weiterhin die zwei Euro für jeden Mitarbeiter zahlen im Rahmen des Jobtickets, oder ob sie sagen, bei mir nützen nur zehn Mitarbeiter das Monatsticket, also das vergünstigte Jobticket, aber ich muss für alle bezahlen. Die werden sich sehr genau ausrechnen, was billiger ist, nämlich ob sie gleich dem Mitarbeiter die Monatskarte bezahlen oder ob sie das System machen.

Und da haben wir in der Linz AG vereinbart, dass wir das jetzt einmal beobachten müssen, wie sich das Ganze entwickelt und dann muss man sich über das Jobticket, wenn sich da wirklich gravierend etwas tun würde und das Ganze unattraktiv sein würde, die Frage stellen, ob wir das aufrechterhalten. Nur dass die Magistratsbediensteten und der Arbeitgeber der AKh-Bediensteten bezahlt, das ist ein bisschen wenig, würde ich einmal grundsätzlich sagen, für das Jobticket. Daher muss man sich das aber erst später anschauen und insofern ist das zu früh, was das Jobticket betrifft, weil derzeit noch andere Dinge im Umbruch sind. Das werden wir tun, sobald wir irgendwelche Zahlen auf dem Tisch haben, sobald wir wissen, macht das überhaupt ein Arbeitgeber, dass er dieses Fahrticket übernimmt oder nicht, das kann ich nicht sagen.“ (Beifall SPÖ)

Gemeinderat Fadl:

„224 Euro kostet in Wien die Seniorenkarte nur für die Kernzone 100 - nur für den Kollegen Hofer. Das ist das, was vergleichbar ist mit Linz.“ (Zwischenrufe)

Die Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Raml:

„Frau Stadträtin Schobesberger, auch wenn Sie es noch so oft wiederholen, es wird nicht richtiger, was Sie sagen, denn derzeit ist Fakt, dass die Senioren und die Jobticketbesitzer eine Reduktion zur regulären Jahreskarte haben in Höhe von ungefähr 40 Prozent, und mit der neuen Regelung wäre das dann weniger als die Hälfte, nämlich 15 bzw. 21 Prozent. Also dieses Verhältnis wird deutlich geschwächt.“

Nächster Punkt: Wir sprechen alle immer davon und vor allem auch Die Grünen, daher wirklich mein dringender Appell - ich hätte es auch vorher der Kollegin Lenger noch einmal angeboten -, dass wir noch einmal darüber reden, denn gerade Sie sprechen immer, attraktivieren wir den öffentlichen Verkehr und schauen wir, dass die Leute auf das Auto verzichten. (Zwischenruf) Das ist komplett richtig, aber dann setzen wir doch bitte ein Signal und wenn es nur ein paar Prozent sind, wo wir vielleicht einen Kompromiss eingehen könnten.

Das Ganze nennt sich auch Umweltsubvention, also wäre ich eigentlich schon davon ausgegangen, dass es in der Absicht steht, dass alle Bevölkerungsgruppen angehalten werden,

das Auto stehen zu lassen, dann auch die Parkgebühren nicht bezahlen müssen und so weiter.

Der Kollege Eichinger-Wimmer spricht davon, dass quasi nur die Hälfte der Senioren davon betroffen ist. Aber da bleibt immer noch eine andere Hälfte über, auf die will man scheinbar nicht eingehen. Wir nennen uns alle immer soziale Musterstadt. Ich denke, man könnte auch der anderen Hälfte durchaus in gewissem Maße etwas zubilligen. Aber ich finde, wenn ich es sinngemäß so richtig verstanden habe, vom Herrn Bürgermeister das Anliegen oder die Idee ganz gut, dass wir uns vielleicht das System mit dem Aktivpass generell ansehen sollten, wie wir es gestalten.

Ich verstehe das Ganze nicht, warum man hier nicht zumindest einen kleinen Schritt auf die Senioren und auf die Jobticketbesitzer zugehen will. Ich muss das so zur Kenntnis nehmen und die Linzerinnen und Linzer, die davon betroffen sind, müssen es zur Kenntnis nehmen. Ich finde das schade und ersuche dennoch um möglichst breite Zustimmung.“ (Beifall FPÖ)

Die Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (26) und Die Grünen (6) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Bürgermeister Dobusch übernimmt wieder den Vorsitz.

Gemeinderätin Lenger berichtet über den von der **Gemeinderatsfraktion Die Grünen** eingebrachten Antrag

I 9 Nibelungenbrücke – Verbesserungsmaßnahmen für FußgängerInnen, RadfahrerInnen und Linienbusse – Resolution

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, bei diesem Antrag handelt es sich auch um einen Antrag im Sinne der sanften Mobilität und das würde gar nichts kosten. Ich glaube, da werden dann die FPÖ und die ÖVP sicher zustimmen, da Sie sich so für VerkehrsteilnehmerInnen einsetzen, die anders unterwegs sind als mit dem Auto. Es geht um die Nibelungenbrücke und um einen adäquaten Übergang für RadfahrerInnen und FußgängerInnen.

Seit vielen Jahren gibt es Probleme mit der Donauquerung für RadfahrerInnen und FußgängerInnen, das ist allgemein bekannt. Stadtrat Himmelbauer, der da sehr visionär gehandelt hat, hatte bereits 2006 einen Antrag für eine FußgängerInnen- und RadfahrerInnenbrücke in den Gemeinderat eingebracht, der leider abgelehnt wurde. Wäre diese Brücke hier, hätten wir die Probleme nicht und es gäbe einen adäquaten Übergang. So ist die Eisenbahnbrücke teilweise gesperrt oder sehr oft gesperrt, man weiß nicht wie es weitergeht. Die Nibelungenbrücke hat einen Rad- und Fußweg, der extrem gefährlich ist und der nach den aktuellen Richtlinien heutzutage gar nicht mehr so eingerichtet werden würde.

Nachdem die Verbreiterung der Nibelungenbrücke, die voriges Jahr noch mit 800.000 Euro im Budget aufgeschienen ist, heuer praktisch gestorben ist, weil offensichtlich Differenzen zwischen Landesrat Hiesl und Vizebürgermeister Luger nicht ermöglichen, diese seit

langem geplante Verbreiterung durchzuführen, ist es einfach notwendig, hier eine andere Maßnahme zu setzen, quasi den verbleibenden Straßenraum gerecht zwischen den Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern aufzuteilen. Wir stellen deshalb den folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe folgende **Resolution** an die Oö. Landesregierung:

„Der Gemeinderat der Stadt Linz ersucht den zuständigen oberösterreichischen Straßenbaureferenten Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl, im Sinne der sanften Mobilität sämtliche notwendigen Schritte einzuleiten, damit künftig eine Fahrspur der Nibelungenbrücke ausschließlich für Linienbusse und RadfahrerInnen und Taxis zur Verfügung gestellt wird.

Für die erforderlichen Radweg-Anbindungen wird gemeinsam mit dem Linzer Verkehrsreferenten, Vizebürgermeister Klaus Luger, und den zuständigen Stellen der Stadt ein Konzept erarbeitet. Sämtliche Maßnahmen werden so rasch wie möglich zur Umsetzung gebracht.‘

Ich ersuche um Annahme des Antrages.“ (Beifall Die Grünen)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Raml:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, zum vorliegenden Antrag habe ich geglaubt, als ich ihn das erste Mal gesehen habe, das ist ein Scherz, ein schlechter Scherz.

Was ich noch nicht recht verstanden habe – das geht, glaube ich, etwas ungenau hervor, vielleicht kann man das auch auf kurzem Weg beantworten -, wollen Sie jetzt eine Fahrspur links und rechts sperren oder nur eine? Das geht aus dem Antrag nicht klar hervor.

Zwischenruf **Gemeinderätin Lenger:**

„Lesen Sie den Antrag!“

Gemeinderat Raml weiter:

Das geht nicht klar hervor. Wenn Sie bitte zwei Fahrspuren insgesamt sperren wollen, wie stellen Sie sich das dann überhaupt vor? Wie realitätsfremd muss man denn bitte - bei allem Verständnis - sein?

Wenn man sich jetzt die Abendstunden und die Freitag-Mittagsstunden auf der Nibelungenbrücke ansieht, bitte die Nibelungenbrücke erstickt im wahrsten Sinne des Wortes jetzt schon im Verkehr, da geht nichts weiter! Ja ist denn das gut für die Umwelt, wenn jetzt schon die ganzen Autos stehen?

Und jetzt stellen Sie sich vor, wenn man diese Fahrspuren nochmals halbiert, was dann los ist. Dann ist der Stau hinauf bis nach Wilhering und auf der anderen Seite bis zur ehemaligen Quelle beim Hafen. Ich kann mir nicht vorstellen, wie man das logisch rechtfertigen möchte, das ist einfach unmöglich.

Unsere Position war von Anfang an klar, nämlich dass die Verbreiterung der Nibelungenbrücke außerhalb jeglicher Dimension der Finanzierbarkeit steht. Wir haben immer dagegen gestimmt und jetzt haben wir es auf dem Tisch liegen, keiner will die Kosten dafür

übernehmen, das ist es einfach keinem wert. Es hätte vielleicht schön geklungen, aber bezahlen will es einfach keiner.

Wenn man von Anfang an auf die Freiheitlichen gehört hätte, dann hätten wir uns diesen ganzen Wirbel, den wir die letzten Monate deswegen mehrmals im Gemeinderat gehabt haben, sparen können. Wir hätten etwas zur Umwelt beitragen können, indem wir uns das Papier, auf dem diese Idee geschrieben steht, sparen und vor allem Zeit und Nerven. Wir werden gegen diesen Antrag stimmen.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderat Dipl.-Ing. Hutter:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gerda Lenger, die Querung für Fußgänger und für Radfahrer über die Nibelungenbrücke ist sicher verbesserungswürdig. Da geben wir dem Antrag völlig Recht. Die Verantwortlichkeit der Stadt ist grundsätzlich als Bundesstraße beim Land, aber nach dem Oberösterreichischen Straßenerhaltungsgesetz ist für Nebenanlagen die Stadt zuständig.

Die ÖVP hat gemeinsam mit den Grünen für die Verbreiterung gestimmt und die SPÖ war dabei, nur plötzlich gab es das nicht mehr. Da gab es ein Schreiben, das wir uns gemeinsam ausgehandelt hatten, das dann nicht weggeschickt wurde, weil es junktimiert wurde mit dem Radweg nach Wilhering. Das ist jetzt gestorben.

Zu den Kosten muss man auch noch etwas sagen. Es waren einmal 1,5 Millionen Euro - damals hat Landesrat Hiesl ein Drittel der Kosten angeboten -, dann waren es 1,8 Millionen Euro und dann 2,5 Millionen Euro, also eine sehr unglückliche Geschichte.

Dass man jetzt aber dasteht und das absperren will, halten wir für eine sehr wagemutige Idee. Da gibt es Herrn Professor Knoflacher, den ich auf der Uni genossen habe. Das ist eine sehr lustige Vorlesung, die kann ich jedem Grünen wirklich empfehlen, ihr werdet euch dort wiederfinden, das ist wie ein Kabarett. Prof. Knoflacher sagt, dass man Autobahnen zur Hälfte sperren soll, weil dann hört der Verkehr von selber auf.

Ich glaube, für eine Stadt, wo die Eisenbahnbrücke vor dem Zusammenbrechen ist, wo man nicht weiß, wie man über die Donau kommen soll, ist das schon eine fast abenteuerliche Aussage, was man hier verlangt und was man den Linzern zumuten muss. Bei allem Verständnis zur Liebe zum Radfahrverkehr ist das wirklich schon fast eine Unverschämtheit.

Ich persönlich – da spreche ich nicht für die Partei – könnte es mir sogar vorstellen, dass man das wirklich macht, Gerda, aber da muss man zuerst die A 26 fertig stellen, weil dann kann man darüber nachdenken, wie man über die Nibelungenbrücke den Verkehr beruhigt. Und wenn die A 26 fertig ist und wenn der Verkehr durch einen Tunnel rollen kann und nicht mehr durch das Stadtgebiet muss, dann könnte man vielleicht sogar solche Maßnahmen andenken. Aber so plump geht es nicht wie in diesem Antrag, dem wir nicht zustimmen werden. Wir sind sehr wohl dafür, die Querung für Fußgänger und für Radfahrer zu verbessern, aber so nicht. Danke schön.“ (Beifall ÖVP)

Vizebürgermeister Luger:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, es ist manchmal tatsächlich so, dass einem politisch etwas auf den Kopf fallen kann, wo man eine freiwillige Vorleistung macht. Es wäre der einfachere Weg gewesen, als ich das Verkehrsressort nach der letzten Gemeinderatswahl übernommen habe, herzugehen und zu sagen, die ursprüng-

liche Planung, die mein Vorgänger im Ressort beauftragt hat und eine Brückenverbreiterung mit Auffahrtsrampen und Liften um 13 Millionen Euro vorgesehen hat, dass diese Verbreiterungsmaßnahmen an der Nibelungenbrücke ich dem Gemeinderat gar nicht vorschlagen kann, zu machen und hätte eigentlich sagen müssen, wir sind gar nicht zuständig, den nächsten Schritt hat das Land Oberösterreich als Eigentümerin der Brücke zu setzen. Das wäre der einfachere Weg gewesen.

Wir hätten wahrscheinlich zwischenzeitlich eine Resolution pro Jahr an das Land Oberösterreich geschickt, die ÖVP hätte sich, je nach Erlaubnis, manchmal enthalten, manchmal Abänderungsanträge gestellt, Mehrheiten hätte es dafür gegeben.

Der Fehler hat wahrscheinlich darin bestanden, dass ich versucht hätte, eine sachliche Lösung zu probieren und meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebeten habe, das Projekt zu analysieren und zu schauen, ob wir nicht mit den Kosten herunterkämen, denn der damalige Ansatz, die Brücke zu verbreitern, wäre ja sinnvoll.

Es hat eine Vorstudie gegeben von einem privaten Statiker und Planungsbüro, da sind damals 1,6 Millionen Euro als Kosten voraussichtlich beschrieben worden. Mit diesem Projekt wurde erstmals Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl konfrontiert, der grundsätzlich zusagte, das Land Oberösterreich würde so ein Projekt befürworten. Wir haben vereinbart, dass ein einreichfertiges Projekt entwickelt wird und das liegt seit über eineinhalb Jahren auf dem Tisch. Die exakte Kostenrechnung, und das ist legitim, wurde erhöht und liegt nunmehr bei 2,48 Millionen Euro, also knapp 2,5 Millionen Euro.

Beim letzten Gespräch im Oktober 2011 hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl für die Oö. Landesregierung bereit erklärt, 25 Prozent, maximal vielleicht 500.000 Euro zu bezahlen, denn das Land Oberösterreich ginge dieser Wunsch der Stadt Linz nichts an - seine politische Analyse.

Klar war für mich, dass ich unter solchen Bedingungen keinen Vorschlag an den Gemeinderat machen werde, diese Verbreiterung zu machen, denn nach dem Oö. Straßengesetz ist es so, dass für die Errichtung auf und neben Bundesstraßen von Radwegen grundsätzlich das Land zuständig ist; und ob man das jetzt für gerecht oder nicht gerecht findet, die Kommunen haben 50 Prozent dazuzuzahlen.

Dass das Land Oberösterreich und die ÖVP-Regierungsmitglieder sehr einseitig agieren, haben wir wenige Monate nach der Ablehnung des Landes für die Brückenverbreiterung am eigenen Leib verspürt, als das Land Oberösterreich gesagt hat, für den – auch aus unserer Sicht – wichtigen Radweg Linz-Wilhering soll das ganz normal nach dem Oö. Straßengesetz erfolgen.

Die Planung, die Grundstückseinlösen, die gesamte Bauaufsicht macht das Land Oberösterreich und die betroffenen Gemeinden - in dem Fall Wilhering, Leonding und Linz - sollen auf ihrem Stadtgebiet jeweils 50 Prozent der Baukosten übernehmen. Das Land Oberösterreich kann bis heute keine Einreichplanung vorlegen. Das Einzige, was es gibt, ist eine Sammlung von Fotografien aus dem Jahr 2006 mit Luftbildaufnahmen, mit eingezeichneten möglichen Trassierungen. Es ist mit keinem einzigen Grundstückseigentümer - und das Land verfügt über kaum einen Quadratmeter auf dieser Trasse - ein Gespräch geführt worden. Nachdem es keine konkrete Trasse gibt, weiß auch niemand, wie viel die Errichtungskosten sind, aber Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl möchte eine grundsätzliche Vertragsunterzeichnung zwischen dem Land und den drei betroffenen Gemeinden, ohne dass man eine Kalkulation hat.

Das wird gegenübergestellt dem Projekt Brücke, wo die Einreichplanung Kosten von 2,5 Millionen Euro inkl. plus/minus zehn Prozent an Abweichung, an Unvorhergesehenem vorliegt. Da sagt das Land, diese Kosten sind nicht nachvollziehbar, darum kann man sich nicht auf fifty-fifty einigen.

Die kurze Analyse einer langen Ausführung: Es ist so, dass das Land seiner Verpflichtung, an der Brücke diese Baumaßnahmen durchzuführen, nie nachgekommen ist, dass wir, weil wir lösungsorientiert sind, die Planung auf unsere Kappe genommen haben, auch die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt haben und dann das Land Oberösterreich noch immer nicht bereit war, mitzutun.

Ich glaube, es gibt nur einen Ausweg - und das hat nichts mit persönlichen Befindlichkeiten handelnder Personen zu tun -, dass das Land Oberösterreich mit seiner gezielten Benachteiligung von Linz in diesen Verkehrsfragen Schluss macht und seriös umgeht. Das, was wir überall machen - fifty-fifty bei den Radwegprojekten auf Bundesstraßen - soll auch für dieses Projekt gelten. Das wäre korrekt und so kann man gemeinsam Probleme lösen. Aber wenn man boykottieren will, dann muss man das so machen, wie das derzeit die Landes-ÖVP macht.“ (Beifall SPÖ)

Gemeinderat Ing. Hofer:

„Liebe Frau Kollegin Lenger, ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass du eine Phobie hast, dass du alles, was mit dem Wort Auto beginnt, ablehnst.

Ich habe in den vergangenen Tagen mit vielen Gruppen darüber geredet, was du machen willst mit einem Fahrstreifen über die Nibelungenbrücke sowohl nach Norden als auch nach Süden. Die haben alle gesagt, das ist ein Faschingsscherz.

Als praktizierender Radfahrer darf ich dir sagen, wenn das wirklich passieren würde, wie tut man denn dann, wenn ein Autobus fährt und ein Radfahrer fährt hinten nach? Oder ein Radfahrer fährt vorne und der Autobus hinten nach? Wie kann man das dann in Urfahr entflechten? Bitte, es möge jeder einmal die Augen zumachen und sich das vor Augen führen.

Darum sage ich, was unser Kollege im Verkehrsausschuss vorgeschlagen hat. Dort darüber sachkundig und emotionslos zu diskutieren, finde ich richtig, und ich weiß heute schon, was herauskommt.

Für Herrn Vizebürgermeister Luger ist alles schlecht, was Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl einmal angedacht hat und dann nicht macht. Aber damit müssen wir leben, dass du ihn nicht magst. Danke.“ (Beifall ÖVP)

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Gemeinderätin Lenger:

„Ich fange einmal hinten an. Herr Kollege Hofer, man tut da genau so wie in der Mozartstraße, da fährt man nämlich auch mit dem Fahrrad auf der Busspur und in vielen anderen Straßen auch. Genauso tut man da auch. Dass man sich da so aufregen kann, mit Phobie und der Kollege Hutter mit Unverschämtheit und plump - wenn es um das Auto geht, da setzt bei manchen etwas aus, da hakt es irgendwo aus, da wird man fast beleidigt. Ich verstehe das nicht ganz. (Zwischenrufe, Unruhe)

Unverschämte und plump finde ich eher, dass man einen 650 Millionen Euro teuren Westring finanzieren will, derzeit 650 Millionen Euro. 2002 hat der ganze, nicht nur der

halbe, der es jetzt werden soll, 225 Millionen Euro gekostet. Da stellt die Stadt einen Blankoscheck aus für eine Straße, für die sie nicht einmal zuständig ist, für eine Autobahn. Da spielt Geld keine Rolle. (Zwischenrufe, Unruhe) Für die A 26, den Westring, das Westringerl stellt die Stadt einen Blankoscheck aus, da spielt Geld keine Rolle. Da verstehen sich Herr Vizebürgermeister Luger und Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl sehr gut, da gibt es keine Probleme. (Zwischenrufe, Heiterkeit) Herr Bürgermeister, dann würde ich ersuchen, dass du wegen dem Radweg den Kontakt aufnimmst, dass da endlich einmal etwas weitergeht. (Beifall Die Grünen)

In einem möchte ich Herrn Vizebürgermeister Luger Recht geben. Es ist tatsächlich so üblich, dass das Land zu Radwegprojekten, die auf Bundesstraßen erfolgen, die Hälfte dazuzahlt und nicht ein Drittel.

Die Überquerung, die 13 Millionen Euro gekostet hätte, die Stadtrat Himmelbauer planen hat lassen, das wäre natürlich die wesentlich bessere Lösung gewesen. Die Radfahrerinnen und Radfahrer hätten sich auch mit der quasi abgespeckten Lösung zufrieden gegeben. Es ist wirklich nicht einzusehen, dass die Radfahrerinnen und Radfahrer und auch FußgängerInnen immer so quasi die Letzten sind und zurückgedrängt werden. Ursprünglich war dieser Straßenraum ihnen und dem öffentlichen Verkehr in erster Linie vorbehalten und sie sind genau genommen verdrängt worden.

Ich darf nur in Erinnerung rufen, dass der Gemeinderat im März 2012 einstimmig die Charta von Brüssel beschlossen hat, das heißt, dass der Radverkehrsanteil bis 2020 auf 15 Prozent angehoben werden soll. Zur Erinnerung, derzeit haben wir sechs Prozent in Linz, in Graz sind es 16 Prozent, in Salzburg sind es 20 Prozent. Wenn Linz weiterhin so autofahrerfreundlich agiert und auf Leute, die für andere Mobilitätsformen, die umweltfreundlich und auch gesund sind, so hinpeckt, dann wird da nichts geschehen.

Dem Kollegen Raml möchte ich noch sagen – ich glaube, Herr Kollege Raml hat das zuerst gesagt, wegen dem Stau und dem Faschingsscherz und so, weil er hat sich auch so furchtbar aufgeregt ...Zwischenrufe... oder war es Kollege Hofer? Da waren so viele solche Wörter gefallen, bitte es mir nicht übel nehmen, wenn ich sie den falschen Personen zuordne.

Das Stauproblem haben wir bei den Anschlüssen und nicht auf der Brücke an sich. Ich glaube, es wäre wirklich an der Zeit, einmal umzudenken und für diese Mobilitätsformen etwas zu tun. Und diese Lösung würde nichts kosten, meine Damen und Herren, weil Geld wollen Sie auch nicht in die Hand nehmen, um etwas für die Radfahrerinnen und Radfahrer zu tun. Vielleicht überdenken Sie das noch einmal.

Ich wäre auch mit einer Zuweisung in den Verkehrsausschuss zufrieden, dass wir da noch einmal diskutieren, ob wir nicht doch irgendeine Lösung finden. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag und anschließend über die Zuweisung des Antrages an den Verkehrsausschuss abstimmen.

Der Antrag wird bei **Gegenstimmen der Fraktionen von SPÖ (26), ÖVP (17) und FPÖ (7) sowie Gemeinderat Reiman, MBA, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Die Zuweisung des Antrages an den Verkehrsausschuss wird bei **Gegenstimmen der Fraktionen von SPÖ (26), ÖVP (17) und FPÖ (7) sowie Gemeinderat Reiman, MBA, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Gemeinderätin Lenger berichtet über den von der **Gemeinderatsfraktion Die Grünen** eingebrachten Antrag

I 10 A7 - Maßnahmen im Zuge der geplanten Errichtung von ‚Bypassbrücken‘ an der Voest-Brücke – Resolution

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, auch bei diesem Antrag geht es um eine Brücke, und zwar um die Voest-Brücke. Da sollen demnächst von der ASFINAG zwei Bypassbrücken angehängt werden, um reibungslos Sanierungsarbeiten durchführen zu können. Diese Bypassbrücken sollen nach der Sanierung auch erhalten bleiben.

Die Voest-Brücke überqueren derzeit täglich schon 100.000 Fahrzeuge. Es ist allgemein bekannt, dass die Bewohnerinnen und Bewohner im Nahbereich der Brücke extrem unter dem Verkehrslärm leiden. Es wäre dringend notwendig, hier Lärmschutzmaßnahmen durchzuführen.

Weiters sehen wir ein gewisses Problem, falls die Brücke so bleibt wie jetzt und dann die beiden Bypassbrücken angehängt werden, dass RadfahrerInnen und FußgängerInnen sich quasi zwischen den Autobahnen über die Brücke bewegen. Genaue Pläne sind bis jetzt nicht zugänglich.

Ich glaube, es wäre sicher sinnvoll, der ASFINAG jetzt schon mitzuteilen, dass die Stadt Linz wünscht, dass im Zuge der Planungen und der Durchführung dieser Bypassbrücken-umsetzung erstens einmal Lärmschutzmaßnahmen für die betroffenen AnrainerInnen durchgeführt werden und eine adäquate Lösung für FußgängerInnen und RadfahrerInnen umgesetzt wird, die diese Brücke queren. Wir stellen daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe folgende **Resolution** an die ASFINAG

‚Der Linzer Gemeinderat fordert die Verantwortlichen der ASFINAG auf, im Zuge der geplanten Errichtung von Bypassbrücken an der Voest-Brücke im Rahmen von Sanierungsarbeiten an der A 7 auch für die Errichtung geeigneter Lärmschutzmaßnahmen zu sorgen, um die lärmgeplagten AnrainerInnen zu entlasten.

Weiters wird ersucht, für die derzeit links und rechts an der Brücke angebrachten Geh- und Radwege eine für FußgängerInnen und RadfahrerInnen verträgliche Lösung, wie zum Beispiel die Verlegung der Geh- und Radwege an den äußeren Rand der Bypassbrücken zu finden.’

Ich ersuche um Annahme des Antrags.“ (Beifall Die Grünen)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Hackl:

„Sehr geehrte Damen und Herren des Linzer Gemeinderates, wir von der ÖVP sind natürlich dafür, dass, sollten die Bypassbrücken kommen, dafür seitens der ASFINAG zu sorgen ist, Lärmschutzmaßnahmen zu treffen. Seitens der ASFINAG müssen die Anrainer vor Lärm natürlich geschützt werden.

Seit Jahren beschäftigt sich die ÖVP-Linz damit, lärmgeplagten Bürgern unserer Stadt zu helfen. Bereits seit dem Jahre 2001 liegt eine umfassende Lärmstudie für die Landes-

hauptstadt Linz auf dem Tisch. Fazit ist natürlich das hohe Verkehrsaufkommen in unserer Landeshauptstadt, das natürlich durch diese Bypassbrücken gelöst werden könnte, da Abkürzungen genommen werden.

Und nun an die Adresse von Stadträtin Schobesberger. Frau Kollegin Schobesberger, wenn im eigenen Ressort so viel weitergehen würde, wie seitens der Grünen Resolutionen verschickt werden, wären wir natürlich überglücklich. Interessant wäre noch, Frau Stadträtin Schobesberger, ob Sie schon einmal mit einem ASFINAG-Vorstand über diese Thematik gesprochen haben. Ich bedanke mich recht herzlich dafür.“ (Beifall ÖVP)

Stadträtin Mag.^a Schobesberger:

„Ich weiß, dass es das Sprichwort gibt, dass man nicht alles kommentieren muss, aber da ist es mir jetzt trotzdem ein Bedürfnis, auch wenn ich es schon ungefähr hundertmal gesagt habe. Es ist so in einem Rechtsstaat, dass es verschiedene Zuständigkeiten gibt, die auf die verschiedenen Gebietskörperschaften aufgeteilt sind. Und für Lärmschutzmaßnahmen ist – glauben Sie mir, ich wünsche mir das nicht, aber es ist so und auch ich muss das zur Kenntnis nehmen, und ich ersuche Sie, dass Sie das vielleicht auch machen - in vielen Bereichen entweder das Land oder der Bund und im Fall von Autobahnen die ASFINAG zuständig.“

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Gemeinderätin Lenger:

„Ich ersuche um Annahme des Antrages.“

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Gemeinderat Ortner berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten

DRINGLICHKEITSANTRAG

betreffend Daseinsvorsorge nicht dem freien Markt unterwerfen - Resolution

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, wie vielleicht der eine oder andere den Medien entnommen hat, ist im Rahmen der so genannten Konzessionsrichtlinien eine Entwicklung eingetreten, die zu größter Besorgnis mahnen sollte.

Bei der anstehenden Abstimmung am 24. Jänner ist über die Konzessionsrichtlinien seitens der EU der Versuch unternommen worden, die Wasserversorgung zu privatisieren. Vor allem dank der Stimmen der großen Fraktionen ist dieser Beschluss zu Stande gekommen. Der ist insofern problematisch, weil in Österreich die Wasserversorgung relativ kleinteilig strukturiert ist und es hier eine Vielzahl unterschiedlicher Organisationsformen gibt.

Den österreichischen Wasserversorgern wird es im Falle europaweiter Ausschreibungen so nicht mehr möglich sein, den Wettbewerb mit Weltkonzernen - wie etwa der französischen Veolia-Gruppe - standzuhalten. Aber auch Unternehmen wie unsere LINZ AG, so genannte Mehrspartenunternehmen, also Unternehmen, die neben der Wasserversorgung auch den Bereich Energie abdecken, würden unter diesen Anwendungsbereich der Richtlinie fallen. Es gibt zahlreiche Bereiche in der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie die Wasserversorgung

oder die Rettungsdienste, die man nicht leichtfertig als Handelsware oder Dienstleistung im Binnenmarkt ausschreiben darf.

Es gibt auch hier viele Negativbeispiele, wie London oder Bordeaux, wo etwa private Wasseranbieter Wasserrohre verrotten ließen. Privatisieren geht schnell, ein Zurück ist langwierig und kostenspielig. In diesem Zusammenhang stellen wir folgende **Resolution**:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle Maßnahmen zu ergreifen, die österreichischen Bürger über die geplante EU-Privatisierung der Daseinsvorsorge umfassend zu informieren und die geplanten Konzessionsrichtlinien, die unter anderem den Verkauf des einheimischen Wassers zur Folge haben könnten, zu verhindern.“

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.“ (Beifall FPÖ)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Stadtrat Mayr:

„Werte Kolleginnen und Kollegen, da es eine sehr sinnvolle Resolution ist, wird sie auch bei der Bundesregierung offene Türen vorfinden. Ich darf darauf verweisen, dass Herr Bundeskanzler Faymann sich heute geäußert hat, dass eine Privatisierung der Wasserversorgung für ihn nicht in Frage kommt. Ich zitiere: ‚Wenn David Cameron die Wasserliberalisierung als Vorbild nennt, wir werden die Wasserversorgung nicht verkaufen. Das ist sicher.‘

Zweiter Punkt, heute ist im Ausschuss für den Binnenmarkt dieser Vorschlag der Europäischen Kommission zur Abstimmung gelangt. 28 Abgeordnete haben dafür gestimmt, zehn dagegen, zwei Stimmenthaltungen. Die beiden Linzer Mitglieder des Europäischen Parlaments haben beide dagegen gestimmt.

Es ist die Einleitung etwas parteipolitisch gefärbt, weil am Verhalten der beiden Abgeordneten gab es heute Vormittag einen Unterschied. Der Abgeordnete der Sozialdemokratie, Prof. Weidenholzer, hat einen Antrag dagegen gestellt, damit dieser Vorschlag der Kommission abgelehnt wird mit manchen anderen SozialdemokratInnen, insbesondere aus der Bundesrepublik.

Kollege Obermayr hat zwar auch dagegen gestimmt, hat aber noch nie einen Antrag gestellt, dass man diese Initiative der Kommission ablehnen soll. Das ist aber keine Wertung, sondern nur eine Beschreibung, was heute Vormittag im Europäischen Parlament im Ausschuss für den Binnenmarkt passiert ist.

Unter dem Strich ist es positiv, dass beide Linzer Abgeordnete dagegen gestimmt haben. Das heißt, auch die, die Linz im Europäischen Parlament vertreten, teilen unsere Auffassung. Der Herr Bundeskanzler ist dafür, dass es zu dieser Initiative und Privatisierung nicht kommt, daher ist es gut, wenn wir diesen Antrag beschließen und er wird mit offenen Armen in Europa und im Bundeskanzleramt aufgenommen.“

Gemeinderätin Mayr:

„Sehr geehrte Damen und Herren, zuerst möchte ich mitteilen, dass unsere Fraktion dem Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen Partei die Zustimmung geben wird. Lassen Sie mich aber noch ein paar erläuternde Worte über das Thema, Daseinsvorsorge nicht dem freien Markt unterwerfen, darlegen.

Die ersten beiden Absätze dieser Resolution enthalten einige unkorrekte Aussagen, die zu einer Hochstilisierung dieser Thematik führen. Ich möchte nicht näher auf die Details eingehen, die zu einer Panikmache führen, da jeder, der sich mit der Agenda beschäftigt, dem Grunde nach weiß, um was es geht.

Die öffentliche Wasserversorgung in Oberösterreich ist weiterhin gesichert. Der Oberösterreichische Landtag hat bereits im Jahr 2005 das Strategieprogramm ‚Zukunft Trinkwasser‘ beschlossen. Mit diesem Programm sind die Wirtschaftlichkeit und die Kosteneffizienz in der Trinkwasserversorgung gewährleistet. Wir brauchen in unserem Land, Gott sei Dank, keine Angst vor dem Ausverkauf des Trinkwassers haben. Die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie betrifft nur jene Länder und Gemeinden, in denen eine Privatisierung zur Debatte steht und das ist im Land Oberösterreich nicht der Fall.

Nichtsdestotrotz muss man diese Richtlinie genauestens hinterfragen, denn beim Thema Trinkwasser handelt es sich um eine Kernfrage, ob man für die Versorgung überhaupt irgendwelche Konzerne mit einbeziehen soll, da es in dieser Frage sicherlich nicht darauf ankommen soll, dass der billigste Anbieter zum Zug kommen soll, sondern der zuverlässigste.

Daher die klare Zustimmung zum Dringlichkeitsantrag, da nach unserer Meinung die EU-Dienstleistungsrichtlinie absolut nicht als ausgereift betrachtet werden kann.“ (Beifall ÖVP)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Ortner:

„Ich möchte nur einen Satz in Richtung ÖVP formulieren. Ich finde es sehr bewundernswert, dass die Linzer Volkspartei hier im Gegensatz zur Europäischen Volkspartei, also der Europapartei der ÖVP, einen eigenständigen Weg beschreitet und bedanke mich für die breite Zustimmung zu diesem Antrag.“ (Beifall FPÖ)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Gemeinderat Mag. Pühringer berichtet über den von der **Gemeinderatsfraktion Die Grünen** eingebrachten

DRINGLICHKEITSANTRAG

betreffend gleiche Dauer für Zivil- und Grundwehrdienst – Resolution an die Österreichische Bundesregierung

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, ich versuche, mich kurz zu halten. Wir hatten vergangenen Sonntag die Volksbefragung zur Wehrpflicht und wir hatten davor eine öffentliche Diskussion, bei der man den Eindruck bekommen konnte, dass es weniger um das Bundesheer geht, sondern vielmehr eine Diskussion rund um den Zivildienst geworden ist.

Es ist der ÖVP und ihrer Kampagne gelungen, dieses Thema zu emotionalisieren, mit dem Effekt, dass für die meisten BefürworterInnen der Wehrpflicht das wichtigste Argument der Erhalt des Zivildienstes gewesen ist. Als ehemaliger Zivildienstler freut mich das, dass es so

einen hohen Stellenwert des Zivildienstes nunmehr gibt. Das war 1993, als ich den Zivildienst gemacht habe, noch nicht so.

Nichtsdestotrotz soll man jetzt nicht vergessen, wenn der Zivildienst offensichtlich den Österreicherinnen und Österreichern so viel wert ist, dass es nach wie vor eine grobe Benachteiligung von Zivildienern gibt. Sie müssen bis zum heutigen Tag oder seit mehr als 15 Jahren schon drei Monate länger dienen als die Grundwehrdiener. Drei Monate länger Zwangsdienst heißt auch drei Monate länger Verdienstentgang und das ist meines Erachtens durch gar nichts zu rechtfertigen. Daher bringen wir den dringlichen Antrag ein:

Der Gemeinderat beschließe folgenden **Resolution** an die Österreichische Bundesregierung:

„Der Gemeinderat der Stadt Linz ersucht die Österreichische Bundesregierung, dem Nationalrat so rasch als möglich einen Gesetzesentwurf für die Novellierung des Zivildienst-Gesetzes vorzulegen, der die Angleichung der Dienstdauer des Zivildienstes an jene des Grundwehrdienstes vorsieht.“

Ich danke für die avisierte Zustimmung, die es auch von Seiten der SPÖ geben wird.

Vielleicht noch zwei Argumente in Richtung der ÖVP. Also wenn ihr schon den Wert des Zivildienstes so sehr betont und sagt, dass die Zivildienner so viele wichtige Leistungen erbringen für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, dann müsst ihr logischerweise damit aufhören, die Zivildienner zu bestrafen, indem ihr ihnen drei Monate länger Dienstdauer aufbürdet.

Und ein etwas konstruiertes Argument noch in Richtung der FPÖ. Ihr wart die Ersten, die öffentlich gefordert haben, dass die Wehrpflicht abgeschafft werden soll. Schon 1991 hat euer damaliger Bundesparteiobermann Jörg Haider gefordert, dass die Wehrpflicht fallen soll, das darf ich euch in Erinnerung rufen. Da waren manche vielleicht noch gar nicht auf der Welt. Also ihr wolltet die Wehrpflicht schon abschaffen und damit auch den Zivildienst, da könnte man einer Verkürzung zustimmen von neun auf sechs Monate.

Ich ersuche um Zustimmung zu meinem Antrag.“ (Beifall Die Grünen)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Jungwirth:

„Sehr geehrte Damen und Herren, das Thema Wehrpflicht und Bundesheer ist offensichtlich noch in aller Munde. Es gab am Sonntag glücklicherweise ein klares Votum pro Wehrpflicht. Interessanterweise haben sich auch die Linzerinnen und Linzer entsprechend für die Wehrpflicht ausgesprochen, was mich persönlich sehr freut.

Es ist jetzt an der Zeit, die angekündigten Reformen anzugehen. Ich denke, der Ball liegt beim Verteidigungsminister, der noch Norbert Darabos heißt, diese Änderungen umzu-

setzen. Ich glaube, man sollte diese Änderungen abwarten und wir werden uns daher der Stimme enthalten. Danke.“ (Beifall ÖVP)

Stadtrat Wimmer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, werter Herr Gemeinderat Mag. Markus Pühringer, Ihr Antrag passt nicht nur zeitlich sehr gut zur Wehrpflicht-Volksbefragung, die vergangenen Sonntag stattgefunden hat, auch inhaltlich ist ein Zusammenhang zu sehen - nämlich insofern, als dass Ihr dargelegtes Konzept mindestens gleich verwirrend und unschlüssig ist, wie es das Konzept des Bundesministers Norbert Darabos für ein so genanntes Profiheer war. Sie haben soeben ausgeführt, wie wichtig der Dienst der Zivildienster ist und haben geschrieben, wie aus Nachwahlbefragungen hervorgeht, war die Erhaltung des Zivildienstes das wichtigste Motiv für die BefürworterInnen der Wehrpflicht. Somit spricht das für sich, was Sie hier einerseits sagen und widerspricht dann der von Ihnen beantragten Beschlussformel.

Wenn der Zivildienst so sehr wichtig ist, so sehr im Mittelpunkt steht für die Österreicherinnen und Österreicher und auch für Sie, wie Sie hier schreiben, dann bitte nehmen Sie uns den Zivildienst nicht weg, verkürzen Sie ihn nicht, sondern tragen Sie mit dazu bei, dass dem Wunsch der Menschen entsprochen wird, die hier abgestimmt haben, wo Sie hier das geschrieben haben mit der Wichtigkeit, dass das so bleiben kann, wie es ist. Somit werden wir diesem Antrag eine Stimmenthaltung zuteil werden lassen, da er in sich nicht durchdacht ist.“ (Beifall FPÖ)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Mag. Pühringer:

„Das Argument ist, dass der Zivildienst für den Erhalt des sozialen Zusammenhalts einen sehr wichtigen Beitrag leistet. Meines Erachtens ist es dann nicht einsehbar, dass die Zivildienster, die diese Dienstleistung erfüllen, damit bestraft werden, dass sie 50 Prozent länger dienen.

An den Kollegen Jungwirth gemünzt: Für den Zivildienst ist nicht unser Bundesminister Darabos zuständig, das ist die Innenministerin Frau Johanna Mikl-Leitner. Die könnte sich das zu Herzen nehmen und den Zivildienst in diese Richtung reformieren. Ich ersuche um Zustimmung.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von ÖVP (17) und FPÖ (7) sowie Gemeinderat Reiman, MBA, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Die Tagesordnung der 31. Sitzung des Gemeinderates ist damit erledigt.

Bürgermeister Dobusch dankt für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 18.50 Uhr

Postentgelt bar bezahlt

Diese Amtsblatt-Beilage wurde auf umweltfreundlichem Papier hergestellt.

Medieninhaber und Herausgeber: Magistrat Linz. Redaktion: Brunhilde Janacs, Präsidium, Personal und Organisation, Hauptplatz 1, 4041 Linz, Tel. 7070-1132; Leiter: Präsidialdirektor Dr. Ernst Inquart; Medienhersteller: Magistrat Linz; Bezugspreis: Einzelnummer € 1,30, im Abonnement € 1,10 pro Nummer.